

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: W. H. E. in d. B. in d. B., Magdeburg. — Druck und Verlag von W. H. E. in d. B. in d. B., Magdeburg. Große Mühlstraße 9. — Fernsprechnummern 6284 bis 6287. — Postzustellungsliste 2. Postzug, Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig. Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise. Die 10 Spalten 27 Millimeter breite Nonpareilzeile 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreispaltige 20 Millimeter breite Zeile 10 Pf., auswärts 15 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorchriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 46.

Magdeburg, Mittwoch den 24. Februar 1926.

37. Jahrgang

Der Brief des Mörders.

Antwort, Herr Oberstaatsanwalt!

Der Sinn der Fememorde, der Sinn oder Unsinn ihrer Verhandlung hinter geschlossenen Türen wird täglich mehr offenbar. Menschen sind abgemurkt worden, die im Verdacht standen, völkische Schandtat wider die Republik oder ihre Führer oder Bluttaten, verübt an den eigenen völkischen Gesinnungsgenossen verraten zu können. Nirgends mehr als hier war der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses mußte gebären. Darum folgte Mord auf Mord, wurde ein Verbrechen die Folge des vorhergegangenen. Um die Blutschuld zu verbergen wurden verdächtige Zeugen derselben

erschossen, erwürgt, mit dem Beil erschlagen, und die Leichen verscharrt oder, mit schweren Gegenständen belastet, in Schlamm- und Wasser versenkt.

Und als trotz aller gewaltigen Geheimhaltungsversuche doch endlich etwas Licht in diesen ekelhaften Mordverbrechen fiel, verhinderten die Gerichte der Öffentlichkeit den tiefen Blick hinein. Unter dem Vorwande, Staatsinteressen seien gefährdet, wird gegen die erwählten Fememörder in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Bis zum Berliner Fememordprozeß konnten ganz Naive noch an den Schutz von Staatsinteressen glauben. Aber nur ganz Naive, deren es ja im deutschen Lande eine beträchtliche Anzahl geben soll. Die andern aber wurden in ihrem schon vorhandenen Mißtrauen gegen die deutsche Justiz bestärkt. Zwar wurden die vier Mörder zum Tode verurteilt, aber die Begleitumstände! Die der Mordanstiftung, der intellektuellen Urhebererschaft überaus stark Verdächtigen, Freiherr von Senden und Hauptmann Gutfreund, wurden freigesprochen, nachdem sie

schon vor dem Urteil aus der Haft entlassen worden waren.

Das Justizrätsel wurde noch verzwickter durch den dramatischen Auftritt kurz vor der Urteilsverkündung. Die Frau des dann kurz darauf zum Tode verurteilten Stein bestürmte ihren Mann, doch ja alles auszusagen was er wisse, und als dieser sie zu beruhigen versuchte, eilte sie zum Staatsanwalt, um selbst auszusagen, mußte aber verwundert dessen Frage hören, warum sie denn den Freiherrn v. Senden eigentlich belasten wolle, ein Vorteil für ihren Mann käme je doch nicht dabei heraus.

Da bildete sich die deutsche Öffentlichkeit selbst ein Urteil. Es lautete: Nur die Kleinen hängen man. Und mancher glaubte nun des Rätsels Lösung gefunden zu haben, warum man auch in diesem Berliner Fememordprozeß die Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte, trotzdem das Reichsministerium in gemeinsamer Verhandlung mit den preussischen Ministern Braun und Sebering einmütig zu dem Ergebnis kam, daß sowohl die Interessen des Reiches wie die Preußens die öffentliche Verhandlung der Fememordprozesse notwendig mache. Das Gericht dachte und beschloß entgegengesetzt, so daß der Verdacht aufkam, daß hier

die Interessen der Völkischen mit Staatsinteressen identifiziert worden sind.

Dieser Verdacht erhält desto mehr neue Nahrung, je mehr hervorragende Führer der Völkischen in den Verdacht der Mittäterschaft oder der Mitwisserschaft kommen. Jetzt beschuldigt der wegen Fememordes zu 8 Jahren Gefängnis verurteilte Grüte-Lehder — nur seine Jugend bewahrte ihn vor schlimmerer Strafe — in einem Schreiben an den Fememordauschluß des Preussischen Landtags, die Abgeordneten Wulle und Kube, ihm den Auftrag zur Ermordung des Spiegels Dammers gegeben zu haben. In der Montagsitzung des Ausschusses wurde der aufschlußreiche und aufsehenerregende

Brief des Fememörders an den Ausschluß

verlesen. Er hat folgenden Wortlaut:

Im Auftrage der Abgeordneten Wulle und Kube habe ich im November 1925 den Spigel Dammers erschossen, welcher im Begriff stand, einen vom Abgeordneten Ahlemann ausgehenden Attentatsplan am preussischen Innenminister Sebering für Geld zu verraten.

Mit Beschluß vom 11. Dezember 1925 bin ich wegen politisch motivierten Mordes zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage vor dem Schwurgericht vertrat erst der Staatsanwalt Dr. Jäger, welcher auch das Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten Wulle und meine diesbezüglichen Vernehmungen leitete. Ich habe den ganz bestimmten Eindruck, daß Oberstaatsanwalt Dr. Jäger die Schuld völkischer Abgeordneter ungenügend wies und er

die Klarstellung vorsichtig hintertreibt. Eine Rückfrage bei dem Justizministerium wird bestätigen, daß Oberstaatsanwalt Dr. Jäger vom Justizministerium zur Einleitung des jetzt schwebenden Ermittlungsverfahrens beauftragt worden mußte, weil er von sich aus nicht gegen die Abgeordneten Wulle und Kube vorging, trotz der sehr belastenden Bestimmungen in der Verhandlung vom 11. Dezember 1925.

Während und vor der Verhandlung war von meinen Verteidigern wiederholt beantragt worden, völkische Abgeordnete vor Gericht zu laden, um die Frage der Begünstigung und Anstiftung zu klären. Im Sinne des Oberstaatsanwalts und gegen meinen Willen ist die Ladung der Abgeordneten abgelehnt worden. So gab man den besonders schwer belasteten Abgeordneten Wulle, Kube und Ahlemann Zeit, ihre Rechtfertigung zu überlegen und in jeder Hinsicht vorzubereiten.

Auf meine Frage gab der unter Eid vernommene Zeuge Dr. Fein im Verhör zu, er wisse durch Dammerz von dem Attentat, welches der Abgeordnete Ahlemann gegen den preussischen Innenminister Sebering hat vorbereiten lassen. Angesichts solcher Bekundung hat sich der Oberstaatsanwalt nicht veranlaßt gefühlt, den Zeugen über diese hebeutragende Angelegenheit weiter zu hören.

Der Oberstaatsanwalt hat geschwiegen!

Er hat nach dieser Richtung hin keinerlei Ermittlungen angestellt. Dem Oberstaatsanwalt ist bekannt, daß die genannten Abgeordneten lediglich durch unwahre oder zurückhaltende Aussagen gewisser Zeugen bisher geschützt blieben. Als ich jetzt mehrere Zeugen schriftlich erjuchte, die Wahrheit zu sagen und die Abgeordneten nicht länger durch Lügen zu schützen, da verfügte der Oberstaatsanwalt Dr. Jäger sofort die Zurückhaltung dieser Briefe!

Vor der Verhandlung ließ der Oberstaatsanwalt einen Passierbescheid beschlagnahmen, dessen Inhalt die Abgeordneten Wulle, Kube und Ahlemann belastete. Diese Tatsache hat der Oberstaatsanwalt in der Hauptverhandlung verschwiegen. Ich habe den Verdacht,

daß dieses Belastungsdokument verschwunden ist. Der Oberstaatsanwalt sagt nämlich, das Schriftstück sei nicht mehr da, es sei vielleicht in Leipzig; was darin stünde, wisse er nicht.

Ich teilte schon mit, daß die von mir der Anstiftung zum Mord bezüchtigten Abgeordneten Wulle und Kube absichtlich nicht zur Verhandlung geladen wurden. Diese Unterlassung motiviert der Oberstaatsanwalt jetzt damit, daß er sagt, ich hätte ja in der Verhandlung ausdrücklich erklärt, nicht „angestiftet“ worden zu sein; darauf könne er tausend Eide leisten! Das wären Meineide; denn auf die Frage des Oberstaatsanwalts, ob die Abgeordneten die Tat als eine politische quätschen und wollten, habe ich erwidert: „So ist es!“ Jein Tageszeitungen haben Frage und Antwort genau so veröffentlicht.

Meine Verteidiger haben die Anstiftung durch Abgeordnete zum Ausgangspunkt ihrer Plädoyers gemacht, doch Oberstaatsanwalt Dr. Jäger will das Gegenteil beschwören. Meinem Empfinden nach sagt er das, um mich einzuschüchtern, mich so weit zu binden, daß ich die nachträgliche Fälschung des Sachverhalts stillschweigend dulde.

Als in der Vernehmung vom 18. Februar ein solcher Versuch, mich zu beeinflussen, gescheitert war, sagte Herr Dr. Jäger: „Ach, was Sie auszusagen, kann mir ja auch ganz piepe sein; wer wird Ihnen denn glauben?“

Unter Leitung des Oberstaatsanwalts Dr. Jäger verspreche ich mir von dem Verfahren gegen den Abgeordneten Wulle nichts. Es würde mich nicht wundern, wenn das Verfahren bei nächster Gelegenheit ganz eingestellt wird. Ich bitte den Untersuchungsausschluß, vorstehendes als die Ursache der Resultatlosigkeit des Ermittlungsverfahrens unterbreiten zu dürfen. Keinesfalls will ich aus diese Sache eine „Affäre“ machen, bei der ich eher Schaden als Nutzen zu gemärtigen hätte — sondern ich möchte dem Rechtsausschluß das als Beitrag zu dem Ermittlungsgut über politische Mord ohne weiteres zu überreichen, um mich vielleicht später darauf berufen zu können, wenn die Mittäterschaft völkischer Abgeordneter auch an andern Missetaten offenbar werden sollte.

Ganz ergebenst Robert Grüte-Lehder. Der Untersuchungsausschluß behielt sich die Stellungnahme zu diesen Anschuldigungen Grüte-Lehders vor. Oberstaatsanwalt Jäger wird antworten müssen. Öffentlich, wie er auch in diesem Schreiben öffentlich der

Begünstigung von Helfershelfern der Fememörder angeklagt worden ist. Er muß sich von diesen Anschuldigungen zu reinigen versuchen, und wenn ihm das nicht gelingt, muß er nicht nur aus seinem Amte verschwinden, sondern auch zur Rechenschaft gezogen werden. Denn die Anklagen Grüte-Lehders finden vollen Glauben, weil der Berliner Fememordprozeß und seine Begleitumstände das Volksvertrauen in die Justiz arg erschüttert haben.

Und wenn das Mißtrauen in manchen Punkten nicht zu Recht bestehen sollte, so tragen die Richter selbst die Schuld daran, weil sie die Türen verriegelten und der Öffentlichkeit jeden Einblick in die Verhandlung und damit jede Kontrolle verwehrten. Mögen sie in ihrem eignen Interesse dafür sorgen, daß künftig öffentlich verhandelt wird.

Die Hintermänner der Feme.

Der Femeausschluß des Landtags hielt am Montag eine nichtöffentliche Sitzung ab. Sie begann damit, daß der Vorsitzende einen Brief des wegen Fememordes verurteilten Grüte-Lehder las, der in bestimmter Form be-

hauptet, von den Abgeordneten Wulle und Kube mit seiner Tat beauftragt gewesen zu sein. Ferner beschuldigt Grüte-Lehder in ausführlichen Darlegungen den Oberstaatsanwalt Jäger, in der Untersuchung alles abgedungen zu haben, was die beiden völkischen Abgeordneten hätte belasten können. Der Ausschluß behielt sich die Stellungnahme zu diesem Briefe vor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er den Fall Wulle und Kube in seine Untersuchungen einbeziehen wird.

Anlaß zu besonderen Erörterungen gab das unqualifizierbare freche Benehmen, das der Gelbenführer Heß in einer der letzten Sitzungen als Zeuge ostentativ an den Tag gelegt hatte. Der Ausschluß beschloß einstimmig, ein Gutachten des Ministeriums darüber einzuholen, wie weit die polizeilichen Strafbestimmungen der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes auch dem Untersuchungsausschluß zustehen, um gegebenenfalls hiervon Gebrauch zu machen.

Der Berichterstatter Kuttner erstattete darauf einen ausführlichen Bericht aus den Untersuchungsakten Malcette und Genossen. Es geht daraus hervor, daß einige Zeugen ihre für den Arbeitgeberverband und die Mehrere Behrens schwer belastenden Aussagen nach einigen Tagen in auffälliger Weise abgeschwächt oder widerrufen haben. Hierüber wird der Ausschluß noch einige Beweise erheben. Auch ist noch eine Gegenüberstellung notwendig. Vor allem aber wird in der kommenden Woche die Vernehmung des Schultze selber sowie seines Spiegelfellen Klapproth im Moabiter Untersuchungsgefängnis durch den Ausschluß stattfinden, wobei allerdings noch nicht feststeht, ob der ganze Ausschluß oder nur eine Delegation von sieben bzw. drei Mitgliedern die Vernehmung vornehmen wird.

Der Ausschluß trat ferner noch in eine Aussprache über die weitere zu behandelnden Fälle ein. Hierbei machte der Kommunist Obuch längere Ausführungen über das Gebiet der Fememorde, die eine Reihe weiterer interessanter Einzelheiten enthüllten. Er stellte einen formulierten Beweisanspruch in Aussicht; daselbst tat der demokratische Abgeordnete Kiedel bezüglich des Falles des deutschnationalen Abgeordneten Sahnke.

Die Unternehmung des Falles Meyer-Behrens dürfte in der nächsten oder übernächsten Woche abgeschlossen sein. Nachdem der Ausschluß sich weiteren Fällen zuwenden. Ob er über die abgeschlossene Unternehmung bereits einen Teilbericht an das Plenum gelangen lassen wird, steht noch dahin.

Mißbrauch von Versicherungsgeld.

Die Kreditgebarung der Reichsversicherungsanstalt gab wiederholt Anlaß zu unliebsamen Erörterungen. Nur durch die scharfe Kritik des Wfa-Bundes gelang die Abschaffung des Vermittlerwesens. Damit sind jedoch nicht die Mißstände in der Kreditgebarung der Anstalt gänzlich beseitigt. Während versicherten Angestellten in vielen Fällen ein Darlehen verweigert wird, kommt die Anstalt andern Kreditnehmern auffallend bereitwillig entgegen. Das beweist u. a. folgender Brief, den das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt am 24. Dezember 1925 an den Vorsitzenden des Kuratoriums der evangelischen Johannesstiftung, Spandau, Schönwalder Allee, schrieb:

Hierdurch erkläre ich mich bereit, der evangelischen Johannesstiftung in Spandau unter selbstschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Entwurfs einer Schuldtunde ein weiteres jährlich in Vierteljahresraten mit 6 1/2 Prozent zu verzinsenden und mit 3 Prozent auf Grund eines noch aufzustellenden Tilgungsplanes unter Zuwachs der ersparten Zinsen zu tilgenden Darlehens von 57 344 Gramm Feingold — das sind zurzeit ungefähr 160 000 Reichsmark — gegen erstellende gesamthypothekarische Belastung der in der Schuldtunde näher bezeichneten Grundstücke zu gewähren. Es folgen die weiteren formalen Bedingungen und die Unterschrift des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Das Johannesstift ist der Sitz ganz bestimmter kulturpolitischer und politischer Kampforganisationen. Auch die „Evangelisch-soziale Schule“, die sich die Bekämpfung des Marxismus zum Ziel gesetzt hat, ist im Johannesstift untergebracht. Das Geld der Angestelltenversicherung kann unter keinen Umständen politischen Organisationen, irgendwelcher, auch nicht kulturpolitischer Art zur Verfügung stehen; denn sonst müssen alle Verbände und Organisationen, auch die, die eine andre politische Richtung als die des Johannesstift vertreten, Kredite der Angestelltenversicherung beanspruchen können. Das Reichsarbeitsministerium tut gut daran, wenn es sich einmal etwas eingehender um die Kreditverhältnisse der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kümmert. Vor allem wäre es Zeit, daß der unheilvolle Einfluß des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes beseitigt wird.

Praktische Völkerverbundarbeit.

Im allgemeinen stehen bei Erörterungen über den Völkerverbund mehr oder weniger die aktuellen politischen Aufgaben und Arbeiten im Vordergrund. Das ist verständlich in einer Zeit, wo die internationalen politischen Probleme im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Dagegen dürfte es angebracht sein, auch einmal darauf hinzuweisen, daß die politische Tätigkeit der Völkerverbundsorgane nur einen Teil, und nicht einmal den größten, seiner Gesamttätigkeit umfaßt und daß an der nichtpolitischen Arbeit auch Deutschland und hier u. a. die Regierung des Bürgerblocks sozusagen seit der Gründung des Bundes mitgewirkt hat.

Vor allem ist daran zu erinnern, daß Deutschland seit der ersten internationalen Arbeitskonferenz von Washington im Jahre 1919 regelrechtes Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes ist und an den folgenden Arbeitskonferenzen sowie im Verwaltungsrat und in den Ausschüssen des Arbeitsamtes mehr und mehr zu den wichtigsten Aufgaben herangezogen wurde.

Mit dem Völkerverbundsekretariat ist die Reichsregierung schon im Februar 1920, also kaum einen Monat nach seiner Eröffnung, in Beziehungen getreten. Die seither mit ihm gewechselten Schriftstücke sind sehr umfangreich und begogen sich neben den politischen Angelegenheiten, wie die Saarfrage, Oberschlesien, die deutsche Minderheit in Polen, die Kolonialmandate usw. auf folgende Hauptgebiete:

Einbindung der von Deutschland abgeschlossenen internationalen Verträge an das Völkerverbundsekretariat zur Veröffentlichung seit 1920.

Teilnahme Deutschlands an der Konferenz für den Abschluß der Konventionen über die Nichtbefestigung der Handels-Straßen.

Am Abrüstungsproblem beteiligte sich die Reichsregierung mit einem Memorial über das Garantie-Abkommen, Projekt der Völkerverbundsversammlung von 1923 und mit einer Delegation an der Waffenhandelskonferenz von 1925 (Regierung Luther-Schiele).

In den Finanz- und Wirtschaftfragen arbeitete eine deutsche Delegation mit an den Konferenzen von Brüssel 1920 und Genua 1923, ferner sind deutsche Sachverständige, offizielle und private, zu einer Reihe von Arbeiten des ständigen Finanz- und Wirtschaftskomitees des Völkerverbundes zugezogen worden, von denen wir folgende erwähnen: Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und -Einschränkungen, Bekämpfung der ungleichen Konkurrenz, Schiedsgerichtsbarkeit in den Handelsverträgen, Bekämpfung der Doppelbesteuerung und Kapitalflucht usw. Im Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der internationalen allgemeinen Wirtschaftskonferenz hat Deutschland drei Vertreter erhalten.

Offizielle Delegationen der Reichsregierung nahmen auch teil an den beiden Verkehrs- und Schifffahrts-Konferenzen in Barcelona 1921 und Genf 1923 sowie an der Konferenz für die Ausarbeitung einer Konvention über die Einigung in der Dampfschiffahrt. Außerdem wirkten deutsche Sachverständige mit in den meisten Unterkomitees der ständigen Verkehrs- und Wirtschaftskommission des Völkerverbundes, in der europäischen Donaukommission usw.

Zu den Gesundheits- und humanitären Angelegenheiten beteiligten sich offizielle deutsche Vertreter an der Konferenz für die Bekämpfung des Kinder- und Frauenhandels von 1921, an der Hygienekonferenz von 1922 in Warschau und an der Disziplinierung von 1925 in Genf. Der Hamburger Doktor Koch ist seit Jahren in der Gesundheitskommission des Völkerverbundes, Dr. Klein ist Mitglied der Subkommission gegen die Schlaflosigkeit in Zentralasien und Prof. Güns derjenige zur Bekämpfung der schwarzen Roden.

Ferner haben deutsche Gelehrte und Mediziner teilgenommen an den Konferenzen für die Vereinfachung der Serum-, der biologischen Produkte und Statistiken und machten die verschiedenen Studienreisen der jugoslawischen Austauschärzte mit.

Zu dem Sachverständigenausschuß für die Vereinfachung des internationalen Rechts wirkt Prof. Dr. Walter Schudring und in der internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit Prof. Einstein mit.

Es bedeutet eine Genugtuung für Deutschland, an der großen organisatorischen Arbeit des Völkerverbundes aktiv mit-

gearbeitet zu haben. Den Kritikern am Völkerverbund aber zeigt unsere knappe Darstellung, wie segensreich dieses internationale Institut zu arbeiten vermag. —

Märztagung des Rates.

Die Tagesordnung für die am 8. März beginnende Tagung des Völkerverbundsrates enthält, soweit sie bekannt geworden ist, noch keine der Fragen, die mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund in Verbindung stehen. Auffallend ist, daß an der Spitze der Tagesordnung die Kowahl der Regierungskommission des Saargebietes und deren Präsidenten steht. Daraus scheint hervorzugehen, daß man diese Neuwahl noch ohne die Mitwirkung des deutschen Reichsvertreters erledigen will.

Die Wählfrage findet in dieser Sitzung ihren formellen Abschluß, indem der Rat von dem auf 25 Jahre verlängerten Mandatsvertrag zwischen Großbritannien und dem Rat Kenntnis nimmt. Zum Sicherheits- und Schiedsgerichtsproblem liegen zwei zusammenfassende Berichte des Generalsekretariats vor, von denen der Rat Kenntnis nehmen und sie an die Herbstversammlung des Völkerverbundes weiterleiten wird.

Das eritemal wird sich der Rat nicht mehr mit Dänzig zu befassen haben. Dagegen liegen über Oberschlesien zwei Beschwerden vor, eine aus Polen, die andre von der Vereinigung der Polen in Deutschland. Die periodischen Berichte der ständigen Kommissionen erwecken höchstens insofern Interesse, als in die Berichtserstattung über die Lage in Ungarn die Frankfältscher-Affäre einbezogen werden könnte.

Vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist an den Völkerverbund ein Begehren eingegangen um ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes darüber, ob die Internationale Arbeitskonferenz mit dem Abschluß des Abkommens über das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien ihre Befugnis überschritten habe. —

Das zweite Grevesmühlen.

Bei dem Ueberfall der Galenkreuzler in Miß-Land-Sberg handelt es sich um einen geplanten und vorbereiteten Streich. Die Angreifer, 60 bis 80 Mann, stammen zum großen Teil aus Neuenhagen. Einwohner versichern, daß sie sich am Tage vorher verabredet hätten, man müsse wieder jemand anschießen und den jungen Leuten Bewegung machen.

Ogleich der Tatbestand ziemlich klarliegt und eine Reihe der Haupttäter bekannt ist, scheinen die Behörden die Untersuchung sehr lässig zu betreiben. Bisher ist noch keiner der Haupttäter verhaftet worden. Die Lässigkeit der Behörden gegenüber den Bürgern, die diesen Ueberfall geplant und vorbereitet haben, erregt Verwunderung und Entrüstung. Wären es Reichsbannerleute gewesen, so wären sie längst unter der Beschuldigung des Landfriedensbruchs verhaftet worden.

Warum dieses Zögern? Soll es bedeuten, daß man nach alter Uebung den Spieß umdrehen und den Ueberfallenen den Prozeß machen will? —

Nach falschem Protokoll verurteilt.

In der Verurteilungsverhandlung des Grevesmühlener Reichsbannerprozesses in Schwerin wurden nach Eröffnung der Montag-Sitzung um 10 Uhr zunächst 25 Zeugen zum Teil entlassen und zum Teil auf später bestellt. Die Verteidigung erklärte sich mit dem Beschluß einverstanden, während der Staatsanwalt der Auffassung ist, daß man keine überreichten Beschlüsse zu fassen brauche, worauf der Präsident erwidert: „Hier werden überhaupt keine überreichten Beschlüsse gefaßt.“ Inzwischen sind auch die Strafakten eingehtreten. Bezeichnend ist, daß Gledde wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt ist, eine Verurteilung, von der er keine Kenntnis haben wollte. Dann wird nochmals der Zeuge Michalski angerufen, der einen Ausweis anerkennt, der ihm bei dem Grevesmühlener Ueberfall in der Verurteilung ist. Er wird nun gefragt, ob er mit dem Ausweis auch ein Seitengewehr und einen Spaten abgegeben habe. Darauf will Michalski sich aber nicht bestimmen können, weil er an dem fraglichen Abend betrunken war.

Dr. Weikel, der die betrunkenen Völkischen zuerst verurteilt hat, sagt aus, daß bei dreien von ihnen es sich nicht um Verletzungen durch Stichwaffen, sondern um Verletzungen, die

nur von einem stumpfen Gegenstand herrühren können, handelt. Es sind also bisher Verletzungen durch Stich- bzw. Stichwaffen noch nicht festgestellt worden.

Die Zeugenvernehmung geht dann schneller weiter. Von Interesse ist, daß der Zeiger des Langhalses Weikel erzählt, zu ihm sei Klein mit einigen Völkischen gekommen und habe gesagt, wenn er ihn nicht so gut kennen würde und er es wollte, dann ließe er alles kaputt schlagen. Ferner sagte er, man solle die Fahnen abnehmen, dann morgen kämen sie wieder. Weikel hat das als Drohung aufgefaßt und die Fahnen sofort eingeklagen.

Bei der Vernehmung des Manters Bodein stellten sich wieder sehr erhebliche Unrichtigkeiten im ersten Protokoll heraus, die um so schwerwiegender sind, als auf diese angeblichen Aussagen die Hauptangeklagte Frau Schmedemann zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Nach dem Protokoll soll er gesagt haben, eine kleine dicke Frau, die offenbar Frau Schmedemann gewesen ist, hat gerufen „Haut die Gunde!“ Heute behauptet er aber mit aller Bestimmtheit bei der Vernehmung, nichts von Frau Schmedemann gesagt zu haben. Im Protokoll steht ferner: „Jedenfalls Leute außer Frau Schmedemann habe ich nicht gekannt.“ Der Zeuge erklärt aber auch hierzu, daß er das nicht zu Protokoll gegeben haben könnte, da er Frau Schmedemann damals noch gar nicht kannte.

Außer den Aussagen der Angeklagten stehen die Aussagen von mindestens zehn der bisher vernommenen Zeugen mit den Angaben, die im ersten Protokoll enthalten sind, im Widerspruch. Der Zeuge Niebuhr sagt aus, daß die Völkischen am Sonntag, also am 7. Dezember, von Leutnant Fromme und Friede den Beschluß bekamen, in Gruppenkolonne auszumarschieren und alle Reichsbannerleute niederzuschlagen, die sie treffen würden. —

Vereinfachung der Lohnsteuer.

Der Reichstag nahm am Sonnabend ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer an, das auf den kürzlich eingebrachten sozialdemokratischen Antrag zurückgeht. Die Vereinfachung der geltenden Bestimmungen bezieht sich in erster Linie auf die Erstattungen wegen Verdienstausfalls infolge Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streit, Ausperrung usw. Infolge der dreimaligen Änderung der Lohnabzugsbestimmungen im vergangenen Jahre hatte sich hier ein unmöglicher Zustand herausgebildet. Die Bestimmungen waren so unklar, daß selbst die Finanzämter nicht wußten, wie die Erstattungen im einzelnen Falle zu berechnen sind.

Die Vereinfachung des neuen Gesetzes besteht einmal in der Klarstellung, daß für das Jahre 1925 von einem steuerfreien Lohnbetrag von 860 Mark auszugehen ist, und zweitens die Erstattungen nach Pauschbeträgen errechnet werden. Während bisher für jeden Antrag mehrere Lohn-, Steuer- und Verdienstausfallsbescheinigungen notwendig waren, fällt künftig die Lohnbescheinigung ganz weg; es ist nur noch eine Steuerbescheinigung und die Nachweise über die Dauer des Verdienstausfalls nötig.

Die Berechnung des zu erstattenden Betrags erfolgt nicht mehr für jeden Fall besonders, sondern auf Grund von Pauschbeträgen, die ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe für jede Woche des Verdienstausfalls betragen:

- a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten oder kinderlos verwittemten Arbeitnehmer 2 Mark,
- b) bei einem verheirateten oder verwittemten Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50 Mark,
- c) bei einem verheirateten oder verwittemten Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern 3 Mark.

Hierbei werden acht volle Stunden einem Tage, sechs volle Tage einer Woche, vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für die Familien ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend. Danach wird einem verheirateten Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der z. B. vier volle Wochen erwerbslos gewesen ist, der Betrag von 10 Mark erstattet. Das Gesetz gibt jetzt auch an, welche Nachweise für die Dauer des Verdienstausfalls anerkannt werden sollen, und zwar: bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Ausperrung oder Streit die Erwerbslosenkontrollkarte, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder

Stadttheater.

Der „Freischütz“ mußte jedesmal, wenn er aufgeführt wird, als Festvorstellung herauskommen: er gehört zu den Nationalheiligkeiten der deutschen Bühne. Es ist nicht einzusehen, weshalb Hebers Rezipienten weniger liebedürftig zu behandeln wäre als etwa Wagner's „Paris Lodovico“. Es ist aber jenseitige Pöbelverehrung, man kann ruhig sagen Schandensache, wenn alle häufig angeführte Werte wie „Martha“ oder „Garnica“, die im Spielplan stehen, mit wenig Proben herausgenommen werden mit der Begründung, sie spielen sich von selber und das Personal kennt sie gut genug, um keiner langen Vorbereitung zu bedürfen. Dieser allseitige Brauch, die Rezipienten als Lächerlicher zu behandeln, ist nicht allein pietätlos, er geht auch sehr weit von ganz jählichen Voraussetzungen aus. Denn die Klappchen und romantischen Opern sind nicht leichter, sondern im Gegenteil weit schwerer auszuführen als die modernen. Der unglückliche wie der glückliche Leiter der Aufführung haben ein jähliches Glück Arbeit zu leisten, wenn sie eine ausgereiften würdigen Aufführung herausbringen wollen.

So, wie der „Freischütz“ am Sonntag im Stadttheater von heute, kann man ihn mit dem besten Willen nicht als würdige Aufführung gelten lassen. Ein klar ausgeprägter Stilwille war überhaupt nicht zu erkennen, vielmehr jochante die Spielleitung, die in den Händen von Hans Schultheiß lag, ganzes Nationaltheater und andauernde experimenteller Zügellosigkeit. Die Höhe im ersten Akt war dafür Spiel: der Szenen Imperium dreidimensional, Fecht, Zweige und Lamb-Panorama angeordnet. Das hat sich bei der letzten Aufführung nicht geändert. Manches ist sogar weit jählicher geworden: Hans Sauer im ersten und letzten Akt in ganzer Gestalt mit Kleiderausstattungen erscheint, das hat man nicht in der Halle jählich als große Fortschritt, die sich an einem Baumstumpf angelehnt. Die oben erwähnten Szenen sind nicht so jählich, das hat sie in der Spielleitung jählicher gemacht: Sauer hat in einem Saal von Holztafel an Boden und wandt ein Feuer an — das ist weit unglücklicher, als daß man ihn erst in den Saal kommen läßt (Sauer wird das Aufsteigen des Wagens und absteigen) und anschließend den Hof verlassen, wie es die Bürger machen, wenn sie Regel jählich haben. Die jähliche, die unglückliche Szenen nach Hans Sauer, das hat man sich ganz gefallen, aber was dem „Freischütz“, das unglücklich erscheint wird, möchte man doch auch etwas jählich. Die Szenen sind verdammt zu einem jählichen Szenen. Hans hat man die jähliche Szenen im letzten Akt eingebaut, und für die jählichen Szenen hat Hans Sauer ausgesprochen, die den hat man jählich ausgesprochen, wenn man die jählich Szenen einbaut? Die Höhe der jählichen Szenen im ersten Akt, das hat der jähliche Szenen jählich sein.

gefallen“ und der sich auch noch hück und ihn unglücklich aufbebt? Der hat bestimmt 14 Tage „Duden“ verwirrt!

Schlappes Gelingen, meine Herren! Die Verdunklung jählicher immer zur Unzeit: im ersten wie im letzten Akt kam sie viel zu früh, noch in das jähliche Dar hinein, während sie doch vom Komponisten durch den Eintritt der Rolle genau bezeichnet ist. Man scheint höchst den Klappen nervös gewesen und auf die Musik nicht genügend aufgepaßt zu haben. Aber auch unglücklich, obwohl Siegfried Blummann im ganzen jählich und anerkennenswert dirigiert, hinkte es hier und haperte es dort. Schon in der langsamen Einleitung der Oubertüre klapperte die Musik nach, am Schluß der zweiten Szene das jählich, das überhaupt keine Quelle ungetriebenen Genusses war; jählicher jählicher war das jählicher jählich in der verletzten Szene. Der Chor, der im letzten Akt nicht jählich sang, kam zu ersten im jählich. Den Chor ist jählich im jählichen jählichen bringen auszusagen: der jählich braucht sich nicht so oft an den Szenen zu jählich und auf die Szenen zu klopfen und das jählich darf die Szenen ruhig zulassen, wenn es von den jählichen jählich sagt. Wie oft müssen wir es wiederholen, daß jählicher jählicher Heberwerbungen vom unglücklichen Genuss anerkennen und bewegen in der Oper unangebracht und jählich sind?

Wir wollen mit den Kapellern, die bis auf den Ottolar Toni Weilers kann etwas Anerkennungswertes haben — auch der war nicht jählich genug — und durch einen Gast aus Berlin, ein jählicher jählicher, ergänzt werden, nicht zu jählich ins jählich gehen, auch mit Spielleiter und Kapellmeister nicht. Sie hatten alle karren zu leiden, daß man ihnen nicht genug Proben jählich hätte. So kam der herrliche „Freischütz“ in unglücklichen Zustände heraus.

Es ist nicht jählich und nicht angenehm für den Kritiker, so oft ins jählich zu müssen; er möchte hunderte Male lieber leben. Er verachtet die Klappen gegen sich, die weniger jählich sind an unglücklichen Vorstellungen als die jählichen und Ungeheuerlicher und vor allem jene Stellen, die für die Auswahl der Kräfte und ihre jählichung, jählich für den Spielplan verantwortlich sind. So entsteht mit der Zeit eine jähliche des jählich, aus der wohl gar jähliche, jähliche jähliche und gar jähliche jähliche auf den unglücklichen jählichen, auf den Kritiker, herunterprasseln. Ich bin innerlich einer jähliche jählich der Gegenstand von jählichen jählichen, die von einem jählicher und einem jählicher und Opernjäger angehen. Man wird mit mein ohnehin nicht leichtes und angenehmes Amt haben jählich erwandern und das jählich nicht im mindesten befehlen. Die Freiheit der Kritik ist ein jähliches Gut, das durch jähliche und jähliche jähliche der jähliche und der jählichen nicht erwandern werden kann. Die Behörden aber, die für das jähliche des mit so jählichen

Opfern von der Bürgerpflicht unterhaltenen Stadttheaters zu jählich haben, mögen auf diese Krankheitserscheinungen des Kunstlebens achten. Es geht nicht um die Person eines beleidigten und verfolgenden Kritikers — der übrigens erst kürzlich in dem Artikel „Kündigungen am Stadttheater“ für die Rechte des Personals eingetreten ist —, es geht um die Sache. Es geht um die Kunst.

Kurt Klüber.

Ein Name, kaum gekannt; ein Name, tolgeschwiegen und unterdrückt; neuer Klang und erstes kühnes Beginnen: dumpf dröhnt's, als jögen Bataillone der Freiheit durch dunkle Gassen; hell rauscht's, als flatterten Fahnen der Erlösung im Windet Kurt Klüber!

Was ist's um ihn? Durch Weiten und Tiefen der Welt jählich ein Mensch; und tauchte ganz in Sonne und Licht und ward von ihnen erfüllt; und jählich weiter und kam zu den Menschen und sah ihr wunderliches Tun; und kam zu den A er wte n und beugte sich zu ihnen, sein Herz ergitterte, wie es ihr Glanz fühlte, da ward er eins mit ihnen. Und nun Klang sein Lied: ein Aufbegehren ward's gegen Zwang und Gewalt, gegen Anrechtlosigkeit und Unterdrückung, ein Lied des Hasses gegen den Menschen, der seinen Bruder zum Tier machte; flammender, hallender Aufruf, wildester Schrei der Empörung.

Weichheit und träumerisches Sehnen sind nun verschwunden; unerbittlich ist er gegen sich und dich. Und doch: innerstes Wesen bleibt immer Licht und Sonne. In einem neuen Glanze will er Welt und Erde dem Menschen jählichen. Heilige Verurteilung führt ihn zu höchsten Gipfeln; um ein blühendes Morgen soll das düstere Heute sterben; der letzte Wind sieht glückliche Menschen in folger Freiheit beieinander wohnen, in Liebe verbunden.

Kurt Klüber ist jung. Er hat wenig geschrieben: Stagen, Gedichte. Und ist doch schon ein erstes Leuchten und großes Hoffen, Kinder einer neuen Zeit und eines neuen Menschen. Viel mag er uns noch jählichen, wir warten. —

Aus der Welt der Wissenschaft. Ein internationales Erziehungsbureau ist in Genf gegründet worden. Es ist aus dem Jean-Jacques-Montaigne-Institut hervorgegangen und soll vor allem ein Sammelplatz für pädagogische und psychologische Schriften und Dokumente sein. In der Leitung des Bureaus, das Aufsicht über Erziehungsprobleme in unparteiischem, wissenschaftlichem Geist erteilt, ist Deutschland durch Fräulein Dr. Elisabeth Kotten vertreten. — Eine Karlschurz-Gedächtnis-Konferenz ist in der amerikanischen Wisconsin-Universität errichtet worden. Sie wird alle zwei Jahre für ein Semester in einem deutschen Gelehrten besetzt. Für das Wintersemester 1926/27 ist der Leipziger Philosophieprofessor Hans Dreier auf diesen Lehrstuhl berufen worden. —

des Arbeitgeber, insbesondere aber die Beschneidung des Berufsverbandes.

Dagegen hat sich nicht vermeiden lassen, daß insofern eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand eintritt, als künftig nur noch Anträge für das ganze Kalenderjahr zulässig sind, während die Vierteljahrsanträge wegfallen.

Das Gesetz tritt sofort nach seiner Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft. Die Frist für die Anträge für 1925 ist bis zum 30. April 1926 verlängert worden. Die Vereinfachung kann nur auf die Fälle angewendet werden, die bei Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht entschieden waren. Die erledigten Erstattungen können also nicht wieder aufgerollt werden.

Als weitere Vereinfachung bringt das Gesetz die Zusammenziehung der Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderleistungen in einem Betrag von monatlich 40 Mark. Diese Änderung hat zunächst jedoch keine Bedeutung, denn sie gilt erst für das Jahr 1927.

Es ist wünschenswert, daß Lohnsteuerpflichtige, die einen Erstattungsanspruch geltend machen wollen, den Antrag möglichst bald stellen. Je eher Anträge gestellt werden, desto schneller können sie erledigt werden. Das ist neben dem Vorteil für die Lohnsteuerpflichtigen auch eine Erleichterung der schweren Aufgabe der Finanzverwaltung bei der Durchführung der Steuerbeantragungen.

Fascistischer Botschafter.

Die bevorstehende Abberufung des italienischen Botchafters in Berlin, Vossbardi, bestätigt sich, ebenso die Nachricht, daß der bisherige Botschafter Italiens in Buenos Aires, Graf Aldrovandi-Marescotti, zu seinem Nachfolger bestimmt worden ist. Dieser befindet sich bereits auf dem Wege nach Europa.

Der römische Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ teilt mit, daß Aldrovandi, der früher in Sofia war, als ein Balkanspezialist gilt. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob das der Grund ist, der ihn in den Augen Mussolinis als für den Berliner Posten besonders geeignet erscheinen läßt. Vor allem dürfte er wohl seine Ernennung der Tatsache verdanken, daß er Mitglied der fascistischen Partei ist, während Vossbardi es beharrlich vermieiden hatte, den Beitritt zur herrschenden Partei zu vollziehen.

Der in Paris erscheinende „Corriere degli Italiani“ verleiht die Nachricht der Ernennung Aldrovandis mit folgendem interessanten Kommentar:

Graf Aldrovandi war viele Jahre hindurch der Kabinettschef des Außenministers Sonnino. In der Zeit der italienischen Neutralität nahm er an den Verhandlungen zwischen Italien, Österreich-Ungarn und Deutschland auf der einen Seite, die mit dem Bunde des Dreieckes, wenige Tage nach der Unterzeichnung des Londoner Geheimvertrages, endeten. Gener Kononov trat als Vermittler zwischen den beiden Parteien auf, während die endlose Wüste der Ober-Griechen, und zwar ohne die Brunnen, die sie fruchtbar machen sollen.

Im Jahre 1919 war Graf Aldrovandi der Berater Sonninos während der Versailler Friedensverhandlungen, immer auf der Grundlage des Londoner Geheimabkommens. In einem bestimmten Zeitpunkt dieser Verhandlungen, und zwar im Mai 1919, schenkte Aldrovandi einem Vorschlag keineswegs abgeneigt zu sein, der dahin ging, Südtirol Österreich zu belassen, um dafür Italien den Besitz von Dalmatien zu sichern. Mit diesem Vorschlag hoffte man Wilson zu beruhigen, der gegen die Zuteilung Südtirols an Italien energisch opponierte. Nach dem Rücktritt Sonninos bescheidete Aldrovandi verschiedene diplomatische Posten zweiten Ranges. Nächstentfendete die italienische Regierung den Grafen Aldrovandi nach Berlin mit Rücksicht auf jene Beziehungen aus dem Jahre 1919.

Diese Worte des Pariser Antifascistenblattes sind natürlich ironisch gemeint. Zimmerlin wird es nicht ohne Interesse sein, zu beobachten, wie derselbe Diplomat, der im entscheidenden Augenblick der Friedensverhandlungen bereit war, mit Südtirol ein Tauschgeschäft zu machen, das ebenjowenig mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie mit strategischer Notwendigkeit etwas gemein hatte, nunmehr im Auftrag Mussolinis mit Rücksicht auf alle Neuerungen der deutschen öffentlichen Meinung spähnen wird, die geeignet wären, die „Geisligkeit“ der Brennergrenze anzuzweifeln.

Der reaktionäre Kapitalismus.

Aus einer Zuschrift an „Get Volk“, dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei der Niederlande, ist zu ersehen, in welcher systematischen Weise jede Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung Niederländisch-Indiens durch das europäische Großkapital hintertrieben wird. Da der indonesische Gummisektor gegenwärtig sehr gesucht ist, haben sich auch viele indonesische Landbesitzer der Pflanzung von Gummibäumen zugewandt. Während noch im Jahre 1921 nur 6000 Tonnen Gummi im Werte von 5 Millionen Gulden ausgeführt wurden, stieg diese Ausfuhr im Jahre 1925 auf 120 000 Tonnen im Werte von 250 Millionen Gulden.

Soweit diese Steigerung der Ausfuhr der Wohlfahrt der eingesehnen Bevölkerung zugute kommt, ist sie den europäischen Unternehmern, die Indonesien nur als Objekt ihrer Ausbeutung betrachten, ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln wird deshalb gegen den sozialen und kulturellen Aufstieg der Eingeborenen intrigiert. Die indisch-niederländische Presse scheint sich nicht, sich an den Eingeborenen zu reiben, die, obwohl mit nackten Füßen geboren, dazu übergingen, Schuhe zu tragen und europäische Kleidung anzuziehen.

Mit Recht bemerkt „Get Volk“, daß die europäische Oberherrschafft über Niederländisch-Indien der Entwicklung der einheimischen Wohlfahrt nur im Wege stehe.

Der Hauptvorwand des Internationalen Transportarbeiterverbandes wendet sich in einer Presseäußerung gegen den weißen Schreden, durch den das niederländische Kolonialgebiet zurzeit schlimmer denn je geknebelt wird. Der Verband hat es sich u. a. zum Ziel gesetzt, die einheimische Bevölkerung in ihrem Befreiungskampfe zu unterstützen.

Admiral Trotha hat's Wort.

Der englische Marine-Experte Maurice Prendergast, dessen in der „Daily News“ veröffentlichte Feststellungen großes und berechtigtes Interesse erregt haben (er machte die Feststellung, daß der berüchtigte letzte Schlag der deutschen Marine 1918 eine fürchterliche Niederlage erlebt hätte, weil die englische Marine über alle Pläne unterrichtet war und die deutsche Marine in eine Falle gegangen wäre, in der sie völlig der Vernichtung hätte anheimfallen müssen), hat jetzt in dem gleichen Blatte auf Admiral von Trothas Versuch, Prendergasts Feststellungen in Frage zu stellen, geantwortet. Er schreibt:

Ein wichtiger Amerikaner hat einmal festgestellt, daß es nicht so schwer ist, die Wahrheit auszusprechen; die Schwierigkeit besteht darin, ihr Glauben zu verschaffen. Es scheint doppelt schwer zu sein, die Wahrheit in Deutschland durchzusetzen. Wenn meine Beschreibung des mit Minen besetzten Teiles der deutschen „Falle“ wirklich nur eine bloße Phantastie ist, wie Admiral v. Trotha behauptet, so kann er vielleicht etwas Licht auf folgende Begebenheit werfen:

Als der Waffenstillstand unterzeichnet war, wurde der englischen Regierung mitgeteilt, daß der deutsche Konteradmiral Meurer mit vier anderen Offizieren über die Nordsee nach England kommen werde, um die Vorbereitungen für die Ablieferung der deutschen Hochseeflotte zu treffen. Die britischen Marinebehörden schlugen den Deutschen einen absolut sicheren Kurs für die „Königsberg“ vor. Am Morgen des 13. November 1918 verließ Konteradmiral Sinclair mit britischen Kreuzern und Torpedobootzerstörern den Firth, um den erwarteten deutschen Kreuzer zu empfangen. Zwischen den britischen Schiffen und der „Königsberg“ wurde die Radioverbindung aufgenommen. Konteradmiral Meurer teilte mit, daß sich das verabschiedete Zusammentreffen verspätet würde. Die Ursache dafür lag darin, daß die „Königsberg“ den von uns vorgeschlagenen Kurs nicht eingehalten hatte. Warum ist das geschehen? Konteradmiral Meurer jagte, daß die „Königsberg“ zu einem großen Ummeg gezwungen gewesen sei, um einem großen deutschen Minenfeld in der Nordsee zu entgehen. Dieses Minenfeld war von den Engländern schon gesäubert worden, so daß das deutsche Schiff einen sinnlosen Ummeg machte, um einer nicht existierenden Gefahr zu entgehen. Wenn die „Königsberg“ jener Passage durch das vermeintliche Minenfeld aus dem Wege ging, war das für uns nicht der beste Beweis dafür, daß die Deutschen noch der Ueberzeugung waren, daß dieses Minenfeld noch immer existierte? Oder will Admiral von Trotha behaupten, daß die Erklärung, die Konteradmiral Meurer dem britischen Konteradmiral Sinclair gab, auf Phantastie beruhte?

Will Admiral v. Trotha behaupten, daß die Deutschen niemals ein Minenfeld gelegt haben, um darin die britische Flotte zu fangen? Wir wollen zu diesem Zwecke die Geschichte der deutschen Unterseeboot-Aktionen bis zum 6. Mai 1918 betrachten, wie sie von dem deutschen Kapitänleutnant Gayer dargestellt worden ist. Das Buch gilt nunmehr allgemein als ein Standardwerk maritimer Kriegsgeschichte. Gayer stellt in seinem Buche fest, daß kurz vor der Schlacht bei Jütland zwei deutsche Unterseeboote, U 71 und U 72, ausgegandt wurden, um Minen vor den Firth von Marazion und Firth zu legen, wo die Basis der britischen Kriegsflotte lag. Infolge eines Verjagens der Maschine und Verlust von Getreid mußten die beiden Unterseeboote zu ihren Standorten zurückkehren, ohne ihre Mission ausgeführt zu haben. Am 25. April wurden Lowsesfort und Harmouth von deutschen Schlagschiffen beschossen. In der Nordsee hatten Unterseeboote Luftstellung genommen, um die Große Flotte und die Schlachtkreuzer anzugreifen, sobald sie ihre schiffliche Basis verlassen würden. Das ist der Umriss einer typischen „Falle“, wie sie im Jahre 1918 geplant war, auf Grund des Berichtes eines anerkannten deutschen Historikers nachgezeichnet. Der auf das Minenfeld bezügliche Teil dieses Planes war infolge des technischen Verjagens von U 71 und U 72 undurchführbar gewesen.

Aber vielleicht wird Admiral v. Trotha auch Gayer über Bord werfen und behaupten, daß Gayers Geschichte nichts als Phantastie ist — obwohl Gayer während des Krieges einer der Chefs der Unterseeboot-Sektion der deutschen Admiralität gewesen ist.

Was sagt Herr v. Trotha zu diesen neuesten Feststellungen? Ist die verächtliche Bemerkung des Engländers, daß die Wahrheit besonders den Deutschen schwer eingeht, nicht ein klatschender Beifallschrei für unser nationalisiertes Bürgertum, das sich nun schon seit Jahren selbst belügt, um ja nicht einsehen zu müssen, daß es außer deutschem Wein und deutschem Sang auch noch deutsche Dummheit und deutsche Einbildung gibt, die gerade jene, welche glauben, das Deutschtum gepachtet zu haben, für ihre hervorragenden Eigenschaften halten.

Die Wahlen in Rumänien.

Die rumänischen Gemeinderatswahlen, die unter dem Verlagerungsdruck und rücksichtslosesten Terror der Regierung abgehalten wurden, haben — im Gegensatz zu den Meldungen, die die rumänische Regierung verbreitete — ganz erhebliche Erfolge der geknebelten Opposition gebracht.

Das Endergebnis der Gemeinderatswahlen in Bukarest ergab 16 328 Stimmen für die vereinigte Opposition und 7325 Stimmen für die liberale Partei (Regierungspartei). Es wurden 36 Gemeinderatsmitglieder von oppositioneller Seite und 12 von Regierungsseite gewählt.

In der Provinz erhielt die liberale Partei in 83 v. H. der Dörfer und Bauerngemeinden die Mehrheit, während in den Städten die liberale Partei in 61 v. H. und die Opposition in 38 v. H. die Mehrheit erhielt. In 20 Städten ist das Resultat der Wahl unentschieden, jedoch hat in fast allen größeren Städten die Opposition gesiegt, so in Bukarest, Krajova, Jassy, Kolosvar, Konstanza, Groß-Wardein, Lemesvar, Czernowitz, Sibbenew und Braila. In Besarabien erhielt die Regierung in keiner Stadt die Mehrheit.

In Kronstadt wurde die ungarisch-jüdische Liste gewählt, in Hermannstadt und in den größeren Städten Siebenbürgens die jüdische. Da in Siebenbürgen zwischen der ungarischen Partei und der Liberalen ein Pakt geschlossen wurde, hat diese Koalition in 25 Städten die Mehrheit erhalten.

In Bukarest wurde der Sieg der Opposition mit großem Enthusiasmus begrüßt. In politischen Kreisen wird jedoch darauf hingewiesen, daß die liberale Regierung trotz aller kompromittierender Tatsachen es verstanden hat, ihre Lage so zu gestalten, daß sie bei dem Rücktritt von der Regierungsgewalt in guter Position bleiben wird.

Am 26. Februar finden die Nachwahlen in den Städten statt. Die neuen Gemeinderäte werden am 3. und 4. März gewählt.

Notizen.

Beseitigung der Auguststeuer. Das Steuerprogramm des Reichsfinanzministers Meinhof sah u. a. auch die völlige Beseitigung der sogenannten Auguststeuer vor. Gegen diese Maßnahme des Ministers machten sich innerhalb der Regierung starke Widerstände und Bedenken geltend. Wie es heißt, sind diese Widerstände nun überwunden, so daß in kürzester Zeit mit der völligen Beseitigung der Auguststeuer zu rechnen ist.

Roter Frontkämpfertag. Die kommunistische Presse berichtet am Montag in fetten Lettern und großer Aufmerksamkeit über den Kölner Roten Tag, der im Sonntag unter „tiefer“ Beteiligung stattgefunden haben soll. In einzelnen kommunistischen Blättern wird von 40 000 bis 50 000 Demonstranten, in andern sogar von 90 000 Teilnehmern gesprochen. Es muß festgestellt werden, daß diese Zahlen maßlos übertrieben sind. Nach sehr vorsichtigen amtlichen Schätzungen betrug die Zahl der aus ganz Rheinland-Westfalen nach Köln zu dieser Kundgebung zusammengeströmten roten Frontkämpfer 8500 bis 9000 Mann.

Bombenanschlag in Rattowik. In der Nacht zum Sonntag wurde eine Dynamitbombe in das Haus Friedrichstraße 28 gelegt, in dessen Erdgeschos das Lokal Wegner sich befindet, wo fast nur Deutsche berkehren. Die Bombe explodierte und richtete großen Schaden an. Obwohl sofort Leute herbeieilten, war es nicht möglich, die Täter zu fassen.

Depeschen.

Deutscher Tag mit Kaufhäusern.

Dortmund, 23. Februar. (Radio.) Auf einer vom Stahlhelm veranstalteten Kundgebung in Unna kam es auf dem Marktplatz zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern von Reichsorganisationen und Angehörigen des Frontkämpferbundes. Bei der sich entwickelnden Schlägerei fielen einige Schüsse. Mehrere Personen wurden angeblich durch Schußwunden verletzt. Die Polizei und die in Kraftwagen eintreffende Verstärkung aus Dortmund und Iserlohn stellten die Ruhe wieder her.

Wie wir weiter hören, haben an der Tagung der völkischen Verbände Mitglieder der „Schwarzen Gar“ und der „Deutschvölkischen Freispartei“ teilgenommen, die gestern in Unna einen sogenannten „Deutschen Tag“ abgehalten haben. Von Mitgliedern dieser Organisationen sollen in Unna Zivilisten angegriffen worden sein. Dabei sollen von den Angehörigen Totschläger, Gummiknüppel und ähnliche Werkzeuge verwandt worden sein, so daß sich der Verstoß eine große Aufregung bemächtigte. Die Polizei griff ein, konnte jedoch der Lage nicht Herr werden, bis die Verstärkung kam. Die Zahl der Verletzten beträgt 15, darunter drei Schwerverletzte. Erst gegen 10 Uhr abends habe man die Stadt Unna von den unruhigen Elementen wieder befreien können.

Es wird behauptet, daß die Werwolfmitglieder gegen die „Judenrepublikaner“ den Zusammenstoß veranlaßt hätten.

Gegenständliche Ratsstke Polens und Spaniens.

Wb. London, 23. Februar. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Parlamentsausschusses der englischen Liga für den Völkerverbund, Fisher, u. a. aus, es sei von äußerster Wichtigkeit, die ständigen Sitze den Großmächten vorzubehalten, da diese die Hauptlast in finanzieller Hinsicht und die Hauptlast der Verantwortung im Falle einer Krise zu tragen hätten.

Die Zulassung Polens und Spaniens würde ganze Serien neuer Gesuche heraufbeschwören, auch würde die ansehnlich zunehmende günstige Stimmung gegenüber dem Völkerverbund in Amerika einen schwereren Rückschlag erleiden, wenn nicht einer der Sitze, die für die Großmacht bestimmt seien, für Amerika frei gelassen werde.

Lom Shaw sagte, die Annahme der Entschlieung werde Chamberlain in den Stand setzen, in Genf zu berichten, daß es im britischen Parlament in dieser Sache nur eine Ansicht gebe.

Wb. London, 23. Februar. „Times“ weist in einem Leitartikel auf die Bedeutung des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund hin und sagt, Locarno habe den Eindruck hervorgerufen, daß das letzte Stadium im Prozeß des Uebergangs von einer kriegerischen zu einer friedlichen Sinnesverfassung erreicht sei. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund bedeutete eine weitere entschiedene Bekräftigung der neuen Ordnung. Es sei allgemein für sicher gehalten worden, daß nach allen schwierigen Vorbereitungen innerhalb und außerhalb Deutschlands der formale Akt in Genf eine einfache, klare, zeremonielle Registrierung sein werde, ähnlich der Unterzeichnung des Locarnovertrages in London.

Die öffentliche Meinung in England und vielen andern Ländern sei sehr überrascht worden durch die Entbedung, daß geplant werde und geplant würde, diesen einfachen Akt durch die Einführung neuer und nicht ganz verständlicher Faktoren zu komplizieren. Rundheraus gesagt, in dem Lichte, in dem Locarno möglich, den Verdacht loszuwerden, daß der Vorschlag Polen, und andre Nationen zu ständigen Ratsmitgliedern zu wählen, schwer zu erklären oder zu rechtfertigen.

Es ist jetzt sehr schwer, im Hinblick auf einige jüngst auf dem Kontinent gemachte Äußerungen, ja tatsächlich nahezu unmöglich, den Verdacht loszuwerden, daß der Vorschlag Polen, Spanien und Brasilien im nächsten Monat zu ständigen Mitgliedern des Rates zu machen, auf Schaffung eines Gegenwichts gegen die Stimme Deutschlands abzielt. „Times“ bezichtigt einen solchen Plan als falsch und weist auf die Rede Chamberlains hin, in der er sich gegen die Vorstellung wandte, daß im Völkerverbund ein Gleichgewicht zwischen rivalisierenden Gruppen hergestellt werden müsse.

Unterdrückter Aufstand.

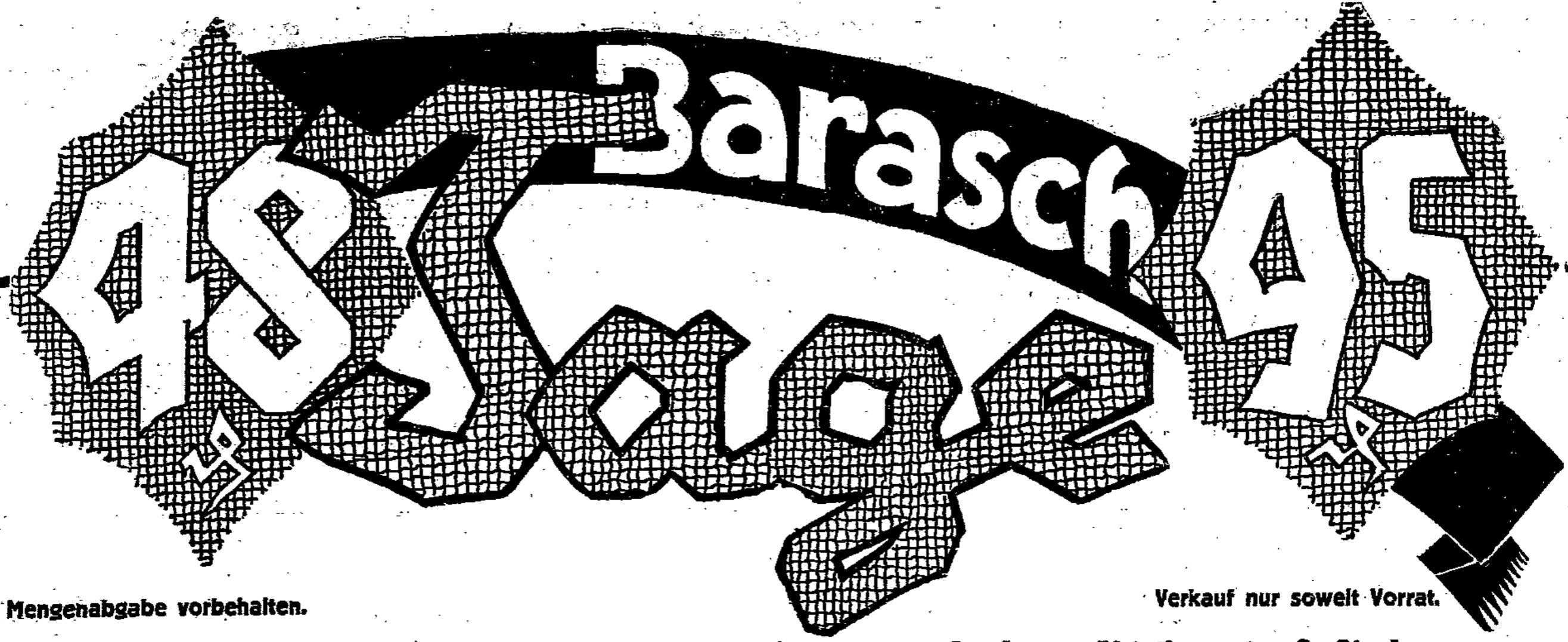
Wb. London, 23. Februar. Nach Blättermeldungen aus Parisum ist der Aufstand des Parahutabtes im südlichen Sudan, der ungefähr 1000 Krieger zählte, niedergeworfen. In den Operationen gegen die Aufständigen, die sich mit ihren Vieh- und Wasserbüchsen in unzugängliche Höhlen zurückgezogen hatten, haben englischerseits Panzertruppen, Artillerie und Bombenflugzeuge teilgenommen. 35 Aufständige wurden getötet, 300 Gefangene gemacht, zahlreiche Kubaleute haben sich bedingungslos ergeben. Der Rest der Aufständigen hat sich in Höhlen zurückgezogen.

Zugzusammenstoß.

Wb. Dortmund, 23. Februar. Gestern nachmittags 1.40 Uhr stieß im Gelände des Bahnhofes Ramen eine Rangierlokomotive mit einem einfahrenden Güterzug zusammen. Mehrere Wagen wurden ineinander geschoben, 12 Wagen entgleisten. Der Zugführer des Güterzuges erlitt eine Schädelverletzung. Das Gleis ist gesperrt. Der Verkehr auf der Strecke Dortmund-Ramen wird einseitig aufrechterhalten.

Uberschwemmung durch Dambruch.

Wb. Girsberg, 23. Februar. Wie der „Vote“ aus dem Niesengebirge aus Mauer-Maltersdorf meldet, ist gestern mittag gegen 1 Uhr der Damm des Umleitungskanals des Böhmer beim Böhmerkraftwerk, das unterhalb der Talsperre gelegen ist, in einer Länge von 10 Meter gebrochen. Die Ursache des Unfalls ist nicht bekannt. Durch das austretende Wasser wurde eine größere Fläche von Wiesen und Feldern überschwemmt und auch das Talsperrenwerk des Mauer-Maltersdorfes ist teilweise unter Wasser gesetzt. Der Schaden ist noch unbekannt.



Mengenabgabe vorbehalten.

Verkauf nur soweit Vorrat.

Herren-Artikel - Strümpfe - Trikotagen

2 weiße Kragen in weiß Ripps	48	1 reinleibener Selbstbinder	95
2 Strickbinder	48	1 Herren-Sportmütze	95
1 Schleifenbinder	48	1 Kavalleristock	95
2 Paar Damen-Strümpfe	48	1 Paar Damen-Strümpfe	95
2 Paar Fühlänge	48	1 Paar Kinder-Strümpfe	95
1 Paar Schweißjoden	48	1 Paar elegante Kavallerijoden	95
1 Reglade für Damen oder Herren	48	1 weiße Sommerjade	95
1 Unterhemd	95	1 gestricke Unterhülle	95
1 Paar Strickhandschuhe	95	1 Paar Damen-Schlüpfer	95

Taschentücher - Manufakturwaren

6 Stück Watirtücher mit Kordeleante	48	2 Stück Wischtücher	48
4 Stück Stüderittücher	48	1 Stück Wischtuch, Halbklein	48
4 Stück Kinder-Tücher	48	1 Serviertorhandtuch	48
3 Stück Handtücher	95	1 Meter Perkal	48
4 Stück Herren-Kleintücher	95	3 Messertücher	95
3 Stück Herren-Molotücher	95	1 Damasthandtuch	95
6, 4 oder 5 Stück Herren-Tücher	95	1 Dreihandtuch	95
6 od. 5 Stück Stüderittücher	95	1 Serviertorhandtuch	95
5 Stück Herren-Kleintücher	95	3 farbige Wischtücher	95
1 Meter Semdentuch oder Kettstüch	95	1 Mitteldecke	95
1 Meter rein Wata	95	1 1/2 Meter Sportkanell	95
6 Stück Herrenkleintücher	95	1 Meter Cheviot	95

Seifen - Parfümerien - Toilettenartikel - Lederwaren

1 Flasche Eau de Cologne	48	6 Stück feinste Blumenseife	95
1 Seifenkamm	48	1 Flasche Haarwasser	95
1 Perl-Salztüte	48	1 Haartüte	95
1 Rinderring	48	1 Haarfad	95
1 Blauschiffon	95	1 Frühstücksstange	95
1 Fingerhut	95	1 Damen-Handtasche	95
1 Chateleine	95	1 Einfaßtasche	95
1 Gürtel	95	1 Näh-Stuhl	95
1 großer Kiesel	95	3 Dosen Schmirgel	95
6 Stück gelbe Kernseife	95	10 Patete Meyers Blutblau	95

Kurzwaren - Schuhwaren - Handarbeiten

2 Stück Leinen-Rouleauhandel	48	10 Gebinde Grünheim-Strumpfwolle	95
3 Stück Halbkleinband	48	5 Gebinde Ramehaanwolle	95
4 Stück Schürzenband	48	10 Gebinde Nidgora	95
8 Paar runde Halbkleinhandel	48	1 schwarzes Rifen	95
12 Dugend Perlmutterknöpfe	48	1 schwarze Kaffeemühle	95
6 Dugend prima Wäscheknöpfe	48	1 weißer Koffer	95
6 Karten Kame-Strumpfwolle	48	1 Küchen-Bardehandtuch	95
3 Stück Bergara	48	1 Küchen-Handschoner	95
1 Decke	48	1 Kammertischstange	95
1 Zylinder-Schiff	48	1 Koffer	95
1 über 2 Schicht - Decken	48	1 Mitteldecke	95
1 Wäschehandel	48	1 Perlmutterknopf	95
1 Schürzenband	48	100 Gramm farbige Sportwolle	95
1 Duschhandtuch	48	7 Stück Zephyr-Stüdwolle	95
1 Decken-Kamm	48	1 Paar Pantoffel	95
1 Paar Klettstiefel	48	1 Paar Kinder-Pantoffel	95
1 Paar Seidenschuhe	48		

Damen-, Kinder-Wäsche, Schürzen, Korsetts

1 Kissenkissen	48	1 Erfindungsornament	95
1 hoher Kissenkissen	48	1 Unterhülle	95
1 Erfindungsornament	48	1 Stricktasche	95
1 Kissenkissen	48	1 Mädchen-Schürze	95
1 Erfindungsornament	48	1 Kinderhülle	95
1 gestricke Erfindungsornament	48	1 Sommerhülle	95

Gardinen-Abteilung im 2. Stock

Mitteldecke	48	Neffel-Vorhangstoff	95
Motiv	48	Schleiergardinen	95
Schleiergardinen	48	Bettvorleger	95
Zaltputen	48	Stores-Einlässe	95
2 Stück Wasserleitungshoner	48	Bourette-Vatitdecke	95
Brühe-Wise	48	Läuferstoff	95
Gardinen-Einlässe	48	Rouleautücher	95
Leinen-Borde	95	Spannstoffe	95
Madras	95	Querverhangborden	95
Leinen-Vorhangstoff	95	Gardineneffekt	95

Haushaltwaren im 3. Stock

1 Emaille-Konsole	48	1 Universalstab	95
1 Emaille-Kaffeetanne	48	1 Subbant	95
1 Emaille-Schüssel	48	1 Buch- oder Wäschstapfen	95
1 Beinrömer	48	1 Rolldecke	95
1 Königstuhnenform	48	4 Whornquirl	95
1 Rehrhantel	48	1 große Glaschale	95
1 Paar- oder Kleiderbürste	48	5 Stück Glaschalen	95
1 Schuß Wäschekammern	48	1 Kaffeetanne	95
1 Raucherbüchse	95	6 Stück Schalen	95
1 Saftlauffach	95	1 Emaille-Eimer	95
1 Weingteeglas	95	1 Emaille-Schmortopf	95
1 Drehglasbasse	95	1 Emaille-Nachtgeschirr	95
1 Sortenheber	95	1 Emaille-Waschschale	95
1 Spiritusofen	95	1 Emaille-Schüssel	95
1 Paar Solinger Edeste	95	1 Aluminium-Konsole	95

Seidenbänder - Stickereien - Modewaren

4 Mtr. Kunstseidenband	48	1,50 Mtr. Saffetband	95
1,50 Mtr. Kunstseidenband	48	1 Mtr. China-Band	95
1 Mtr. Kunstseidenband	48	2,30 Mtr. Wäsche-Stickerei	95
4,60 Mtr. Wäsche-Stickerei	48	1 Semdenpasse	95
1 Blauschiffon	48	1 Morgenhaube	95
1 Stickerei-Semdenpasse	48	1 Mtr. Nachstickerei	95
1 Semdenpasse	48	3 Meter Maschinen-Blöppelspitze	95

Schreibwaren - Korbwaren - Spielwaren

4 Patete Brotpapier	48	1 Kaffeete Seinenpapier	95
100 Dienstmuschläge	48	300 Geschäftsmuschläge	95
1 Karton Schreibpapier	48	100 bunte Papiererplatten	95
1 Jugend-Schulbleistift	48	7 Rollen Krepp-Risierpapier	95
2 Rollen Schrankpapier	48	1 Tafel, 1 Federkasten u. 6 Griffel	95
1 Silberband	48	1 Quartordner	95
1 Zirkelstift	48	1000 Briefklammern	95
1 Kinderfahrrad	48	1 Spiegel	95
1 Kammstift	48	1 Messerfahrrad	95
1 Frühstücksstange	48	1 Briefkorb	95
1 Zirkelstift	48	1 Zeitungsmappe	95
1 Koffer	48	1 Stofftier	95
1 Blechimer	48	1 Röhren	95
1 Gesellschaftsspiel	48	1 Eimer und 1 Siebkanne	95

Konfitüren

3 Tafeln à 100 g	95
2 Bld. Kaffee	95
1 Bld. gebrannte Mandeln	95
1 Bld. Schokolade	95
1 Bld. Gelerntung	95

Verschiedenes

1 Paar Damen-Strümpfe	95
1 Paar Frauen-Strümpfe	95
1 fertig gebundene Krawatte	95
1 Paar Hosensträger	95
1 Arbeiterfahrrad	95

Gegen den Raubzug der Fürsten.

Das Herz der deutschen Arbeiterschaft ist im Felde der Sozialdemokratischen Partei. Das zeigt sich auch deutlich bei dem großen Kampfe, den sie um die Fürstenteignung führt. Lange vor Beginn war am Sonntag der Saal des „Soffagers“ besetzt und immer neue Scharen strömten herbei, um zu hören, was Otto Landsberg, der von den Kommunisten als Verräter und Fürstentöchter „Gebrandmarkt“, über Volksnot und Fürstenteignung zu sagen hatte. Eine hochgemute, zwerfische Stimmung besetzte die Versammelten, die ihren Ausdruck in den Massengesängen unter der Begleitung des Schleiß-Orchesters und in der jubelnden Begrüßung des Redners fand.

Und Genosse Landsberg erfüllte — wie immer — die hochgespannten Erwartungen. Treffend ironisierte er den Teil des deutschen Bürgertums in Hofen und Unterröden, der sich noch immer ein Deutsches Reich nicht vorstellen kann, in dem nicht ein gekönter „Landesvater und eine Landesmutter“ regieren. Und den deutschnationalen und bürgerlichen Vertretern, die neben dem Satz: Recht muß Recht bleiben, auch für die Fürsten, noch die Ansicht haben, daß die Monarchen doch einige Verdienste um das Deutsche Reich hatten, und deshalb ihr Vermögen behalten müssen, wies er die Brüchigkeit ihrer Beweisführung nach. Denn wenn man die Verdienste in Rechnung stelle, müsse man auch den angerichteten Schanden berücksichtigen. Und wieviel ist denn der Mann in Doorn, der Hauptschuldige am Weltkrieg und seinem unglücklichen Ausgange dem deutschen Volke über seine Ansprüche hinaus schuldig? Aber alles dies und was der Redner sonst aus dem reichen Schatze seines Wissens über die Sache noch anführte, ist im Verichte nachzulesen.

Die Aussprache führte drei Nachkriegsblüten an das Rednerpult. Eine Dame, die den Aufgaben der Gegenwart dadurch aus dem Wege geht, daß sie sich in die Religion flüchtet, die aber doch immer noch so viel Weltfremd aufbrachte, die Versammlung und dem Redner aufs Schwerste zu beleidigen. Die trotz allem ritterliche Abfuhr durch Landsberg wird ihr kaum Anlaß sein, sich bessere Manieren zuzulegen. Ein Völkischer vom Stamme Ludendorff, forderte Enteignung des jüdischen Bankkapitals. Die Erinnerung daran, daß sein Kriegsgöze mit der blauen Brille vor einigen Jahren für seine an das feindliche Ausland verkauften Kriegserinnerungen Hunderttausende in wertvollen Dollars oder Pfunden verdient hat, die auch enteignet werden könnten, wird ihm kaum angenehm gewesen sein. Und dann kam sie: die kommunistische Partei nämlich, vertreten durch Silbermann. Er glaubte dem ehemaligen Volksbeauftragten Landsberg den Vorwurf machen zu können, daß er und seine Kollegen in ihrer Regierungszeit es versäumt haben, die Fürsten zu enteignen, und außerdem forderte er die berühmte kommunistische Einheitsfront. Mit vollem Rechte konnte ihm Landsberg entgegenhalten, daß infolge der damaligen Wutdürst in der deutschen Arbeiterschaft die Volksbeauftragten überhaupt zu keiner erspriechlichen Arbeit kamen, und auch jetzt führen die kommunistischen nicht den Kampf gegen die Fürsten, sondern gegen die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Organisationen. Wenn diese Einheitsfront der Kommunisten etwa zu einem Mißerfolg im Volkentscheid führen sollte, so muß noch eine Rückzugslinie offen bleiben, und diese sehe er — Landsberg — in dem Antrage der Demokraten — der ursprünglich ein sozialdemokratischer Antrag war — und der die Entscheidung über das Fürstenvermögen den Parlamenten überträgt. Die kommunistische Faktion, alles auf eine Karte zu setzen, fülle den Fürsten die Taschen zum Schaden des Volkes.

Die Versammlung war ein gutes Omen für den Volkentscheid, es gilt jetzt alle Kräfte anzuspannen, der Sache des Volkes zum Siege zu verhelfen.

Nachdem der Parteifreier Genosse Winger die Versammlung eröffnet hatte begann der Reichstagsabgeordnete Genosse Landsberg von stürmischem Beifall der Versammlung begrüßt, seine Ausführungen über das Thema

Volksnot und Fürstenteignung.

Wir geben daraus folgendes wieder:
In der Behandlung der Fürstenausschüttelungsfrage spiegelt sich die gesamte politische Lage in Deutschland wider. Einer Arbeiterklasse, die gewillt ist, die demokratische Republik immer vollkommener auszubauen und sie auch mit allen verfügbaren Mitteln zu verteidigen, steht ein Bürgertum gegenüber, für das ein Staat ohne Monarch an der Spitze nur ein recht kümmerliches Ding ist. Dem deutschen Bürgertum haftet immer noch die Vorstellung an, daß jedes Mitglied einer fürstlichen Familie ein Instrument des lieben Gottes sei. Wir sind der Meinung, daß der liebe Gott ein recht schlechter Musiker sein mußte, wenn er sich solcher Instrumente bedienen würde, wie es unsere verflochtenen Staatsoberhäupter durchweg waren. Von diesen Kreisen des Volkes geht auch das Bestreben aus, den Fürsten ein möglichst großes Vermögen in ihr Privatleben hinüberzureiten. Selbst wenn ein ganzes Volk berarmt ist, müssen nach Meinung dieser Leute die Fürsten reich bleiben.

Die besten Satiren auf das Monarchentum sind schon immer von Höflingen geschrieben worden. So erleben wir es jetzt wieder. Nach der Meinung derselben Leute, die in jedem Monarchen, noch wenn er in den Windeln liegt, ein Genie sehen, müßten diese jetzt betteln gehen, wollte man ihnen ihr Vermögen nehmen. Da muß man sich doch fragen: Langt ihr Verstand nicht zu mehr, jetzt, wo sie ihre ganze Zeit zur Verfügung haben und durch keinerlei Regierungsgeschäfte mehr belastet werden? Die Monarchen müßten zum lieben Gott beten, daß er sie schüßeln möge vor ihren Freunden. Denn wenn diese heute verlangen, daß man die politischen Verdienste der Fürstenhäuser bezahlt, dann könnte man sich auch daran erinnern, daß bei gar manchem unter ihnen für negative Verdienste erhebliche Abzüge am Platze wären. Erwinnert sei nur an die Wittelsbacher und an die Rheinbundfürsten, die sich einst in den Diensten Napoleons gefleht haben. Von dem Schuldbonto Wilhelms des Dritten, der die ganze Welt gegen sein Volk auf blutige Schlachtfelder „politisiert“ hat, gar nicht zu reden.

Die Fürstendiebstahl kommen auch mit dem Argument

Recht muß Recht bleiben,

beim die Fürsten hätten sich ihre Vermögen durch eigene Sparsamkeit erworben. Dieses Argument lenkt die Erinnerung auf die ehemaligen Herrscherhäuser von Hannover und Hessen deren Privatvermögen selbst die Hohenzollern nicht respektierten. Nach dem Kriege von 1866 hatte der hannoversche König 17 Millionen Kaler nach London in die Bank von England geschafft, damit

sie dem Zugriff Preußens entzogen waren. Bismarck beanspruchte aber dieses Geld für die preußische Staatskasse, und da er den englischen Gerichten ebensowenig vertraute wie wir jetzt den deutschen, nach dem die 17 Millionen Preußen überantwortet wurden, dem Hannoveraner aber die Zinsen als lebenslängliche Rente zu fielen. Der Vertrag kam zustande. Als aber der Hannoveraner mit der Ausbildung sogenannter welfischer Regionen in der Schweiz und in Paris eine kleine Soldatenpielerei anfang, legte Bismarck auf das gesamte Vermögen Beschlagnahme und der Vertrag wurde niemals erfüllt. Die Soldatenpielerei des Welfen war Bismarck lange vorher bekannt gewesen. Er benutzte sie nur als Grund, um die Enteignung vorzunehmen zu können. Die Hauptakteure der sogenannten welfischen Regionen, zwei hochgestellte Adlige, traten später in den preußischen Staatsdienst ein. Aus den 17 Millionen machte Bismarck einen Fonds zur Bekämpfung welfischer Wiedererweckungsbestrebungen. Seine als sie zu ihrer politischen Arbeit nur brauchen konnten. Aus jener Zeit stammt die Abneigung der preußischen Junker gegen das Zahlen, ja selbst gegen das Zahlen von Beiträgen für ihre Partei. In welcher Weise die 17 Millionen damals verpulvert wurden, dafür nur ein Beispiel: Der Schwiegervater des Ministers von Boetticher, ein Herr von Berg, hatte bei betrügerischen Geschäften 900.000 Mark Schulden gemacht. Er mußte in Konkurs gehen. Um aber so etwas in den „höchsten“ Kreisen des Volkes zu vermeiden, wurden ihm die 900.000 Mark durch Vermittlung des Herrn von Boetticher aus dem Welfenfonds gezahlt. Solche „Sparsamkeit“ haben damals dieselben Leute geübt, die heute schreien: „Recht muß Recht bleiben!“

Wir stützen uns in unserm Kampfe um die Fürstenteignung nicht auf die Gewalt, aber auch nicht auf ein Recht, das nur eine Bemäntelung der Gewalt ist. Solches Recht erkennen wir nicht an, sondern nach den Rechtsansichtungen, die das Volk treu in seinem Herzen trägt, soll entschieden werden.

Wie entstanden die großen Fürstentümer?

In der Zeit des uneingeschränkten Absolutismus waren Land und Leute Eigentum der Fürsten. Dafür sollte der Fürst alle Lasten des Staates tragen. Als dann mit der Zeit die Staatsaufgaben mannigfaltiger und schwieriger wurden, kam es zu den ersten Vermögensauseinandersetzungen zwischen Fürsten und Völkern. Die Länder übernahmen die öffentlichen Verwaltung. Die fürstlichen Familien behielten sich große Teile des öffentlichen Eigentums vor und machte sie zu Kammergütern, Fideikommissen und Lehensgütern. Begründet wurden ihre Ansprüche mit den Repräsentationspflichten, die sie im Interesse des Landes zu erfüllen hätten. So sieht das Recht aus, vor dem wir uns beugen sollen.

Genosse Landsberg führte dann eine Reihe weiterer Beispiele für die Entstehung der fürstlichen Vermögen an. Schloß Wabelsberg.

Das Grundstück, auf dem das Schloß Wabelsberg gebaut ist, gehörte ungewisselhaft dem preußischen Staat. Friedrich Wilhelm 3. hat gleichwohl im Jahre 1838 dem Prinzen Wilhelm von Preußen das Gangelände und in den Jahren 1841 und 1843 zwei angrenzende, gleichfalls dem Staate gehörende Forstparzellen gekauft.

Erst im Jahre 1862 erkannte das Haus Hohenzollern an, daß der König zur Abtretung dieser Liegenschaften nicht befugt gewesen war. Sie wurden nunmehr dem damaligen Inhaber für den Preis von ganzen 960 Talern, d. h. von zwei Pfennig für das Quadratmeter verkauft.

Die Lehnsherrschaft Oels

wurde im Jahre 1884 von Wilhelm 1. dem damaligen preussischen Kronprinzen mit der Maßgabe verliehen, daß Lehnsherr stets der jeweilige Kronprinz sein sollte. Mit der Beseitigung des Kronprinzenrechts ist das Lehen mit ihm dem Staate zugefallen. Der letzte Kronprinz nimmt es statt dessen als sein Eigentum in Anspruch. Der Wert der Herrschaft beträgt 4 1/2 Millionen Mark.

Die Herrschaft Schwedt-Biernaden und Wiedenbruch

war vom allgemeinen Landrecht für Staatsdomäne erklärt worden. Im Jahre 1847 eröffnete König Friedrich Wilhelm 4., der sich den aufständigen preussischen Ständen gegenüber in eine möglichst günstige materielle Lage bringen wollte, dem Justizminister, er glaube, daß diese Herrschaft widerrechtlich von seinem Hausgut abgetrennt sei. Im Verlaufe der darauf eingeleiteten Verhandlungen vertrat der Finanzminister von Raabe und sein Amtsnachfolger von Bodelschwingh den Standpunkt, daß das Eigentum des Staates an der Herrschaft nicht zu bezweifeln sei. Der König entzog nunmehr dem Finanzminister die Vollmacht zur Verwaltung der Herrschaft, die bis dahin der Staat geführt hatte.

Der preussische Fiskus erhob Klage auf Anerkennung des staatlichen Eigentums an der Herrschaft. Indessen nicht bei dem ordentlichen Gericht, sondern bei dem Geheimen Justizrat des Kammergerichts. Der Geheimen Justizrat war nur für persönliche Ansprüche gegen Mitglieder des königlichen Hauses zuständig, während es sich hier um ein dingliches Recht handelte. Das angerufene Gericht war also unzuständig. Dieses unzuständige Gericht erkannte trotzdem das Eigentum des Hauses Hohenzollern an. Das Urteil wurde zwar vom preussischen Obertribunal bestätigt, aber selbst der Minister des königlichen Hauses bezeichnete es als falsch. Wilhelm 2. trägt gleichwohl kein Bedenken, dieses Urteil zur Grundlage seines Eigentumsrechts an der Herrschaft zu machen, deren Wert nahezu 19 Millionen Mark beträgt.

Friedrich Wilhelm 3. von Preußen hatte die Herrschaft Platom-Krojante

in Westpreußen erworben. Nach dem preussischen allgemeinen Landrecht fielen unbewegliche Sachen, die der Landesherr erworben und über die er weder unter Lebenden noch von Todes wegen verfügt hatte, dem Staate zu. Der König hatte leibwillig anordnen wollen, daß aus der Herrschaft Platom-Krojante ein Fideikommiss für seine nachgeborenen Söhne zu errichten sei, er hatte indessen diesen Willen in einem rechtsüblichen Testamente nicht zum Ausdruck gebracht. Am 14. Januar 1842 erließ sein Nachfolger Friedrich Wilhelm 4. eine Rabinetsorder, durch die er die Herrschaft zum Familienfideikommiss für seine Brüder machte. Da jede Rabinetsorder eines absoluten Monarchen ein Gesetz war, ist dem Staat in dieser Weise auf gesetzlichem Wege ein Eigentumsobjekt entzogen worden, das einen Wert von etwa 26 Millionen Mark hat.

Die Herrschaft Wusterhausen

gehörte seit 1876 zu den Domänen des preussischen Staates und unterstand dementsprechend der staatlichen Domänenverwaltung. Als im Jahre 1819 für den Prinzen August von Preußen auf dem zur Herrschaft Wusterhausen gehörenden Grundbesitz eine Rente eingetragen werden sollte, vertrat der Justizminister vor den Räten die Auffassung, daß die Rentenbewilligung unzulässig sei, da die Herrschaft wie alle Domänen ohne Zweifel im alleinigen Eigentum des Staates stehe. Auf die Vorstellungen des Prinzen August entschied indessen der Staatskanzler Fürst Hardenberg, daß im Grundbuch als Eigentümer der Herrschaft Wusterhausen Seine Majestät der

König von Preußen einzutragen sei. So geschah es. Auf diese Weise „erwarb“ das Haus Hohenzollern staatliches Eigentum, das gegenwärtig einen Wert von über 47 Millionen Mark besitzt. Die Schatz-Galerie in München.

Der medlenburgische Adlige von Schad sammelte in München eine große Schatz junger Maler um sich, und ließ sich von ihnen schöne Bilder malen. Dann kaufte er sie den Kunstlern mit oft recht eigenartigen und unsauberen Geschäften ab und hängte sie in seiner Galerie auf. Herr von Schad hatte aber neben seiner Kunstfreundschaft einen großen Wunsch: er wollte gern Graf werden. Der König von Preußen sollte diesen Wunsch erfüllen und für den Fall der Zusage, sollten ihm nach Schads Tode alle Kunstschätze aus Schads Sammlung zufallen. Trotzdem die preussischen Minister Bedenken gegen ein solches „Geschäft“ hatten, wurde Schad zum Grafen gemacht. Wilhelm 2. wurde der glückliche Erbe. Weil Schad aber medlenburgischer Staatsangehöriger gewesen war, verlangte Medlenburg von Wilhelm 2. Erbschaftssteuern. Dieser verwies die Forderungen damals an den preussischen Staat, denn der sei der Erbe gewesen. Jetzt beansprucht er aber die Schatzgalerie für sich.

Daß dem Hohenzollern in Doorn jedes Gefühl für menschliche Würde fehlt, geht nicht nur aus seinen unerschämten Ansprüchen an das notleidende deutsche Volk hervor, sondern auch aus folgendem: Am 19. November 1918 ging dem Räte der Volksbeauftragten die Abdankungsurkunde Wilhelms zu. Dieser war ein Schreiben beigelegt, in dem die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß man ihm sein Vermögen freigegeben werde. Also in dem gleichen Augenblick, als er die Krone verlor, die seine Väter Jahrhunderte hindurch getragen hatten, schrieb er nach Millionen. Wir Volksbeauftragten mußten uns damals als Deutsche schämen, daß dieser Mann ein großes Volk regieren konnte.

Die Vermögensmassen der übrigen Fürsten sind auf ähnliche Art entstanden wie die der Hohenzollern. Am schamlosesten trieben es die, welche im 18. Jahrhundert

ihre Untertanen an England verkauften, als Soldaten für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Die „Landesväter“ erhielten zuerst ein angemessenes Werbegehalt pro Kopf und dann für jeden Toten gleichfalls noch eine hohe Entschädigung. Es hat Fürsten gegeben, die bedauerten, daß so wenige ihrer Landeskinder in den amerikanischen Urwäldern den Tod gefunden haben.

Der noch im 19. Jahrhundert machten die Fürsten derartige Geschäfte. Im Jahre 1866 schloß sich der Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha an Preußen an und ließ seine Soldaten an der Seite der preussischen Truppen bei Langensalza kämpfen. Zur Belohnung schenkte ihm Wilhelm 1. von Preußen die Schmalkaldener Forsten, die einen wertvollen Bestandteil des jenen von Preußen eroberten Kurfürstentums bildeten. Der Gothaer Herzog hielt es mit dem Anstand für vereinbar, diese Forsten zum fideikommissarischen Eigentum seines Hauses zu machen. Wilhelm 1. hatte auf diese Forsten auf Grund des Vorkriegsrechts seine Hand gelegt, obwohl unbewegliche Sachen nicht unter das Vorkriegsrecht fielen. Aber ein Fürst schämt sich nicht, Leute zu machen. Heute macht ein englischer Prinz seine „Rechte“ an diesen Forsten geltend.

Ein Beispiel für die Unerschämtheit der Fürsten bietet Mecklenburg-Strelitz, das durch eine reichliche Abfindung seiner großherzoglichen Familie ein „Landesgemächtes“ Leben führen wollte. Da der letzte Großherzog Anfang 1918 freiwillig aus dem Leben geschieden war, fand die Auseinandersetzung statt mit dem Herzog Karl Michael. Der Herzog Karl Michael hatte als russischer General gegen Deutschland im Felde gestanden, und er hatte auch im Jahre 1914 durch Erklärung gegenüber dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz seine medlenburgische und deutsche Staatsangehörigkeit freiwillig aufgegeben. Ferner mußte die Auseinandersetzung erfolgen mit dem privatrechtlichen Intestaterrben des verstorbenen letzten Großherzogs. Als solche kamen in Frage die Großherzogin-Witwe Elisabeth, eine geborne Prinzessin von Anhalt, zur Hälfte des Nachlasses, und die Schweigern des verstorbenen Großherzogs, Prinzessin Julius Ernst zur Lippe sowie die frühere Kronprinzessin Milica von Montenegro. Der Herzog Karl Michael hat fünf Millionen Mark erhalten. Ferner hat der Herzog gegen Zahlung von einer Million Mark das ihm zugehörige, in Mecklenburg-Schwerin an Mecklenburg-Strelitzer Gebiet stehende Rittergut Langhagen auf den Staat übertragen. Ende 1920 haben sich die großherzoglichen Erbinnen an den Vergleich nicht mehr gebunden gehalten und durch ihren Vertreter erklären lassen, daß sie bei der ersten Auseinandersetzung unter dem Druck der damaligen Verhältnisse gehandelt hätten. Obgleich der Staat Mecklenburg-Strelitz diesen Standpunkt durchaus nicht anerkennen konnte, hat er sich trotzdem bei der zweiten nunmehr ersinkenden Auseinandersetzung mit der großherzoglichen Familie wiederum sehr entgegenkommend gezeigt. Die großherzogliche Familie hat hiernach bei den verschiedenen Auseinandersetzungen insgesamt rund 30 Millionen Mark erhalten.

Trotz dieses außerordentlichen Entgegenkommens sind vom Vertreter der großherzoglichen Familie neue Ansprüche gestellt worden. Sie werden in der Hauptsache auf die Aufwertung gestützt und beziffern sich auf 5,6 Millionen Mark, wovon die Großherzogin 4,2 Millionen Mark, die Prinzessin Julius Ernst zur Lippe 400.000 Mark und die frühere Kronprinzessin von Montenegro, die schon vorher über 8 Millionen Mark erhalten hat, 1 Million zugute bekommen soll. Außer diesen Aufwertungsansprüchen werden noch Ansprüche erhoben von zwei Mätressen früherer Großherzöge, die zunächst gegenüber der großherzoglichen Familie geltend gemacht sind, für die aber der Staat nach den Verpflichtungen des Vertreters der großherzoglichen Familie aufzukommen habe.

Nach all diesen Feststellungen wird klar sein, daß die Abfindung der Fürstendiebstahl keine rechtliche Frage ist, sondern eine rein politische, denn auch die Fürsten haben politische Wege beschritten, als sie sich ihr sogenanntes Eigentum erworben. Nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung als Landesherren konnten ihnen die großen Vermögen zufallen. Fällt diese Stellung, dann fällt auch das Vermögen an den Staat zurück. Es ist Sache des Parlaments und des Volkes, die Vermögensauseinandersetzung vorzunehmen. Von dieser Ansicht ging auch ein sozialdemokratischer Antrag im Jahre 1923 im Reichstag aus, der den Ländern die Auseinandersetzung übertragen wollte unter Ausschluß jeglichen Rechtswegs. Verschiedene Reichstags-Auflösungen haben die Beratung des Antrags damals verhindert. Im Jahre 1925 nahmen die Demokraten diesen Antrag wieder auf und selbst der deutschnationalen Thüringische Finanzminister verlangte im Rechtsausschuß den Erlaß eines Gesetzes im Sinne des sozialdemokratischen Antrages. Der Reichstag Thüringen, der aus mehreren kleinen Fürstentümern zusammengekommen wurde, dessen Bevölkerung zur Armut in ganz Deutschland zählt, soll für das Heer seiner ehemaligen Fürsten Reichsvermögen aufbringen.

Auf Grund des frühern sozialdemokratischen und jetzigen demokratischen Antrags würde die

Entscheidung in die Länder verlegt, wo bei unbefriedigenden Landtagsbeschlüssen ebenfalls der Volkentscheid durchgeführt werden könnte. Das wäre für den Erfolg

besonders günstig, denn der große Volkswirtschaft betrifft auch Länder, die überhaupt kein Interesse daran haben. Wie z. B. die Banatländer, die niemals einen Fürsten hatten oder die süddeutschen Staaten, die bereits mit ihren Landesherren einig sind. Aber selbst, wenn jetzt noch der Antrag der Demokraten zur Annahme gelangte, siehe sich die allgemeine Aktion für den Volkswirtschaft nicht mehr vermeiden.

Die bürgerlichen Parteien haben einen Kompromißentwurf im Reichstag eingebracht. Sie wollen die Entscheidungen in den Abfindungsangelegenheiten einem Sondergericht übertragen, dem sie für seine Entscheidungen besondere Richtlinien mit auf den Weg geben. Auch an der Verbesserung dieses Gesetzentwurfs haben wir Sozialdemokraten mitgearbeitet. Wir sind der Auffassung, daß angeht die Milliardenwerte, die für das deutsche Volk auf dem Spiele stehen, neben der Aktion des Volkswirtschafts auch die parlamentarische Aktion laufen muß. Darum lassen wir auch nichts unberücksichtigt, um die andern Parteien zur Annahme unserer Verbesserungsanträge zu bewegen.

In den nächsten Wochen wird in allen Teilen Deutschlands ein Appell an die Kräften der Nation zu antworten. Demen, die von den „armen“ Fürsten sprechen, muß man antworten: „Ein verarmter Reicher hat immer noch mehr als ein reich gewordener Armer.“ Die Republik will auch niemand verhungern lassen, der nicht arbeiten kann, und sie zahlt ja heute schon an zahlreiche Bringen militärische Pensionen, die weit über die Unterstützungssätze für Erwerbslose, Invaliden- und Kriegsgeldnehmer hinausgehen. Ueber das zweifelhafte Vermögen dieser Leute aber bestimmt das Volk. Die unerträglichen Lasten aus dem Dawesabkommen muß man versuchen zu mildern. Es ist ja auch bei seiner Annahme Erleichterung zugesagt. Verlangen wir aber Kostenermäßigung bei der Entente und finden wir andererseits die deutschen Fürsten mit großen Summen ab, so wird man uns darauf berufen und

jede Erleichterung ablehnen.

Genosse Landsberg schildert dann die technischen Schwierigkeiten des Volkswirtschafts, die durch die politische Unruhe weiter Volkswirtschaften noch vergrößert werden. Aber wir wollen zu den Lasten der Siegerländer nicht noch die Lasten der ehemaligen Fürsten tragen, die, wenn sie höherer Handlungen fähig wären, angeht der großen Volkswirtschaft selbst einen Stich durch ihre Vermögen hätten machen müssen. Diesen Stich wird jetzt das Volk machen müssen, wenn es nicht will, daß die Fürsten ihre Milliarden zur Bekämpfung der Republik und der Demokratie verwenden. Viele warten in Deutschland schon darauf, Wilhelm hält auch schon wieder Reden, in denen er von der Welt der Demokratie gesprochen hat. Zeigen wir ihm, daß diese „Welt der Demokratie“ im Kampfe gegen Gogier und Raffinier der Fürsten den Sieg davon tragen wird. Gehen wir in den Kampf gegen das Alte für das Neue mit der Parole: „Nieder mit dem Alten, es lebe das Neue!“

Aussprache.

Frau Elisabeth Weder: Ihre Zeit ist habgierig, weil wir immer nur Geheße machen, aber uns nicht um die Gebote Gottes kümmern. Auf Darum erwider die Rednerin, daß sie, im Gegensatz zu dem Redner, der ja dafür bezahlt würde, den Leuten auch unangenehme „Wahrheiten“ zu sagen gewillt sei.

Ein Herr Liebster (bolschisch) erklärt sich mit der Entgegnung der Fürsten einverstanden, trotzdem sie ja schon auf fünf Sechstel ihrer Forderungen verzichtet hätten. Aber man solle bei der Kleinigkeit nicht stehenbleiben, sondern auch die Juden enteignen.

Der Kommunist Eibermann behauptet, die ganze Fürstenenteignungsfrage hätte sich erledigt, wenn die Volksbeauftragten schon 1918 die Enteignung vorgenommen hätten. Die ganze Art Landsbergs, die Frage zu behandeln, sei nicht geeignet, den nötigen „Schwung“ in den Volkswirtschaft zu bringen. Das könne nur die berühmte „Einheitsfront“.

Schlusswort.

Genosse Landsberg behandelt zuerst die Rednerin, die gefordert habe, daß man nach den Geboten lebe, die aber selbst die Gebote nicht beachtet, wenn sie ihn unterdrückt, er rede nur, was der Versammlung angenehm sei. Ob Frau Weder denn das Gebot nicht kenne: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten!“ Die Versammlung quittierte mit ungeheurer Heiterkeit.

Der bolschische Liebster antwortet Genosse Landsberg, daß auch nach der Enteignung der Fürsten nicht alle Kräfte genutzt und alle Not gelindert werden könne. Wenn aber die Bolschischen es fertig bringen, einen Antrag auf Enteignung des Feudal- und Vorbesitzes für den Volkswirtschaft einzubringen, dann dürfen sie der Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse sicher sein. Ueber die zahlreichen Objekten in Deutschland mögen

sich die Bolschischen bei ihrem Herrn Ludendorff beklagen, denn der hat sie während des Krieges hereingeholt.

Dann mündet Genosse Landsberg sich dem Einheitsfrontapostel Eibermann zu und kennzeichnet die verätherische Taktik der Kommunisten, denen es bei der Aktion für den Volkswirtschaft nur auf eine gute Agitationsparole ankomme. Wie sie in Wirklichkeit dafür arbeiten, zeigen die Beratungen im Reichsausschuß des Reichstags. Als dort der kommunistische Entgegnungsantrag behandelt werden sollte, war nicht ein einziger Sozialdemokrat deren Antrag begründen mutig. Und diese Leute wagen es, Ausstellungen an unserer Taktik zu machen? Wir lassen uns von den Aposteln der Einheitsfront nicht betören und gehen unsern Weg, der zum Siege des Volkes über die Gogier der Fürsten führen muß.

Der Vorsitzende, Genosse Wittmann, kennzeichnet ebenfalls noch einmal die Taktik der Kommunisten und fordert die Versammelten auf, unermüdet zu wirken für den Erfolg des Volkes. Der bevorstehende Kampf sei schwerer als viele Reichstagswahlkämpfe. Darum gelte es, die ganze Kraft einzusetzen. Mit dem Gelingen der Internationale schloß die erste große Kundgebung der Sozialdemokratie Magdeburgs für den Volkswirtschaft.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 22. Februar 1926

Mittageßen für die Oesterreicher.

Am Dienstag vormittag kommen 500 Oesterreicher vom Reichsbanner-Bundestag in Hamburg nach hier. Die Gäste müssen zu Mittag von den Reichsbanner-Kameraden verpflegt werden. Wer ladet noch einen Gast für Dienstag an seinen Mittagstisch? Meldungen werden bis heute (Montag) abend 9 Uhr beim Kameraden Eduard Solz, Fischlerstraße 22, entgegengenommen.

Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Wilhelmstadt. Der Bildungsabend für diese Woche fällt aus. Bezirk Sudau. Heute Montag abend 8 Uhr Frauenversammlung bei Meier, Weststraße. Bezirk Sudau. Am Mittwoch abend 8 Uhr Sitzung im „Reinhold Hof“. Bezirksrat Arbeiterwohlfahrt. Am Mittwoch abend 1/8 Uhr Sitzung in der Geschäftsstelle.

Abteilung, Vorstände der Gewerkschaften und Vereine!

Am Sonntag den 14. März, vormittags 10 Uhr, findet im „Hofflager“ eine

März- und Freiligrath-Feier

statt. Wir ersuchen alle Organisationen, diesen Tag von weiteren Veranstaltungen frei zu lassen.

Die verschobene Trendkajematte.

Nachdem das wirklich abenteuerliche Leben des Freiherrn Friedrich Wilhelm v. d. Trend durch das Erscheinen eines Romans, vielleicht wird dieser in absehbarer Zeit auch noch verfilmt, in einem größeren Kreise Interesse gefunden hat, tauchen besonders hier in Magdeburg Fragen auf, die mehr als ein bloßes lokales Interesse erwecken.

In Magdeburg hat dieser Trend bekanntlich auf Geheiß Friedrichs des Großen in der im Jahre 1908 geschleift Sternschlange, nicht in der Bitabelle, wie ein hiesiges Lokalblatt mitteilte, fast 10 Jahre, genau 9 Jahre 5 Monate und einige Tage in schweren Ketten in einer eigens für ihn gebauten Kajematte zugebracht. Es ist daher begreiflich, daß jetzt, nachdem verschiedentlich dieses Trendgefängnis in einigen Zeitungen bildlich reproduziert worden ist, die Frage aufsteht, was aus dieser Kajematte eigentlich geworden ist?

Die meisten Magdeburger sind der Meinung, daß diese Kajematte in Lapphosenformat auch mit der Schleifung der Sternschlange ihr natürliches Ende gefunden hat. Dem ist jedoch nicht so!

Als der Abbruch des Gesamthollwerts der Sternschlange beschlossen und in Angriff genommen war, um Raum für die Stadterweiterung zu erhalten, wurde von einem Stadterordneten außerordentlich an den damaligen Oberbürgermeister Schneider die Frage gerichtet, ob es nicht möglich sei, die berühmte Schlinge mit samt dem Trendgefängnis der Einwohnergesellschaft Magdeburgs gegen ein geringes Eintrittsgeld zur Besichtigung freizugeben. Der Anregung wurde stattgegeben, und mehrere Wochen, besonders Sonntags, ergoß sich eine wahre Völkerwanderung nach dem Orte, wo ein hochbegabter Offizier jenes erleuchteten Despoten aus dem Hause der Hohenzollern fast 10 der besten Jahre seines Lebens in schweren Ketten schmachten mußte.

Als dann später an das Stadtoberhaupt von demselben Stadtvater die Frage gerichtet wurde, was denn nun aus der Trendkajematte würde und ob sie nicht als eine historische Merkwürdigkeit für die Nachwelt aufbewahrt werden könnte, wurde dies verneint. Im Vertrauen wurde aber dem neugierigen Frager mitgeteilt, daß die Trendischen Nachkommen, die wohl von der Schleifung der Sternschlange gehört, um die Ueberlassung dieser Kajematte gebeten hätten. Diesem Wunsche würde ohne Befragung der Stadterordneten-Versammlung nachgegeben. Das Trendgefängnis, an sich ein kleiner selbständiger Bau ohne jeden architektonischen Wert, wurde damals sorgfältig abgebrochen, und ist dann auf eins der Trendischen Güter in Galizien oder Ungarn in genau der alten Form zum Andenken aufgestellt worden. Auf diese Weise ist die Trendkajematte aus Magdeburg verschoben worden.

Ob die Nachkommen des Freiherrn Friedrich Wilhelm von der Trend der Stadt Magdeburg für die Ueberlassung des kleinen Gefängnisses irgendeine Gegenleistung haben zuteil werden lassen, ist leider nicht bekannt geworden. Bemerkenswert muß noch, daß die Stadt aus den Erträgnissen des Eintrittsgeldes das Otto-von-Guerike-Denkmal errichtet hat. Auf diese Weise hat die zehnjährige Haft Trends doch noch ihr Gutes gezeugt. Ein alter Magdeburger.

Schulferien 1926/27.

Der „Amtliche Preussische Pressebrief“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des preussischen Unterrichtsministers über die Ferien für das kommende Schuljahr. Für die Provinz Sachsen gelten folgende Termine:

Schluss des Unterrichts:

- Ostern Mittwoch den 31. März.
- Pfingsten Freitag den 21. Mai.
- Sommer Freitag den 2. Juli.
- Herbst Sonnabend den 2. Oktober.
- Weihnachten Mittwoch den 23. Dezember.
- Wiederbeginn des Unterrichts:
- Ostern Donnerstag den 15. April.
- Pfingsten Dienstag den 1. Juni.
- Sommer Dienstag den 8. August.
- Herbst Dienstag den 19. Oktober.
- Weihnachten Donnerstag den 6. Januar.

Schluss des Schuljahrs 1926/27 ist am Mittwoch den 6. April 1927.

Der Mann, der das Phänomen bezwang.

Als einziger ruhender Punkt steht er in der treibenden, flutenden Menge. Er hebt nur die weißbehaarte Hand, pendelt mit den Armen nach rechts, nach links. Und ein Wagen, ein Auto hält an, eine Masse stellt, eine andre flutet vorbei. Sein Wort fällt. Eine stumme Geste befiehlt. Fünf Finger ragen über unzähligen Menschen. Und ein nicht wahrzunehmendes Ereignis tritt ein, ein andres wird abgewendet. Da steht jemand und schmiedet Schicksale, ändert, erfüllt ein Chaos mit Ordnung, gibt Wege frei, verschließt Wege. Innerhalb von Sekunden. Mit einer einzigen Bewegung.

Vor ungefähr einem Jahre trat diese Figur in unser Leben. Sie war eines Tages da. Eines Morgens schlug dieser Mann mit seinen Armen Häder. Zum Gaudium seiner Mitmenschen.

Die Passion.

Koman von Clara Siebig.

(58. Fortsetzung.) (Schlußwort verboten.)

Rudi hielt nicht so viel von der Liebe, wie sie von ihm hielt; er mochte sie eigentlich gar nicht gern, er tat nur so, weil sie ihn sehr bewunderte. Er erzählte Eva, daß Frau Lämmlein geschieden war von ihrem Mann. „Ja, glaube, die alte Schenkelle deutet, ich habe sie noch, wenn ich groß bin.“ Na, die wird sich schon tun!

„Mit Eva war er gut Freund.“ Sie waren sich viel allein überlassen. Die Kinder lagen hinten auf dem Allee, es war niemand sonst da. Sie saßen sich zusammen in den Salzen und spielten den Herrn und die Frau vom Hause. Dann vergaß Eva für Stunden ihr Geschick, an dem sie krankte; sie lauschte sogar aus toller Lust. Rudi war so lieblich, Rudi war so kühn, er wachte, fast seine Arbeit für die Schokolade zu machen, jagte, betraute Rudi sie alles von selber zu, er brauchte es nicht zu lernen, und es sei doch alles nur blauer Dunst. Er sah dann im Sessel, legte Eva die Beine auf den Schoß und haßte. Das war eigentlich sehr unangekommen und unangenehm. Eva sprach oftmals nach ihm, so daß seine langen Beine herantasteten, und schloß, aber dann schämte er sich. Und er wollte nicht weiterreden sein, sie grug auf je mehr von ihm und lauschte. Ihr Lachen kam nicht von Herzen, das Herz wollte nichts davon, aber es war immerhin doch ein Lachen, und es geriet ihm.

Rudi war ein lederschnüßiger Knacker, immer in der Unterhosenbahn verwickelt wie er. Er verstand sein ganzes Lebewesen. Ganz Tags heulte er Eva an: „Sagst Du mir doch was der für Gigant ist!“

„Ja, habe ja nichts.“

„Ach, hast Du.“ Er blinzelte nach dem alten Porzellanmann hin, das auf dem Tisch lag. Frau Lämmlein hatte es hingestellt, ehe sie halb nach Tisch ging: „Was ist das denn, das.“ „Hast Du nicht?“ „Nein, das ist ein Stück Zucker zum Abweiden, und ein paar Klößen hier!“

„Sagst Du mir das?“ „Ja, das ist ein Stück Zucker zum Abweiden, und ein paar Klößen hier!“

„Sagst Du mir das?“ „Ja, das ist ein Stück Zucker zum Abweiden, und ein paar Klößen hier!“

Lämmlein ein Wort davon jagst, spritze ich runter — das schwöre ich Dir!“

Da übermannte sie ein heftiger Schreck: der tolle Junge; Wahnsinnig, der wäre imstande, das zu tun! Sie packte ihn an der Hand, sie rief ihn zurück, und dann fiel sie in einen Sessel und hielt sich die Augen zu. Vor ihr gähnte plötzlich eine schwebende Tiefe, sie sah sich selber auf der Fensterbank — ah, da war der Abend wieder da, jener stille Abend unter nachtlähmendem Himmel, der so schön war, und der ihr doch soviel Leid zugebracht hatte! Wieder stieg es lodend auf aus dunkler Tiefe, es wühlte, es zog sie — sie mußte sich hinabstürzen und wollte doch eigentlich nicht. Es war eine Gewalt in ihr, die stärker war als ihr eigener Wille.

Sie schrie: „Nicht, nicht!“ Sie hielt noch immer die Hände gegen ihre Augen gepreßt, ihr war sehr schwindlig. „Na, besch!“ Rudi sprang herab vom Fensterbrett. „Ja, lausche jetzt mal runter, mit der Zigaretten heraus. Aber wenn Du was sagst, dann — er hat den Finger und wies auf das Fensterbrett — dann weißt Du, was ich tue!“

Sie meinte herzzersehnd, aber sie hielt ihn nicht zurück. — Rudi war ein Geheimnis zwischen ihnen. Eva litt darunter. So sehr ihr sonst die gemächlichen Nachmittage im Salon, allem mit Rudi, behaglich hatten, um so viel weniger angenehm waren sie jetzt. Sie hatte geradezu eine Schen davon. Rudi wurde immer dreister, er verlangte jetzt öfter Geld von ihr, verlangte es wie sein gutes Recht. Und sie hatte nicht die Kraft, sich ihm zu widersetzen, denn dann sprang er gleich wieder zum Fenster, trat weit hinaus auf die äußere Fensterbank, knippte da herum, stand auf einem Bein, predigte das andre Bein in die Luft, schnitt Grimassen, trieb allerlei halbbrechereichen Maschen, so daß sie vor Angst fast mißkam. Ihr Herz klopfte rasend, jeden Augenblick glaubte sie ihn hinabstürzen zu sehen, glaubte selber zu stürzen, empfand alle Qualen der eigenen Schwäche, fand aber nicht die Energie zu jagen: „Reinweggehen, dann sprang runter!“

Er lockte sie zum Schluß immer aus, aber sie konnte nicht widerstehen, sie meinte jedesmal. Es drängte sie oft, Frau Lämmlein alles zu gestehen — ah, daß die doch gar so oft ausging!

Frau Lämmlein hatte jetzt einen Begleiter gefunden, der Mann einer guten Freundin von mir,“ erzählte sie. Er hielt sich mit Herz in Berlin auf, sie mußte sich ihm widmen und ihm die Schwereidigkeiten zeigen. „Na, blies Rudi auch Sonntags zu Hause, denn Frau Lämmlein nahm den Reffen jetzt nicht mit auf ihre Ausflüge; so waren also auch die Sonntagsmorgens keine Ausflüge mehr für Eva.“ Es gab kein Ende.

Und jetzt wurde Eva auch, was das für Kinder waren, die her unter Frau Lämmleins sorgfältige Aufsicht gegeben waren. Der Kaufmann an der Ecke, bei dem sie nun schon fünfzig oft

etwas schuldig geblieben war, war ein cholerischer Mann, er ärgerte sich immer, daß die Lämmlein ihrem Mädchen, diesem verdinglichten jungen Ding, das nur leise vorbrachte, was es holen sollte, sehr oft nicht genügendes Geld mitgab. Dieser Kaufmann schimpfte laut: „Immer zieht sie los, alle Tage seh ich sie hier vorbeirennen, immer sein angezogen. Und zu Hause läßt sie die Kinder im Dreck verkommen, diese unglücklichen Würmer, von Geburt an unglücklich, schon unglücklich, vordem sie ans Tageslicht kamen!“

Eva hatte nicht gefragt: Warum sind sie so unglücklich, und schon vor ihrer Geburt unglücklich? Sie brauchte es nicht zu fragen, sie wußte sich selber die Antwort. Im Bett der kleinen Eva kniete sie nieder, nahm weinend das blondlockige Köpfchen an ihre Brust und streichelte es zärtlich.

Rudi jetzt ab gab sie sich viel mehr Mühe mit den Kindern. Sie war längst nicht mehr so lässig bei dieser Arbeit. Waren die alle denn nicht wie ihre Geschwister, ihr nah, ach so nah verwandt?!

„Schaffen Sie sich doch nicht so ab,“ sagte die Lämmlein. „Es ist wirklich nicht nötig, daß Sie die Kinder zumal am Tage waschen — wer kann das denn durchführen? Die werden ja viel zu sehr verwöhnt!“

Verwöhnt, verwöhnt —?! Eva hatte einen bitteren Geschmack auf der Zunge und ein bitteres Gefühl im Herzen: das Leben verwöhnte einen schon nicht. Mit einer unendlichen Trauer sah sie oft auf die Kinder, die niemand besuchte, die von niemand gehergt wurden, die hier lagen wie auf einer fernem Insel im Ozean, die keiner Seele bekannt war. Ach, wenn sie nur nicht immer durch jeden Blick, den sie diesen armen Kleinen schenkte, erinnert würde an das eigne Geschick! Sie seufzte unter der Last dieser Vergleiche, sie trug schwer daran — ach, wenn sie doch nur fortkäme von hier!

Das kam rascher, als Eva gehofft hatte. Der Kaufmann an der Ecke hatte eines Mittags Frau Lämmlein gestellt. Gerade als sie fortellte im neuen Sommerhut, den ein Blumenkranz zierte. Er rechnete ihr vor, daß sie nun schon mit fünfzig viel Markt bei ihm im Buche stand, es war noch immer nicht alles beglichen worden.

Was, nicht alles bezahlt?! Noch zwanzig Pfunden Bier schuldig, sechs Mal ein halbes Pfund Butter, und sechs Mal ein Viertel Pfund Butter? Das konnte nicht sein. Sie hatte dem Mädchen immer das Geld dafür mitgegeben. Aber der Kaufmann beharrte auf seiner Forderung. „Da ramme sie nach einmal zurück, obgleich sie schon fünfzig ein wenig hat, und der Freund bereits ungeduldig auf sie warten würde. Sie stürzte in den Salon, wo Rudi und Eva es sich bereits bequem gemacht hatten.

(Fortsetzung folgt.)

Das Fest der Republikaner.

Die Stadt und der Bundestag.

Der Hamburger ist mehr besonnen als temperamentvoll. Er läßt sich gar nicht leicht bewegen, auch nicht von bunten Farben. Das liegt an seiner Art, den grauen Tagen, der Elbe und andern Dingen. Deshalb würde es nicht den Tatsachen entsprechen, würde hier gesagt, in Hamburg habe der Bundestag sogleich die Menschen lichterloh zum Brennen gebracht. Nein, die Menschen und ihre Stadt waren sehr bedächtigt. Die Stadt ließ sich auch gar nicht so leicht das berühmte Zeichen des Festes aufdrücken.

Es störte sie weiter nicht, daß da am Freitag und am Sonnabend zahlreiche Männer und Jungen kamen, einheitlich gekleidet und ganz schüchtern im Benehmen.

Aber am Sonntag wurde die Stadt doch aus dem Gleichmaß geworfen. Die alte, selbstlichere Hansestadt mußte aufschauen, Atem holen und staunen. Und den ganzen Sonntag, bis in die späten Nachstunden, herrschte der Klang, der Rhythmus eines großen Festes, daß die Republik gefeiert wurde.

In Erwartung der Gäste.

Reichsbannertag in Hamburg. Das zweite Jahr des Bestehens der republikanischen Schutzorganisation ist vergangen. Kräftiger, machtvoller, gefestigter denn je steht das Reichsbanner da. Wird der Aufmarsch in diesem Jahre in Hamburg ebenso imposant werden wie am Sitz des Bundesvorstandes in Magdeburg am ersten Bundestage? Am Freitag früh war man in Magdeburg noch etwas pessimistisch; es regnete in Strömen, die Melbungen der Teilnehmerzahlen gingen aber im Laufe des Freitag immer zahlreicher bei der Festleitung ein. Am Freitagabend waren bereits 70 000 Teilnehmer angekündigt. Und dann rollte am Sonnabend Zug auf Zug in die große Halle des Hamburger Hauptbahnhofes. Bald war die Zahl 100 000 überschritten und immer neue Orchesterzüge rückten an.

Der große Bahnhofsvorplatz war trotz des anhaltenden Regenwetters von einer dicht gedrängten Menschenmenge umlagert.

Der Empfang der Oesterreicher.

Mit der Ankunft der Oesterreicher am Sonnabend aber erreichte die freudige Erwartung ihren Höhepunkt. Es war ein ergreifender Augenblick, als die Kameraden vom Republikanischen Schutz- und Truchbund in ihren schwarzen Uniformen mit ihrer famosen Kapelle und den roten Fahnen den Bahnhof verließen und mit brausenden Frei-Heil- und Freundschaftsrufen empfangen wurden. Unter den Klängen des Liedes der Arbeit marschierte die Abteilung auf. Kamerad Crohn begrüßte die Oesterreicher in temperamentvoller Rede, in der er dem großdeutschen Gedanken, der Einheit aller Deutschen in einer großen deutschen sozialen Republik, begeistertem Ausdruck verlieh. Im gleichen Sinne antwortete der Führer der Oesterreicher, Dr. Fischer, Bürgermeister von Wiener Neustadt. Das herrliche Gewerkschaftshaus am Feschenbinderhof begrüßte die Gäste im schwarzrothgoldenen Schmuck und im Lichterglanz der Illumination. Gleichzeitig mit den Oesterreichern kamen die Braunschweiger und norddeutschen Ortsgruppen an. Es regnete noch immer, aber das tat der Feststimmung keinen Abbruch.

In den Standquartieren war ein lebensgefährliches Gedränge. Die Vorbietungen kamen in dem Trubel kaum zur Geltung. Mit den Hamburger Republikanern wurde schnell herzliche Freundschaft geschlossen. Die Familien der Quartierwirte überboten sich in Aufopferung für ihre Gäste.

Da noch bis spät abends immer neue Extrazüge ankommen und die Kameradschaften in viel größerer Zahl eingetroffen waren, als angemeldet war, erschien es der Festleitung fast unmöglich, alle Gäste unterzubringen. Aber die republikanische Bevölkerung half mit; alles drängte sich danach, Gäste zu bekommen, zu beherbergen und zu bewirten. In einzelnen Stadtteilen gingen sogar die Reichsbannerkameraden einfach in die Häuser und wurden überall freundlich aufgenommen. In Altona trafen noch spät abends die Kameradschaften aus Schleswig-Holstein ein und mußten, da die doppelte Zahl gekommen war, in fünf Turnhallen untergebracht werden.

In der Nacht zum Sonntag.

In Hamburg regnet es. Wie sollte es auch anders sein. Besonders um diese Jahreszeit, da gehört der Regen zu Hamburg wie das Salz zur Suppe. Hamburg konnte zum Bundestag des Reichsbanners auch keine Ausnahme machen. Es gab keine Abstrichungen bezüglich der Intensität des Regens, der Windfadenregen steigert sich zu einem richtiggehenden Platten, dann wird oben von Zeit zu Zeit auch abgestoppt, es gibt nur Nebel. Aber der reicht ebenfalls aus, um die Menschen durchzufeuern bis über die Haut hinein. Vielleicht ist es aber sehr anerkenntniswert, vom Hamburger Regen, daß er in den Tagen vom 19. bis 22. Februar auch dabei war. So zeigte sich Hamburg, die Stadt am großen Wasser, im rechten Wilde. Selbstam, geheimnisvoll in den grauen Schleiern, gewaltig und stark die Bauteile der Arbeit.

Das Programm des Festes wurde trotz Regen und Nebel nach Vorschrift abgewickelt. Am Sonnabendabend wurden in den Vorstädten Fackelzüge veranstaltet. Es gab malerische Bilder, wenn im grauen Dunst die Feuerzungen auftauchten, leuchtende Bogen durch die Straßen trugen, in der Ferne zusammenstürmten und in der Nacht extranzen.

Offiziell sollten in neun Lokalen Begrüßungsfeiern stattfinden, selbstverständlich begründete man sich nicht damit, es wurden daneben Feiern aus dem Stegreif veranstaltet. Die waren viel zahlreicher als die programmmäßigen.

Katzwillen zu Fuß und zu Rad zogen durch die Stadt. Die Schutzmaßnahme war notwendig. In der Nacht zum Sonnabend hatten Wölfe den Festschmuck am Südbahnhofplatz beschädigt. Klagen hatten sie umgedreht, Fahnen, Girlanden zerrissen. In der Nacht zum Sonntag kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und ihren „Freunden“. Einige verbeulte Köpfe, Rufen und sonstige Schaulude

waren die Folgen. Sonst nichts. Zum Beispiel ist ein Trupp von 20 Wölfen über eine Gruppe von Reichsbannerleuten mutigerweise hergefallen, die drei Mann zählte. Der liebe Gott war hier merkwürdigerweise nicht bei dem stärksten Bataillon, sondern bei dem frechen schwarzrotgoldenen Trio, das zufälligerweise merkwürdige Käufe hatte und eine gute Handschrift schrieb.

Die ganze Nacht hindurch rückten auswärtige Festteilnehmer heran. Sonderzüge wurden ausgeladen, Marschkolonnen vor den Bahnhöfen aufgestellt. Zu welcher Stunde man auch einen Bahnhofsvorplatz kreuzen mußte, immer traf man auf zusammengelallt gewaltige Menschenmengen, lange Züge von Reichsbannerleuten. Kommando erschallten, Marschmusik. Eine Kolonne zog ab, schon donnerte ein neuer Zug in die Halle, von neuem kommen die grauen in langen Zügen aus dem Portal. Die ganze Nacht hindurch, in den Morgen hinein. —

Morgenfeiern.

Für die Bevölkerung fand eine Feier im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Nach einem Chorpsuch des Sprechchors vom Hamburger Arbeiterbildungsausschuß — zum Vortrag kam „Die Menge“ von Verhaeren — hielt

Reichstagspräsident Lobe.

eine Rede, die starken Beifall auslöste: „Als ich vor einem Jahre bei der ersten gewaltigen Kundgebung des Reichsbanners in Magdeburg die Freude hatte, einige Gedanken zu den geistigen Strömungen in unserem Bunde beizutragen, habe ich als unsere positive Aufgabe neben dem Schutze der Republik eben jene Frage der sozialen Solidarität in den eignen Reihen und für unsre Volksgenossen überhaupt, besonders für die Kollektiven, hervorgehoben. Den Gegnern zugewandt, wies ich darauf hin, daß sie aus der Periode der offenen Gewaltakte, der Putsch, von der Ermordung der Repräsentanten der Republik, zum Gifte der Verleumdung übergegangen sind. Gerade in den letzten Jahren wurde dieses Gift in Kräftigen Dosen gegen Vertreter der republikanischen Staatsform angewendet, und der Fall des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe zeigt, daß der Vorrat noch nicht erschöpft ist.“

„Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt!“ Das Banner blieb stehen, als der erste Mann der Republik, unser Friedrich Ebert, fiel. Das schwarzrotgoldene Banner blieb auch stehen, als der neue Mann kam. Fest haben eure Käufte es umspannt, und am allerwenigsten werden diejenigen es untauben, deren Qualität für die Wahrung höchsten Deutschtums gerade in den letzten Gemeinwohlprozessen sich herausgestellt hat. Es fließt viel Blut und viel Schmutz an den Händen derer, die der Republik zu Leibe wollten.“

Aus diesen Händen müssen wir die deutsche Jugend lösen, die ein ehrlicher Idealismus auf falsche Wege geführt hat. Auch diese Jugend will die Einheit, die Freiheit, das Wohlergehen des deutschen Volkes. Keine Zeit ist besser angehen als die heutige, sie von dem Wahne zu heilen, als ob ihr Ideal von der Monarchie zu erfüllen sei. Was ist national, königlich, majestätisch an den Fürstenprozessen um schändliche Mammon? Was verhalten sie von einer Erlösung durch Gottes Gnade? Schon immer haben Mitglieder der Herrscherhäuser ihren Glauben, ihre Nation, ja ihre Kultur gewechselt, wenn es galt, sogenante ebenbürtige Heirat mit anderen Höflichkeit und Majestät abzugeben. Ausgestoßen wurde, wer sich mit einem bürgerlichen Mädchen des eignen Volkes fest vermählte; hochgeehrt blieb, wer Mauben und Nationalität wechselte, griechisch-katholisch, bulgarisch, manenegimisch wurde, um die Internationale der Fürstenfamilien

nicht zu verlassen. Ist es vielleicht königlich, wenn diese Fürsten jetzt dem deutschen Volke seinen Wald, sein Land, seine Theater und seine Museen weggeschleppen wollen, statt tapfer zu warten, ob jemals wieder eine Mehrheit der getreuen Untertanen sie an den alten Platz zurückführt? Oder haben sie die Hoffnung darauf endgültig aufgegeben? Es scheint so, denn sonst könnte ihnen wohl Geld nicht wichtiger sein als Ruhm, die Güter wertvoller als die „Liebe eines Volkes“.

Kameraden, laßt uns im Anschluß an diese Demaskierung und an der Hand der geschichtlichen Ereignisse dem Volk und besonders der Jugend darlegen, daß das fast immer so war in der Geschichte. Zu Napoleons Füßen verammelten sich 1806 die deutschen Fürsten in Erfurt, bereiteten ihm ein beschwerendes Fest, krochen vor ihm auf den Knien. Aus Napoleons Hand nahm nicht nur Bayern Land und Königsfrone. Die Fremdherrschaft abzuwickeln und das Volk aufzurufen weigerte sich der Preußenkönig im Jahre 1813 auf das zäheste und trat gewöhnlich dem Freiherrn vom Stein und auch Yorck, Scharnhorst und Gneisenau entgegen, die dem Volke Selbstbefreiung und staatliche Freiheit geben wollten.

Deutsche Fürsten schloßen die heiligen Allianzen gegen das Freiheits- und Einheitsstreben der Jahr, Arabi, Irland, Görres, Neuter, ließen sie verfolgen und in Kerker werfen, weil das von ihnen ersehnte einige Reich die Interessen der Dynastien störte.

Deutsche Fürsten betrogen die Freiheitkämpfer

von 1813 bis 1815 um den Preis ihres Blutes und ihrer Wäthen, brachen den Bürgern von 1848 das Wort, als sie die Soldateska gegen das Parlament führten, nachdem sie vorher aus Angst die schwarzrotgoldene Schärpe getragen. In verletzender Weise schnitt noch Wilhelm I. am Tage der Kaiserkrönung den damaligen Grafen Bismarck, weil der König der Meinung war, daß dieser die Interessen des preussischen Königshauses dem Gedanken des Deutschen Reichs geopfert habe.

Belogen wurden die Kinder unsers Volkes, wenn man ihnen die Fürsten als Schöpfer jedes staatlichen Fortschritts gepriesen, der meist nur gegen ihren abgesehenen Widerstand errungen werden mußte. Wir werden die Fußzeichnungen Steins, die Geschichte Treitschkes, Bismarcks Erinnerungen ins Volk und in die Jugend tragen müssen, damit sie sehen, wie die deutschen Fürsten immer, wenn es die Einheit des Reiches und die Freiheit des Volkes galt, auf der andern Seite gestanden haben.

Die Zeit der Defensiv, Kameraden, ist vorbei! Jetzt haben wir zum Angriff überzugehen für die Republik! Nicht mit den Knüppeln der Gatenkreuzer, nicht mit dem Gift und Rebolber der Farnemörder, sondern mit der Waffe des Geistes, die auf die Dauer immer unwiderstehlich war. Mäße von Hamburg, dem Sitz alten Bürgerhuldes, dem Schauplatz einer starken Arbeiterbewegung, für das Reichsbanner der Beginn der geistigen Offensive datieren gegen die verfallende, nie wiederkehrende Monarchie, für die mit sozialem Geist erfüllte großdeutsche Republik!

Musikvortrage beschlossen die Feier.

Der große Festakt.

Der riesengroße, herrlich dekorierte Festsaal bei Sagesiel war der Schauplatz einer machtvollen Kundgebung, wie sie wohl noch keiner der Festteilnehmer miterlebt hat. Breite Fahnenreihen in den Reichsfarben und in den Farben der Länder und Provinzen schmückten den Saal. Das Bundesbanner, die alten 48er Fahnen, darunter aus unserm Gau die aus Calbe, Roglau und Langermünde, sowie die Gaubanner und die Fahnen der Abteilungen des österreicherischen Schutzbundes nahmen hinter den Sägen des Bundesvorstandes Aufstellung und vervollständigten

das farbenfrohe Bild. Den dicht besetzten Saal umräumten die Oesterreicher in ihren schwarzen Uniformen, und auf der Galerie sah man die weißen Uniformen der Reichsbanner-Marinemannschaften.

Mit der Oubertüre zur Oper „Eurhantse“ wurde der Festakt eingeleitet. Im Namen des Senats begrüßte der

Erste Bürgermeister Dr. Petersen

die imposante Versammlung mit folgender staatspolitisch bedeutsamen Ansprache:

Deutsche Volksgenossen! Aus Nord und Süd, Ost und West des deutschen Vaterlandes sind Sie heute nach Hamburg gekommen, um unter dem schwarzrotgoldenen Reichsbanner den Willen zur deutschen Einheit und die Treue zur Weimarer Verfassung zu bekunden.

Ich grüße Sie mit herzlichster Freude namens des Senats dieser alten freien Stadt, deren Bürger ihre Unabhängigkeit im hartnäckigen Kampfe durch die Jahrhunderte hindurch zu wahren gelohnt haben. Wir sind stolz auf diese Tatsache, wie wir stolz auf das sind, was im Zeichen dieser Bürgerfreiheit von Hamburg geschaffen worden ist. Aber wir verkennen keinen Augenblick, daß wir ohne die Arbeit des gesamten deutschen Volkes weder das geworden wären, was wir sind, noch es in der Zukunft bleiben können. Einheit ist die Voraussetzung der deutschen Kraft. Einheit nicht nur der deutschen Stämme, die sich in der deutschen Republik vereinigen, sondern Einheit im Fühlen, Denken und Handeln aller, um die sich das Band deutscher Sprache und deutscher Kultur schlingt. Aus dieser Erkenntnis heraus rufe ich den hier anwesenden Brüdern aus Deutschösterreich noch ein besonderes, aus tiefem Herzen kommendes Willkommen zu.

Wir haben in Weimar die schwarzrotgoldenen Farben in der Hoffnung gewählt, daß sich die Sehnsucht einmal erfüllen möge, die an sie seit vielen Geschlechtern geknüpft ist. Das ganze Deutschland wird es sein.

Das ganze Deutschland wird es sein.

Das ist der Glaube, den wir in die Herzen der deutschen Jugend vererben wollen.

Lassen Sie uns in dieser Stunde auch an alle jene deutschen Volksgenossen denken, die heute noch nicht die volle staatsbürgerliche Freiheit besitzen, auch an jene, die ihr Deutschtum in zähem Kampfe gegen geplante Verdrückung verteidigen müssen.

Was ist anders geworden im deutschen Vaterlande, seit sich unser Volk mit überwältigender Mehrheit die Verfassung von Weimar schenkt? Diejenigen, die der Idee des neuen Staates noch nicht gewonnen sind, halten uns nur immer das vor Augen, was noch nicht erreicht ist, als ob sich der gewaltige Prozeß einer Umstellung eines großen Volkes von der Monarchie zum Volksstaat in ein paar Jahren ohne Hemmnisse hätte vollziehen können. Ich will nicht davon sprechen, daß sich jedem sachlichen Beurteiler immer überzeugender beweist, daß die Linie unserer seit 1919 geführten Außenpolitik richtig war, und von jeder Regierung — sie heiße, wie sie wolle — aufgenommen und fortgeführt werden müßte, wenn sie nicht eine Regierung der Strafe, sondern des Handelns sein will.

Ich will auch nicht davon sprechen, daß wir in der innern Politik wie in der äußern unter dem Druck der Siegerstaaten gestanden haben und noch stehen, und daß wir trotzdem auch hier das Erreichbare erreicht haben. Ich will nur darauf hinweisen, daß heute die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiterkraft hinter dem Reichsbanner marschiert unter der Parole: Für den deutschen Volksstaat, getreu seinem Grundgesetz von Weimar bis zum letzten Atemzug. Das tun diese Abertausende in der Erkenntnis: Das ist unsere Staat. Wir — das Volk — sind die Quelle seiner Kraft.

Ich sehe im deutschen Volksstaat die Bürgerschaft für die deutsche Zukunft, denn die Kraft eines Volkes und die Stellung einer Nation in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft wird bestimmt von den Willenskräften, die hinter seiner Staatsidee stehen.

Mag auch jeder von uns den Frieden auf Erden als das letzte Ziel aller Politik ansehen, so wird sich doch ebenso jeder klar darüber sein müssen, daß unser gegenwärtiges Schicksal durch die Macht bestimmt wird, die Macht nicht nur, die sich auf Waffen stützt, sondern auch die Macht im wirtschaftlichen Kampfe.

Im uns Deutschen steht eine Welt, die von Waffen starrt. Lassen Sie uns trotzdem unterzagt jedes Stück Deutschland mit der nimmer ermattenden Kraft deutscher Herzen verteidigen und da, wo fremde Wellen den Reich, der unsre Heimat schützt, zerbrechen wollen, den Damm unzerstörbarer Vaterlandsliebe aufrichten.

Reichsbannerleute vor die Front, wo der Friede im Neuherrn und Innern bedroht ist. — Reichsbannerleute vor die Front, wenn es gilt, das Deutschland der Zukunft zu schaffen, in dem die Not nicht so zu Hause sein soll, wie in dem der Gegenwart. Voraussetzung, wenn das Ziel erreicht werden soll, ist

staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein,

Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte auch des politischen Gegners, ist jene Vaterlandsliebe, die uns nicht zu hohen Bekehrungen, sondern zur Pflichterfüllung gegen die Volksgemeinschaft veranlassen soll. Voraussetzung ist weiter, daß wir uns nicht als Bayern oder Preußen, als Hamburger oder Wadenfer, als Nord- oder Süddeutsche, als Oesterreicher oder Reichsdeutsche — sondern einzig und allein als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft fühlen.

Wir scheinen es ein ganz besonderes Verdienst des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu sein, daß es der deutschen Einheitsidee eine Armee von entschlossenen Kämpfern zugeführt hat.

Halten Sie fest an diesem Ziele. — Bauen Sie mit am Bau des neuen Reiches, daß es eine feste Burg werde, die die Jahrhunderte überdauert. — Ihr Staat ist es, um den es geht. — Unser aller Schicksal ist es, das von uns gefordert und geschmiebt wird im Feuer unsrer Vaterlandsliebe, in der Glut unsers Volksgedüßes, in der Flamme unsers Glaubens an die Kräfte unsers Volkstums.

Ich lasse den Willkommensgruß Hamburgs anklingen in den Ruf: Für Volk und Verfassung. Für deutsches Wesen und deutsche Kultur. Für ein freies, geachtetes, deutsches Vaterland. Die deutsche Einheit, gesichert und gefestigt im deutschen Volksstaat: Hoch — hoch, und noch einmal hoch!

Begrüßert stimmte die Menge in das Bekenntnis zum Volksstaat ein. Gauborfigender Senator Cijenbach betonte in seinen Begrüßungsworten die Opferwilligkeit ohne Gleichen, die die Reichsbannermitglieder mit ihrer Fahrt nach Hamburg trotz bitterster Not, teils zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auf Lastautos bei schlechtem Wetter an den Tag gelegt haben. Eine besondere Bedeutung bekommt das Bundesfest durch die Anwesenheit der österreicherischen Freunde, die diesmal in Stärke von 500 Mann an der Bundesveranstaltung des Reichsbanners teilnehmen. Aus Wien, aus Linz, von der Donau und den Alpen sind sie gekommen, um für die Einheit der Deutschen zu wirken, die die Eiferfucht der Fürsten Jahrhunderte lang verhindert hat. Wir wollen gemeinsam

für politische und soziale Gerechtigkeit

wirken. Angehts dieses Strebens ist es außerordentlich bemerkenswert, daß an der 2. Bundesfeier des Reichsbanners eine große Zahl leitender Minister, Mitglieder des Reichstags und der

Landesparlamente, des Senats und der Bürgerschaft von Hamburg, der politischen Parteien, der Gewerkschaften und Genossenschaften teilzunehmen. Alle diese im öffentlichen Leben an hervorragender Stelle stehenden Personen bekunden damit den Willen, die Ziele des Reichsbanners zu fördern, weil sie für unser Volk von Segen sein werden.

Begeistert begrüßt richtet darauf

Bundesvorsitzender Oberpräsident Göring

das Wort an die Festversammlung: An der Geburtsstätte unser Bundes, in Magdeburg, beglückte wir heute vor einem Jahre, umbrannt vom Wutgeheul aller Gegner der Republik, unser erstes Stiftungsfest. Dieser riefte, bisher von keiner Organisation zukaufte gebrachte Massenaufruf von 130 000 Republikanern im Reichsbannerange und hunderttausenden uns zujubelnden Zuschauern verheißte seine Wirkung nicht. Eine Lähmung im wahren Sinne des Wortes trat bei allen — unsern und der Republik — Gegnern ein. Als diese sich vom ersten Schreck erholtten und ihnen zum Bewußtsein kam, daß ihre Willkür, die Verleumdung und Beschimpfung des Reichsbanners völlig vergeblich gewesen waren, da sahen sie sich, in ihrer Mehrheit wenigstens, gezwungen, von ihrem bisherigen Treiben abzulassen und nun ernst und sachlich mit uns zu diskutieren. Im Lager der Republikaner löste dieser Magdeburger Tag Freude und Jubel aus. Wir wurden uns unserer Kraft bewußt. Wir gewannen Selbstvertrauen. Und vor allem: Die Republikaner sahen eine Macht, sahen Streiter für die Republik, sahen die Soldaten der Republik, uns, die wir die Farben der Republik bis ins letzte Dorf getragen, Schwarz-Rot-Gold heilig gemacht hatten in einem einzigen Jahre. Die Republik bekam Inhalt! Das war unser aller Freude.

Nun ist ein Jahr seit jenem großen Magdeburger Tag verstrichen. Heute ist das Reichsbanner 2 Jahre alt, und wir beglücken unsere Gründungsfeier auf historisch-republikanischem Boden. Hamburg hat als Republik die Monarchie, die Kaiserzeit überlebt. Auf diesem Boden, in dieser historischen Stadt begrüßt der Bundesvorsitzende die Vertreter der Gauen und unsere Gäste. Dank und ein herzliches Willkommen vor allem unsern Kameraden aus Deutschland, die unserer Einladung gefolgt sind und den weiten Weg zu uns nicht geachtet haben.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Jahr. Eine Woche nach unserm Magdeburger Tage schloß der Deutschen Republik erster Präsident, Friedrich Ebert, die Augen für immer, tief betrauert von uns allen. Der nun folgende Wahlkampf um den Platz des Reichspräsidenten fand uns bis auf den letzten Mann auf dem Plan. Die Reaktion siegte mit Hilfe der Reaktionskräfte in allen Parteilagern. Die Sozialisten erwießen sich als deren beste und sicherste Stütze. Reichspräsident von Hindenburg leitete den Eid und übernahm den Platz des ersten Reichsbeamten. Als Hoffnung der Reaktion, als deren „Retter“ war er gekommen. Und wach ein Bild heute! Wenn der Feldmarschall den Vertrag von Locarno unterschreibt, dann lassen wir ihn fallen! „Ist wörtlich der Landtagsabgeordnete Professor Dr. Meier, Vorsitzender der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Leute haben den „Retter“, ihren Feldmarschall nicht nur fallen gelassen, sondern ihn sogar beschimpft und intrigieren in der erbärmlichsten Form und Art gegen ihn.

Wir haben dem Reichspräsidenten von der ersten Stunde an die Achtung entgegengebracht, die dem Oberhaupt der Republik gebührt. Jeder Reichspräsident, der im Sinne der Verfassung von Weimar sein hohes Amt ausübt, kann auf unsere Unterstützung rechnen, und mehr denn je, wenn diejenigen, die ihn nominieren und gewählt haben, ihn fallen lassen, weil er getreu seinem Diensteid, die Verfassung beachtet und sie nicht verlegt, wie seine Wähler es von ihm verlangen.

Der Wahlsieg bei der Reichspräsidentenwahl löste der gesamten Reaktion neuen Mut ein, die nun mit allen Kräften gegen uns anrannte. Der vorjährige Verfassungstag in Berlin, der einen Aufruch von mindestens einer Million Republikanern brachte, zeigte den Reaktionskräften aller Richtungen, daß sie mit gewaltigen Trümmern zu kämpfen haben. Die deutsche Justiz, über die ich vor einem Jahre so bitter klagte, hat ihr grausames Spiel gegen uns fortgesetzt. Von den erblichen Präzedenzen, die alle nach einer Schablone geführt werden, seien nur die von Striegau und Grevesmühlern erwähnt, und man hat das Bild unserer heutigen Justiz mit ihnen in der Mehrheit monarchistisch eingestellten Richtern und Staatsanwälten in aller Redlichkeit vor sich. Arm in Arm mit den gegnerischen Verbänden, mit dem größten, dem monarchistischen Teil der Justiz sahen wir leider auch einige Landesregierungen im Kampfe gegen uns republikanische Frontkämpfer! Trotz allem aber, trotz der zahlreichen Gegner und des wütenden Kampfes gegen uns haben wir im letzten Jahre nicht nur unsere Organisation befestigt, beaufert und gefestigt, sondern wir haben auch im letzten Jahre eine halbe Million Mitglieder gewonnen.

Der härteste Jähwuchs war dort, in jenen Ländern, wo auch die Regierenden mit aller Schärfe gegen uns stehen, zu beobachten. Hier kann man mit voller Berechtigung sprechen „von der Kraft, die jetzt das Räder will und daß das Gute ist“.

Wie wir immer an der Seite der republikanischen Parteien stehen, im Kampf gegen jede Reaktion, so war es auch im Kampf um den Vertrag von Locarno, der Forderung nach Überbrückung der Gegensätze mit dem Feinde von gestern. Mit allen Vermittlungen und politisch deutenden Reden kämpften auch wir für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Ein Völkerbund im wahren Sinne des Wortes wird ja nicht nur die staatlichen Gegensätze mildern können, sondern auch seine Mitglieder zur Höflichkeit bringen. Wenn jetzt jenseits des Rheins der „Allergrößte Kampf“ damit und politisch, dann glaube ich, hat dieser Kampf nicht nur bewiesen, daß keiner so gut wie er die bedauerlicherweise unheimliche Ration Manieren kann, sondern auch deutlich gezeigt, welche Gefahr entstanden ist durch die Zerstückelung Deutschlands durch die Forderung des Völkerbundes im Herzen Europas und damit der Verengung der Kriegesgefahr.

Die neuen Anstrengungen haben hoffentlich der Evidente Klarheit darüber gegeben, daß die Fortsetzung des Reichsbanners sich der Deutschen Republik anzuschließen, daß und ganz notwendig ist. Hier hat der Völkerbund, dem Deutschland, so hoffen wir, in aller Eile als vollberechtigtes Mitglied anschließen wird, große und wichtige Arbeit zu tun gegen die Menschheit zu leisten, damit an die Stelle des Schicksals überdies die Demokratie tritt.

Einer letzte die wirtschaftliche Not auf der übermäßigsten Maßstab unserer Volksgenossen. In einer Zeit, wo Kopf- und Handarbeiter, Sozial- und Kleinrentner sterben, das mehr als 2 Millionen bedingende Heer der Erwerbslosen die allerbitterste Not leidet, werden die

Herforderungen der ehemaligen Fürsten wie eine Herausforderung und sind ein Schand- ohnegleiches. Daß dieselbe Justiz, deren Reichheit gegen die Republik mit allen Mitteln arbeitet, auf Befehl gegen die Länder und für die ehemaligen Fürsten entscheidet, ist nichts anderes als eine Provokation des Volkes im allerhöchsten Sinne, wenn nicht gar noch mehr. Versucht anders als die ehemaligen Fürsten, die Justiz und die bürgerlichen Justizbehörden und Richter tragen die Schuld, wenn es jetzt zu jenen Auseinandersetzungen zwischen den verbleibenden Volk und den ehemaligen Fürsten kommt. Wir werden in diesem Kampfe wie ein Mann auf der Seite des widerstandsfähigen Volkes gegen die Fürsten stehen; denn wir wollen nicht, daß diese Leute für alle Ewigkeit aus dem Gange der Arbeit des deutschen Volkes leben. Die deutschen Fürsten haben der Nation genug gekostet. Jetzt sollen auch sie für endlich aufhören, von christlicher Arbeit und nichts anderes zu leben.

Für das deutsche Volk für die deutsche Republik zu arbeiten, wird auch im neuen Jahre unsere vornehmste Aufgabe sein. Es ist uns aus aller Munde, daß die Ruhr und ein Teil des Rheinlandes von der Besetzung befreit sind, und wenn

sagen, daß auch der Rest der Besetzung bald verschwinden möge, so hoffen wir auch, daß es den Regierenden gelingen möge, immer mehr Beziehungen zu den früheren Feinden anzuknüpfen, wie es einst der Gauja gelungen ist. Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt einzugehen. Im Innern des Landes aber werden wir wachen und auf unsere Gegner aufpassen. Den republikanischen Regierungen jagen wir frei und offen: Sollten die Reaktionskräfte von rechts und links, die Femeorganisationen usw. es wagen, gegen die Republik anzurennen, dann wird neben der lokalen Staatsgewalt das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als ihr Bundesgegnere, als das feste Bollwerk der Republik stehen. Kämpfen und siegen!

Der Weisfall nach diesen Worten war unbefriedigend. Immer wieder wurden dem Bundesführer jubelnde Ovationen dargebracht.

Nach dem Weisfall hielt der preussische Ministerpräsident Braun

folgende bemerkenswerte Rede, die einen starken Eindruck auf die Versammelten machte:

Der alljährliche Bundestag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist auch der Geburtstag dieser größten und kraftvollsten Organisation des neuen republikanischen Deutschlands. Ich freue mich, daß ich am heutigen Tage, dem zweiten Geburtstag des Reichsbanners, als Ministerpräsident der Republik Preußen, mich in den Kreis der Gratulanten einreihen und dem Geburtstagskinde meine besten Glückwünsche aussprechen kann.

Als das Kind vor 2 Jahren in die Welt gesetzt wurde, hegte mancher bange Zweifel, ob es lebensfähig sein würde. Die Zweifel sind baldigst verfliegen angesichts der machtvollen Entwicklung dieses großen republikanischen Bundes, dessen Vertreter aus allen Gauen Deutschlands wir hier versammelt sehen.

Gerade der Umstand, daß die Gründung des Reichsbanners einem dringenden, von den großen Massen der republikanischen Bevölkerung tief empfundenen Bedürfnis entsprach, gewährleistet auch seine Lebensfähigkeit. Und damit ist auch die Frage, die sich bei seiner Gründung vielen auf die Lippen drängte und heute auch zuweilen noch aufgeworfen wird, ob diese organisatorische Zusammenfassung der republikanischen Frontkämpfer eine Notwendigkeit war, im bejahenden Sinn entschieden.

Solange die deutsche Republik noch nicht von allen Teilen des deutschen Volkes als etwas Selbstverständliches und Unabänderliches betrachtet wird, solange die Republik noch den heftigsten Angriffen ausgesetzt ist, so lange müssen sich die Republikaner

zur wahrhaftigen Verteidigung des freiheitlichen Staatswesens zusammenschließen. Sie müssen den lebendigen Schutzwall um den stolzen Bau der deutschen Republik bilden. Wie lebensnotwendig dieser Schutzwall, sein weiterer Ausbau und seine innere Kräftigung ist, haben die vergangenen Jahre zur Genüge bewiesen und beweisen auch wieder die Tatsachen, die über das absehbare Treiben der Femeorganisationen und anderer, sogenannter vaterländischer Organisationen neuerdings bekannt geworden sind und den Abwehr aller Gefährten ausgelöst haben.

Weiter stellen sich einzelne Organe der Rechtspflege in völliger Verkennung ihres hohen Berufs schüßend vor diese Feinde der Republik und verhindern es, entgegen dem Staatsinteresse, daß mit dem besten Rechte der Öffentlichkeit in das dunkle Treiben dieser verbrecherischen Elemente und vornehmlich ihrer Hintermänner hineingeleuchtet wird.

Zum Glück gibt die republikanische Verfassung die Möglichkeit, auf parlamentarischen Wege

die Schleiter zu zerreißten,

in die diese Justizorgane, sehr zum Schaden für das Ansehen der Justiz, bemüht sind, das Treiben gewisser nationalstiller Elemente eingehüllen.

Man hört oft den Vorwurf, daß Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold habe durch sein Auftreten und dadurch, daß es seine Werbung in alle Teile unseres Vaterlandes trage, die Einigkeit unser Volkes und seine nationale Geschlossenheit gestört. Das ist ein Fehlschluss.

Gestört hat das Reichsbanner lediglich das dunkle Treiben jener verbrecherischen Kreise, die mit dem Mittel der Lüge und Verleumdung, des brutalen Terrors und des feigen Meuchelmordes die Republik bekämpfen und mit denen es für keinen gebieten, wahrhaft national fühlenden Deutschen eine Einigkeit geben kann.

Gerade das Reichsbanner, das rückhaltlos auf dem Boden der für unser heutiges Staatswesen geltenden republikanischen Verfassung steht, stellt die Kernzelle dar, aus der allein sich die Einheit Deutschlands und ein großes einiges deutsches Volk entwickeln kann und entwickeln wird.

Wer noch Anhänger des alten Regimes ist und seine Zeit glaubt damit verbringen zu müssen, alle Traditionen zu pflegen, wer insbesondere geistig unfähig ist, sich auf die neuen großen republikanischen Ideen von Freiheit, Recht und Frieden nach innen wie nach außen einzustellen, wer glaubt, unter der alten schwarzweißen Fahne sein Leben beschließen zu müssen, der muß das Auftreten und das Wirken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold allerdings als fördernd empfinden.

Diese seine geistige Sterilität gibt ihm aber kein Recht, diejenigen zu lästern, die

anstrengen um dem Geiste der republikanischen Freiheit und demokratischen Selbstbestimmung an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten, die auf den Trümmern, die uns die ehemals herrschenden hinterlassen haben, ein neues, ein freiheitlicheres und glücklicheres Deutschland aufbauen wollen.

Auch wir Republikaner achten die Tradition und schänden nicht die alte Fahne. Wir dulden aber auch nicht, daß die neue Fahne, das Banner der Republik, von nichtsnutzigen Burtschen geschändet und beschimpft wird.

Die schwarzweiße Fahne ist ebenso wie z. B. die alte Kriegsflagge des Großen Kurfürsten, unter der die erste kurburgendenburgische Flotte in See fuhr, eine historische Reliquie, die an eine kurze Epoche deutscher Geschichte erinnert, in der das deutsche Volk trotz politischer Unfreiheit, Kraft seines starken Lebenswillens und seiner Intelligenz in Wirtschaft und geistiger Kultur zu hoher Höhe gelangte, um dann durch den Despotismus seines Volkes und der herrlichen Artroganz, dem Eigenwillen und der sozialen Verantwortungslosigkeit seiner herrschenden Klassen in den tiefsten Abgrund geschleudert zu werden.

Als geschichtliches Atribut einer überwundenen Zeit achten wir die alte Fahne. Wo aber diese alte schwarzweiße Fahne als Kampf- und Paradeschilde von denen entfallt wird, die die Republik bekämpfen und das alte stehende Regime zu neuem Leben erwecken wollen, da muß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschimpft werden. Da muß ihnen Anhängern zum Bewußtsein gebracht werden, daß die schwarzweiße Fahne endgültig überlebt und die schwarzrotgoldene republikanische Freiheit angegriffen ist.

Was taet jetzt so viel von der Fortführung der Fürsten. In sich ein betrübendes Zeichen von der

politischen Unruhe des deutschen Volkes.

Denn im Grunde hat das deutsche Volk überhaupt nicht abzugeben. Abzugeben haben allein die etwa 2 Duzend ehemaligen Regenten, und zwar haben sie sich abzugeben damit, daß ihre monarchische Herrschaft in Deutschland ein für allemal als unabwehrbringlich verloren ist, und daß sie wohl in absehbarer Zeit in ganz Europa zu einer überwundenen Geschichtsepoche gehören werden.

Sie haben sich weiter abzugeben damit, daß die Zeit vorüber ist, wo sie ganze Länder beherrschten und in das Verderben unzähliger Kreise trafen konnten. Und sie haben sich endlich abzugeben damit, daß die Zeit vorüber ist, wo sie mit den ihnen anhängen-

den Schwarzhornern auf Kosten des schwer arbeitenden Volkes ein Wohlleben voller Pracht und Herrlichkeit führen konnten.

Und schließlich müssen auch alle die in frechtlicherer Fürstendienereignung Befangenen sich damit abfinden, daß jene angeblich herrliche Zeit nicht wiederkehrt, in der frechtliche Unterwürfigkeit, Eitelkeit und Eigennutz die hervor- stehenden Eigenschaften einer gewissen Sorte deutscher Staatsbürger waren. Sie müssen sich damit abfinden, jetzt

dem Volke und dem Staate zu dienen.

Es ist kein Zufall, daß jene Anhänger des alten Regimes auch am härtesten die Bestrebungen bekämpfen, die darauf gerichtet sind, die Republik mit sozialem Geiste zu erfüllen, daß auch sie es gerade sind, die gegen den Geist von Locarno, gegen den Geist der Verständigung unter den Völkern den häßlichen Kampf führen, den sie bis zur Aufregung zum Meuchelmord steigern.

Während sie die fürchterbare Not der Millionen Arbeitslosen, der Kleinrentner und der sonstigen Opfer der Kriegesfolgen kalt läßt, krampfhaft sich ihr Herz zusammen bei dem Gedanken, daß die ehemaligen Monarchen, die von dem, nicht ohne ihr Verschulden, verarmten und verelendeten deutschen Volke diesen Vermögens fordern, mit diesen ihren unerschämten Forderungen nicht bollen Erfolg haben könnten.

Während sie lamentieren über die fürchterlichen Opfer des Krieges, Volkstrauertage und sonstige Kundgebungen veranstalten, erfüllen sie unsere heranwachsende Jugend mit dem Geist des Völkerrasses, rufen nach Verbände, loben gegen den Geist von Locarno, sind eifrig bestrebt, durch Verleitung einer neuen Kriegsjüngung der glücklicherweise fortgeschrittenen Verständigung unter den Völkern neue Hindernisse zu bereiten.

Ist das auch Wahnsinn, so ist es doch Methode. Das ist die Methode derer, die Gewalt vor Recht setzen, die

nicht überzeugen, sondern überwinden,

die nicht leiten und regieren, sondern fusionieren und diffundieren wollen.

Das sind vor allem auch die Mächte, die es in dem schwer bedrängten Deutschland zu keinem einheitlichen nationalen Willen kommen lassen, die sich unterfangen, jedem das Nationalgefühl abzusprechen, der sich gegen diese ihre wahrnützige Methode menden.

Und weil dem leider so ist, deshalb hat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold noch eine große historische Mission zu erfüllen. Die Millionen, die durchdrungen von der großen republikanischen Idee sich ohne Unterschied der Partei unter dem neuen Banner zusammenschließen haben, sind berufen, den einigen deutschen, wahrhaft nationalen Willen zu schmieden, der in seiner vollen Auswirkung allein das deutsche Volk aus der Trübsal der Gegenwart einer freudvollen, lichten Zukunft entgegenführt wird.

Und in diesem Gedanken rufe ich zum Schluß allen Kameraden des Reichsbanners aus vollem Herzen zu ein kräftiges Frei Heil!

Nachdem die stürmischen Frei-Heil-Rufe verklungen waren, erhielt der

preussische Finanzminister Höpfer-Wschoff

das Wort. Mit aller Schärfe wendet sich der Minister gegen den Unteranengeist. Der Unteran kann nicht die ehrliebe Vaterlandsliebe haben, sondern nur der freie Staatsbürger. Der deutsche Nationalstaat ist nur möglich in der Republik. Für ihn müssen wir alle guten Kräfte gewinnen, dann wird über allen Landesfähnen die schwarzrotgoldene Fahne der einigen deutschen Republik flattern.

Als nächster Redner sprach

bairischer Finanzminister Dr. Köhler:

Kameraden! Von frohen Sünden des deutschen Vaterlandes komme ich zur Herrschaft der Republik. Die herzlichsten Grüße, die ich vom Rhein bringe, sind die Wünsche eines allzeit demokratischen Volkes. Für einen Wadener ist es eine freudige Pflicht und eine stille Anerkennung für ein Jahrhundert unentwegter demokratischer Gesinnung des Landes, wenn er heute beim Sturmtrupp der deutschen Republik zu entschlossenen Männern offen reden darf. Gerade der Südwesten Deutschlands hat stets hart gekämpft und Opfer gebracht für die deutsche Freiheit und Einigkeit. Das Sturmjahr 1848 brauste über Europa dahin. In meiner Heimat floß das erste und wahrlich nicht das schlechteste Blut für die deutsche Republik. Heute noch verkünden verschämte Leichensteine, weil eine wüste Reaktion kein Ehrenmal duldete, von dem Kampfe der ins Land gerufenen preussischen Soldaten gegen die eignen Landeskinder.

Fest und in ruhiger Entschlossenheit steht Badens Volk auf seinem harten Posten: nach innen als stärkster Hort republikanischer Gesinnung und Betätigung, nach außen als altes Grenzland gegenüber dem stammverwandten Schweizer Volk, als neues Grenzland gegen Frankreich. Nicht als einen starren Wall mit tiefem Graben, sondern als

eine lebendige Brücke

zwischen den beiden Ländern fassen wir unsere Mission auf, über welche Menschen und Gedanken des Ausgleichs hindern- und herüberzusetzen. Ein festes Geben und Nehmen, das hoffentlich einst dazu führt, daß die beiden großen Völker Europas sich verstehen und verständigen. Uns aber ist ein Symbol für ferne Zeiten, daß in des Badenlandes schönster Erde Fritz Ebert, der deutschen Republik erster Präsident, ruht. Sein Grabmal ist ein Pfand des bairischen Landes, treu jederzeit der deutschen Republik zu leben.

Noch ist die junge Republik unruhig. Reiche und Feme haben ihre viele geschworen, und viele, gar zu viele, bringen angesichts dessen den Mut nicht auf, frei und offen zu befehen, was in ihrer Brust schlägt. Daß unter diesen auch solche sind, die der Republik und ihren Farben in den Tagen der Gefahr einst jubelten und dieser Republik Leben und die Erhaltung ihres Besitzes verdanken, sei nur festgesetzt.

Aber noch Schimmerer geschieht tagtäglich: die Republik selbst hat in unbegreiflicher Langmut ihr Haus in weitem Umfang

den Feinden der Republik überlassen,

die darin schalten und walten nach Belieben und mit den Mitteln der Republik die Republik bekämpfen. Die Zahl derer wächst in Deutschland, die die Meinung vertreten, für die Republikaner sei die Verantwortung, für die Monarchisten aber seien die Stellen an der staatlichen Futterrippe.

Kameraden! Das muß anders werden, hier muß Wandel geschaff werden. Eine tiefe Verbitterung geht durch weite Kreise unser treuen Volkes. Femeorde und Fürstenabfindung sind zwei leuchtende Kanäle. Kaufe man sich nicht unser Volk ist ausgewählt und erbittert in Innersten über die Ungehörlichkeiten, die seinem natürlichen Rechtsempfinden geradezu Schläge versetzen.

Jetzt, Reichsbannerleute, vor die Front! Ihr müßt Hand anlegen, das Volk Deutschlands unser Sehnsucht zu gestalten. Kein Kaiserdeutschland einer kleinen Gruppe Herrschender und Millionen sklavenhaft Dienender. Muß es hinein in alle deutschen Gauen: Nicht Preußendeutschland wollen wir wieder haben, Großdeutschland ist unsere Sehnsucht, Großdeutschland unser Ziel! Großdeutschland unter der herrlichen Fahne Schwarzrotgold. Heute steht sie als Fahne der deutschen Not vor den Weltbürgen. So ist sie

das Banner des schaffenden Volkes

geworden. Aber groß ist die Verantwortung, die die Reichsbannerleute deshalb auch tragen. Güter das heilige Gut! Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands erheben sich Millionen Männer zum freiwilligen Dienst im Reich. Männer, die den Staat früher nur kennen als Feind, stellen sich heute treu in seinen Dienst. Unsere Reichsbannerbewegung darf nicht nur eine Abwehrarmee bleiben und damit in Erfahrung stehen, sie muß anreifen und erzeigen, werden und wirken, denn um ihr liegt die Zukunft. Weltweit die Einigkeit und sehr auch Ziele! Ihr seid eine deutsche Hoffnung, sehr

Zur Begrüßung der Oesterreicher am Dienstag Fahnen heraus!

Man mimte ihn, er erschien auf Messiasen. Und wurde schließlich zur Typh. Er löste den Nachtmesser mit dem biden Bauch ab. Heute gibt es selten einer Menschen, der über ihn spottet. Er ist uns zur Gewohnheit geworden, Selbstverständlichkeit. Wir erkennen die Notwendigkeit dieses Mannes an. Er rettet täglich Unzähligen vom Tode, wendet von Hunderten Arm- und Beinbrüche ab, gibt Müttern ihre Kinder wieder. Ihm gehören unzählige Verdienste, Dankfugungen, Lobpreisungen. Er ist der Mann, der uns diesem wütenden Phänomen täglich entzieht, es bezwingt.

Verkehr ist kein Phänomen, sagen Sie? Natürlich ist dieses Ding von Menschenhand hochgezogen. Es ist keine übernatürliche Macht am Werke. Wir müssen, weil wir es wollen. Wie wir diesen Taumel, des Nichtsichhabens, des ewigen Beschäftigtseins, der Kapitallosigkeit, der Arbeitslosigkeit unserer Zeit bulden müssen, weil wir so wollen. Hier ist eine der menschlichen Väterlichkeiten von uns ins Dasein gesetzt. Und plötzlich ergreift dieses Ding von unserm Dasein Besitz. Es macht uns über den Kopf, wird zum Problem. Dann fragen wir uns: wer machte es zum Problem? Natürlich die Zeit. Aus der Zeit wurde es geboren. Wir geben ja in allem der Zeit den Vorwurf, wälzen auf sie ab, sprechen von dieser Gestaltung durch die Zeit. Dieser Glaube an die Zeit macht uns alles zum Rätsel.

Nun erst, wo es Rätsel ist, suchen wir nach der Lösung. Jetzt erst, wo dieses Geschöpf unserer Hände stärker geworden ist als wir, erinnern wir uns wieder daran. Fühlen wir uns genötigt, es zu meistern. Wo schon viele Opfer ihm zufließen. Nun ist es ja wirklich da. Es war schon lange da. Uns ist nur die Entwicklung von seiner Geburt bis jetzt verlorengegangen. Ein Zufall ruft es uns ins Gedächtnis. Nun erkennen wir nur seine Vollendung. Und staunen es an als ein Phänomen. Wir suchen nach einer Idee, die längst da war.

Der Verkehrsraum ist die Verkörperung einer der Ideen unserer Zeit. Hier ist eine von den vielen zur Wirklichkeit geworden. Er bezwang dieses Phänomen. In ihm liegt ein sozialer Wille, eine Bewusstseinsregung, ein erwachtes Verantwortungsgefühl. Da ist ein Zwang, Rücksicht zu nehmen, sich seines Nächsten Wohl unterzuordnen. In ihm liegen Erkenntnis und Sieg einer Vernunft, die davon überzeugt ist, daß alles Uebel menschliche Ursachen hat. Hier heißt es, sich ein Schicksal selbst zu schmieden, selbst in dieses Chaos Ordnung zu bringen.

„Was glauben Sie, wenn schon ein Ding zum Problem wird,“ sagte neulich jemand, „dann fragt man sich erst: inwiefern, warum und ob es überhaupt ein Problem ist, che man ihm eine Idee entgegenschüt, die es ändert.“

Ich erinnerte mich daran, daß man erst Studienreisen unternahm, schrieb, beratschlagte, erwog, Versuche anstellte. So wie es hier war, ist es überall. Dabei ist nur eins nötig: ein Verantwortungsgefühl zu haben gegenüber andern. Nicht ein Ding hochschiefen zu lassen, ohne auch neben dem Guten auf das Böse zu sehen, das es wirkt.

Aber schließlich kam dieser Mensch doch. Und er bezwang das Phänomen. Einstweilen! Denn noch ist man am Anfang. Immerhin, wir sind ihm dankbar.

Wenn sich Herz zu Herzen findet.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht jedes eine Uebersicht über die Ehegeschickenden nach dem Alter. Für Männer und Frauen ist die gleichmäßige Lebensdauer, da man aus den sehr sorgfältig aufgestellten Tabellen die Heiratschancen der Frauen vom 15. bis zum 40. Jahre für jedes einzelne Jahr genau nachprüfen kann, und vom 40. Jahre an bis zum 60. die Chancen von jedesmal 5 Jahren beurteilen kann. Selbst die Heiratsaussichten der Frauen über sechszig Jahre lassen sich noch genau überblicken. Das jüngste Heiratsalter für die Männer, das statistisch erfasst wird, ist das 18. Lebensjahr. Im letzten Jahre, für das die Statistik abgeschlossen ist, heirateten in diesem Alter 398 Männer, von denen sich zwei eine Lebensgefährtin im Alter von 15 bis 16 Jahren holten, während die meisten — 80 an der Zahl — sich eine um ein Jahr ältere Lebensgefährtin, also eine Frau im Alter von 19 bis 20 Jahren, auswählten. Fünf zogen es vor, eine Lebensgefährtin zu gewinnen, die im Alter von 23 bis 29 Jahren stand, und ein Achtzehnjähriger heiratete sogar eine 40jährige Frau.

2325 Männer heirateten im Alter zwischen 19 und 20 Jahren, 7610 waren noch nicht 21 Jahre alt, als sie in den Stand der Ehe traten. Im 21. Jahre werden Mann und Frau volljährig. Von diesem Zeitpunkt an sind sie auch hinsichtlich der Heirat Herr ihrer eignen Entschlüsse. Im 21. Jahre steigt bei den Männern die Heiratsziffer sofort von 7000 auf 35 000 an. Die meisten Männer treten im Alter vom 22. bis zum 24. Jahre in die Ehe ein. In jedem dieser Lebensalter übersteigt die Zahl der Ehegeschickungen 50 000. Am höchsten war sie für das Alter von 23 bis 24 Jahren mit nahezu 55 000. Männer in diesem Alter begehren schlechthin Frauen jeden Alters. Sie verbanden sich mit 15jährigen Mädchen und berstehmählten auch nicht Frauen, die bereits über 60 Jahre alt waren. Die größte Chance, sich mit Männern dieser Jahrgänge zu verbinden, haben übrigens die Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren.

Nach der Statistik heirateten viele Tausende Frauen aber schon in viel jüngerem Lebensalter. Im gleichen Jahre traten 45 junge Mädchen unter 16 Jahren in die Ehe ein. Im Alter von 16 bis 17 Jahren standen bei ihrem Ehebeginn 881 Mädchen. 4220 heirateten, als sie 17 bis 18 Jahre alt waren. Die Achtzehnjährigen bis Neunzehnjährigen sind an der Gesamtzahl der Ehegeschickungen von rund 600 000 schon mit 13 000 beteiligt. Bei den Neunzehn- bis Zwanzigjährigen verdoppelt sich diese Ziffer auf 27 000.

Mit 20 Jahren beginnt für Frauen bereits eines der besten Heiratsalter; 42 000 Frauen verbanden sich in diesem Jahre mit Männern von 18 bis 60 Jahren, 11 heirateten sogar noch ältere Männer. Die Höchstzahl der Ehegeschickungen liegt bei den Frauen im Alter von 22 bis 23 Jahren. 29 solcher Frauen heirateten achtzehnjährige Männer; 17 verbanden sich mit über 60jährigen Männern; die größte Zahl — über 8000 — entfällt aber auf Männer zwischen 23 und 24 Jahren. Ein hartes Abfinden der Häufigkeit der Ehegeschickungen tritt bei den Frauen bereits im 27. Jahre auf. Hier erreicht die Zahl der geschickenden Frauen immerhin noch 30 000 jährlich. Im 30. Jahre heirateten nur noch 16 000. Im 33. sinkt die Heiratsziffer schon unter 10 000, im 38. fällt sie unter 5000 herab, erreicht im 39. einen Tiefstand von rund 3500 und hält sich dann bis zum 60. Jahre zwischen 2000 und 3000.

Im Alter von 50 bis 60 Jahren heirateten immerhin noch über 2200 Frauen, und von den 60jährigen und über 60 Jahre alten Frauen traten in die Ehe noch 1864 ein. Die meisten über 60 Jahre alten Frauen verbanden sich mit Männern, die das 60. Lebensjahr ebenfalls überschritten haben. Drei fanden einen Mann, der noch nicht 40 Jahre, zwei einen, der noch nicht 30 Jahre alt war.

Die jüngsten Männer, die mit sechzigjährigen Frauen die Ehe schloßen, waren noch nicht 24 Jahre alt. Die über 60 Jahre alten Männer verteilten sich fast über alle Altersklassen der Frauen. Zwei fanden eine Frau unter 18 Jahren, 11 eine Zwanzigjährige, 50 eine Fünfzigzwanzigjährige, über 70 eine Dreißigjährige.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das beste Heiratsalter der Frauen zwischen 20 und 25 Jahren liegt, und das beliebteste Heiratsalter der Männer zwischen 21 und 28 Jahren. Danach kann sich jeder Mann und jede Frau ausrechnen, welche Aussichten ihnen die Reichsstatistik für den Heiratschluß in ihrem Alter eröffnet — falls nicht ein Millionär in den Weg tritt oder ein Lotteriegewinn die Chancen erhöht.

Achtung, Reichsbanner-Kameraden Ortsgruppe Magdeburg!

Die österreichischen Kameraden wollen während eines halben Tages die Magdeburger Freundschaft erneuern. Wir haben gern den Wunsch aufgenommen und freuen uns schon auf die Stunde, wo die alte Bundesbrüderschaft erneuert und neue Bande geschlossen werden können.

Der Zug läuft Dienstag vormittag 11.16 Uhr auf dem Hauptbahnhof ein.

Aufstellung: Bahnhofsvorplatz Kölner Straße. Links des Platzes, von der Kölner Straße aus gesehen, stellen sich die österreichischen Kameraden auf, rechts die Kameraden aus Magdeburg, die sich zum Empfang freimachen können. Die erwerbslosen Kameraden des Spielkorps stehen um 11 Uhr auf dem Bahnhofsvorplatz in der Kölner Straße bereit. Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden, Kamerad Lange.

Abmarsch durch die Kölner Straße, Otto-von-Guerike-Straße, Große Münzstraße nach dem Alten Markt.

Aufstellung: Defilich des Alten Marktes der Oesterreicher, wo sich die Magdeburger. Dasselbst großes Plakonzert, ausgeführt von der Kapelle der Oesterreicher. Hier findet die Ausgabe der Quartierkarten statt. Nach Auflösung begeben sich die österreichischen Kameraden zu ihren Quartierleuten. Nach der Mittagspause sehen sie sich Magdeburg und seine Schönheiten an.

5 Uhr nachmittags Aufstellung und Abmarsch zum Hauptbahnhof.

Die Spitze mit den österreichischen Kameraden steht gegenüber dem „Steinernen Tisch“ auf dem Breiten Wege bis zum Zentraltheater. Die Magdeburger Kameraden treten in der Gareisstraße, in der Walter-Rathenau-Straße und Erzbergerstraße an.

Die Abteilungen stellen sich auf:

1. Altstadt, Friedrichstadt-Werber, Cracau
2. Neue Neustadt, Rathenau
3. Alte Neustadt in der Gareisstraße.
4. Wilhelmstadt in der Walter-Rathenau-Straße westlich vom Staatsbürgerplatz.
5. Sudenburg und Sudenburg II
6. Budau, Südbau und Fernersleben in der Erzbergerstraße.

Das Magdeburger Spielkorps stellt sich geschlossen auf dem Staatsbürgerplatz auf.

Der Sonderzug der österreichischen Kameraden kann nicht, wie erst gemeldet, 9 Uhr abends abfahren, sondern die

Abfahrtszeit ist auf 5.40 Uhr ab Magdeburg

festgelegt. Die Aufstellung der Magdeburger Kameraden kann nicht in den Abteilungen erfolgen, sondern muß an den oben festgelegten Punkten um 5 Uhr beendet sein. Kameraden, die nicht rechtzeitig kommen können, schließen sich auf dem Bahnhofsvorplatz an der Kölner Straße den Abteilungen an. Nach der Aufstellung hält Kamerad Röber, Vorstandsvorsitzender Magdeburg-Anhalt, die Abschiedsrede. Darauf wird Kamerad Voigt (Wien) dem Bundesvorsitzenden, Kamerad Göring, eine Neberrichtung bereiten.

Die Magdeburger Bevölkerung und die Republikaner werden großen Anteil an dem Wiedersehen der Oesterreicher nehmen.

Den Oesterreichern zum Gruß!

Magdeburgs Republikaner sind in freudiger Erwartung. Die Oesterreicher kommen! Auf der Rückreise vom Reichsbanner-Bundesstag in Hamburg werden sie unsere Gäste sein, und die Magdeburger Bevölkerung wird die österreichischen Bundesbrüder würdig zu begrüßen wissen. Heraus darum die Farben der Republik! Heraus das letzte Stückchen Schwarzrotgoldenen Tuches aus den Fenstern! Und wenn die innere Stadt, wenn die Magdeburger Verkehrszentrale sich wieder wie im vorigen Jahre stumm und taub stellt, dann laßt sie im Flaggmeer der Arbeiterbezirke als toter Winkel erscheinen!

Wir Magdeburger Republikaner freuen uns herzlich auf den Besuch der österreichischen Gefinnungsgenossen. Wir reichen ihnen erneut die Hand zum Gelübnis, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die deutsche Republik völlig geschickt ist. Und mit dem gleichen Händedruck geloben wir, festzuhalten an dem Gedanken des Zusammenenschlusses mit dem stammverwandten Oesterreich und immerfort an seiner Verwirklichung zu arbeiten.

In diesem Gebirge hat das Haus der Magdeburger Arbeiter, die „Volksstimme“, ein Festkleid angelegt. Lannengrün und Flaggengrün begrüßen die Ankommenden, und heller Lichterglanz wird das Altstadt Dunkel der Nacht erleuchten. Das Tagesdunkel der Hirne der Magdeburger Arbeiter zu erleuchten, ist menschliche Kraft und Technik leider noch zu schwach. Sie begreifen nicht die große Bedeutung der österreichischen Delegation in Hamburg und stecken den Kopf in den Sand, wie der Vogel Strauß.

Ein prächtiger Gruß an die Oesterreicher ist auch die mächtige Fahne, die hoch oben vom großen Schornstein der Großhandlungsgesellschaft ins Land flattert. Was nützt da euer Verstecken, ihr Magdeburger Arbeiter? Allen sichtbar weht hier die Fahne der

Republik, zugleich Symbol des kommenden Großdeutschlands, das da sein wird, noch bevor ihr ausgeschlafen habt, wie ihr auch einst aus Kriegstrausch und Unterentertum in einer freien Republik erwacht seid.

Wir begrüßen in den österreichischen Gästen die Bundesgenossen im Kampfe für Frieden, Freiheit und Recht in der großen europäischen Familie und darüber hinaus in der großen europäischen Völkerverfamie und helfen sie im Namen der Republikaner Magdeburgs herzlich willkommen!

Frankfurt mit Wohlfahrtsbriefmarken. Uns wird geschrieben: Noch immer ist es nicht bekannt, daß die Wohlfahrtsbriefmarken der Deutschen Post keine Verkehrs- oder Zusatzmarken, sondern regelrechte Postwertzeichen sind. Die von der Reichspostverwaltung herausgegebenen Wohlfahrtsbriefmarken sind gültig zum Fraktieren aller Postsendungen nach dem In- und Ausland. Es wurden 5-Pfg.-Marken, 10-Pfg.-Marken und 20-Pfg.-Marken ausgegeben. Die Marken kosten das Doppelte des Nennwertes. Der Aufschlag fällt der Deutschen Post für die Herstellung der Wohlfahrtsbriefmarken bis Ende Mai gültig. Seit 15. Januar d. J. sind die Marken nicht mehr bei der Post zu haben, sondern nur bei den Ausschüßsen der Deutschen Posthilfe und den verschiedenen Wohlfahrtsstellen.

Mahnung zur Steuerzahlung. Im Infanzatell dieser Nummer befindet sich eine öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung, auf die wir ganz besonders aufmerksam machen.

Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg. Am Mittwoch den 24. Februar 1928, abends 7 Uhr, findet im elektrotechnischen Hörsaal der Maschinenbauschule, Am Krötenort 1, ein Vortrag von Dipl.-Ing. Studientat Kosack über „Grundlagen der Radiotechnik“ statt.

Wanderung in den Schlafwagenläufen. Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, gehen von den in der Nacht vom 22. zum 23. Februar 1928 letztmalig verkehrenden Schlafwagengügen D 16/15 (Berlin Schleißer Bahnhof—Stendal—Hannover—Köln und zurück) ein Schlafwagen 1. und 2. Klasse und ein Schlafwagen 3. Klasse auf die Schnellzüge D 10/9 Berlin Schleißer Bahnhof—Magdeburg Hauptbahnhof (ab 11.10 abends bzw. an 4.40 morgens) — Braunschweig Hbf. (ab 1.00 nachts bzw. an 3.05 morgens) Hannover — Köln und ein Schlafwagen 1. und 2. Klasse auf die Schnellzüge D 38/37 Berlin Hof—Magdeburg Hbf. (ab 12.20 nachts bzw. 6.48 vormittags an) — Braunschweig Hbf. (ab 2.12 nachts bzw. an 5.11 vormittags) — Hildesheim—Köln über.

Flugmodell-Ausstellung. Der Verein für Segel- und Modellflugsport veranstaltet bis zum 24. d. M. in der Maschinenbauschule eine Modellausstellung, die täglich geöffnet ist von 9 bis 1 und 3 bis 8 Uhr. Eintritt 20 Pfg., für Schüler 10 Pfg.

Ein Dieb festgenommen. Der fürzlich in der Presse veröffentlichte Diebstahl eines Pelzmantels im „Schloßcafé“ konnte durch die Festnahme des Diebes, des Hiesenden Willi Runke, Dreieubergstraße 5 wohnhaft, schnell geklärt werden. Der Mantel ist dem Eigentümer zurückgestellt worden.

Gestohlen wurden in der Nacht zum 19. d. M. aus einem verschlossenen Stall Hahloshöberg 13 neun italienische Hühner und ein italienischer Hahn; in letzter Zeit aus einer Gartenparzelle im Nenneral 3 Tischdecken, rot mit weißen und grün mit weißen Streifen, 3 Paar alte Herren- und Damenschürmchen, 1 Leuchung 6,5 Millimeter. Zweckdienliche Mitteilung erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion —, Zimmer 200 und 208.

Eindrudersdiebstahl. In der Nacht zum 20. Februar wurde in einem Restaurant in der Halberstädter Straße ein Eingrudersdiebstahl verübt. Gestohlen wurden außer etwa 80 Mark Bargeld und einigen Flaschen Spirituosen, auch eine Menge Rauchwaren, und zwar Zigaretten der Marken „Adwenderick“, „Senouff“, „Freres“, „Bulgaren“, „Opa“ und „Higarrs, Marke Atlantik“ und „Lamengold“. Einen Teil der Sachen nahmen die Diebe in einer braunen, trocknillledernen Aktentasche, die sie ebenfalls entwendeten, mit. Zweckdienliche Mitteilungen beim Aufsuchen der Sachen nimmt der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 200, entgegen.

Ueberrfahren. Der Fleischerlehrling Frh. R. Oberstetter Straße 58 wohnhaft, wurde am Sonnabend in der Kölner Straße von einem Auto überfahren und erlitt schwere innere Verletzungen. In betäubungslosem Zustand wurde der Verletzte in das Krankenhaus Altstadt übergeführt.

Einweis. Der Gesamtanfrage liegt heute bei ein Hauptpekt der Chinosolfabrik-L. G. Hamburg betreffend Chinosol.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Am Freitag den 23. Februar, abends 8 Uhr, Vorstands-, Bundesrat-, Kassieren- und Gruppenführerung bei Kamerad Dorenborf.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Aufstellung: Alte und neue Goethe- und Schiller-Bildnisse bei Heinrichshafen. Eintritt frei. 134
Heiratschloßen. Ausstellung Gemälde und Aquarelle von H. Kowal. 134
Geöffnet mittags von 8 bis 7 Uhr.
Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg. Mittwoch, 24. Februar, abends 7 Uhr, im elektrotechnischen Hörsaal der Maschinenbauschule, Am Krötenort 1, Vortrag über „Grundlagen der Radiotechnik“.
Dr. Wande, „Die Katastrophe des Schiffes“. Mittwoch abends 8 Uhr Vortragssaal Fürstenuwallstraße 14. (siehe Infanzatell). 135
Das moderne Groß-Haus, die Stadt der Volkenträger, 8 Uhr 135
Lieder vortragen Prof. Bus. Mittwoch den 24. Februar, abends 8 Uhr, Augustasthule, Viktoriastraße. Karten 75 Pfg. bzw. 1 Mark, Schüler 50 Pfg. Heinrichshafen, Peters, Volkstheater. 135

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Zentraltheater.

Die Operettenneuheit „Der Tanz um die Wiege“, die mit großem Beifall von Publikum und Presse aufgenommen worden ist, kann wegen anderweitig eingegangener Verpflichtungen nur noch wenige Tage auf dem Spielplan bleiben. — Für Sonnabend den 27. Februar bereitet das Zentraltheater die Premiere der Operette „Satinha“, Musik von Franz von Supps vor. Supps gilt allgemein als der Vater der deutschen Operette, deshalb hat die Direktion des Zentraltheaters auch ihn ausgewählt, um mit seinen Werken die Reihe der für die nächsten Monate beachtlichsten Aufführungen klassischer Operetten zu eröffnen. Eine besondere Dankbarkeit ist noch dadurch gegeben, daß die Operette „Satinha“ im Monat Februar 1878 erstmalig aufgeführt wurde und somit ihren 50. Geburtstag feiert. Eine wohlgenante Vorbereitung wird für eine ausgezeichnete und musterhafte Aufführung bürgen. Besonders hervorzuheben sei noch, daß Oberregisseur Langhoffer selbst wieder in „Satinha“ mitwirkt und die Partie des Generals Ranshutow singen wird. Der Vorverkauf für die Premiere ist eröffnet.

Schirme und Stöcke
kaufen Sie am vorteilhaftesten direkt bei der
Schirm- und Stöckfabrik
CARL DEUTLER
Breiterweg 2/22.
Künderrennenbahn von M. 2.50 Regenkleider, Damen
und Herren von M. 4.00 an. Nur beste und schönste Arbeit

Einer sagt's dem andern!

Höchste Spannung!
Heimliche Tränen!
Herzliches Lachen!
Herzhafter Beifall
nur bei:

Ein Walzertraum

nach der gleichnamigen Operette. Hauptdarsteller:
Mady Christians, Xenia Desni, Willy Fritsch

Beginn werktags:
4, 6.15 und 8.30 Uhr.

Walhalla-Lichtspiele

Wichtige Kleinigkeiten

sind oft ausschlaggebend. Ein schlecht geputzter Schuh zerstört den Eindruck einer sonst tadellosen Eleganz. In diese Verlegenheit kommen Sie nie, wenn Sie zur Schuhpflege immer Erdal Marke Rotfrosch verwenden, das die ursprüngliche Schönheit des Schuhs erhält.

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder!



FÜRSTENHOF ARKADIA

8 Uhr Abends bis 8 Uhr
Der große, sensationelle Erfolg!
Die Mühle im Edelgrund
Volksstück mit Gesang in 4 Akte (6 Aufzüge)
von H. W. Balthard, Musik von H. Salau.
Humor- und Stimmungsvoll!
Um all Kreisen
terahresetzte Preise Gelegenheit zum
Besuch des herrl. Lebensbilds zu geben
Saalplatz nur 80,- Sperrpl. 85,-
Vorkauf 11-12 Uhr Theaterkasse.

Bestimmung
auf Ausführung von Manuarbeiten einzahl
Materiallieferung auf dem Ausstellungsgelände
Freitag den 26. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Saubureau auf dem Ausstellungsgelände,
Kotzebuhnpark, woselbst die Verbindungskarten
eingelassen und gegen eine Gebühr von
2 Mark entnommen werden können. Die
Zeichnungen usw. liegen im Saubureau dort
selbst aus. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Magdeburg, den 20. Februar 1926.
Städtisches Hochbauamt.

Bleichenpo's zellliche Anordnung

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 28. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) hiermit folgendes bestimmt:
Der nördlich von Linden- und Schäfers-
straße gelegene Teil der Stendaler Straße
in Tangermünde bildet einen Sperrbezirk.
Die in meiner Viehseuchenschutzpolizeilichen
Anordnung vom 15. Januar d. J. veröffentlichte
in Nr. 18 der 'Allmährischen Tageszeitung' und
des 'Allmährers' vom 16. d. M. unter 1 bis 7
angeordneten Schutzmaßnahmen finden auf vor-
liegenden Sperrbezirk entsprechende Anwendung.
Stendal, den 17. Februar 1926.
Der Landrat des Landkreises Stendal.
J. S. ge. Heinrich, Kreisinspektor.
Weiter veröffentlicht.
Tangermünde, den 19. Februar 1926.
Die Polizei-Verwaltung.
Dr. Knarr.

Verungesogenes Reform Olvenstedt

E. G. m. b. H. zu Olvenstedt.
Am Sonnabend den 6. März d. J., abends
8 Uhr, bei Wilhelm Benede

Generalversammlung

Z Tagesordnung.
1. Jahresbericht. 2. Jahresrechnung. 3. Wahl von
zwei Aufsichtsratsmitgliedern. 4. Allgemeines.
Olvenstedt, den 22. Februar 1926.
Der Vorstand. R. Hrensk.
Der Aufsichtsrat. G. Bernsdorf.

Tibuweet

Kulturwo wendig ist Tibuweet,
flüssig, denn es beiseitigt in angenehmster
Weise den unangenehmen Geruch durch
Achtelschweiß. 1 Flasche Tibuweet kostet
RM 3.- und reicht Monate. Sie erhalten
es in jeder Apotheke oder
Drog rie.

Verloren

Zwei kleine Autoreverberäder auf dem Wege
Magdeburg - Ebersdorf - Ammenstedt -
Neuhaldensleben gegen gute Belohnung
abzugeben. ern und Krause, Magdeburg,
Breitengrabenstraße 77. Telefon Nr. 883.

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung

Alle Steuerpflichtigen, welche die nach-
stehenden, im Steuerkalender für Februar
(Magdeburger Amtsblatt Nr. 6) näher erläu-
terten, am 15. Februar fällig gewordenen
Steuern und Gebühren noch nicht entrichtet
haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben
bis spätestens zum 26. Februar d. J. an die
zuständige hiesige Steuerkasse zu zahlen.
1. Grundsteuer für Januar bis März 1926.
2. Einkommensteuer für Februar.
3. Grundvermögenssteuer (Kantische und
kommunale) für Februar.
4. Kanalgebühr für Februar.
5. Hauszinssteuer für Februar (7ack).
6. Vermögensbeiträge für 1925.
Außer der Schuldbüchse ist für jeden Teil
der Fälligkeit angehangenen halben Monat der
gelegliche Verzugszuschlag in Höhe von 1/4 %
zu entrichten.
Nach Ablauf der Frist wird die Steuer-
schuld durch Zwangsmaßnahmen und Gebühren un-
verzüglich zwangsweise beigetrieben werden.
Magdeburg, den 18. Februar 1926.
Der Magistrat. Steuerverwaltung.

Rüchenszettel

für die Woche vom 22. bis 26. Febr. 1926.
Vorauszahl werden täglich 480 Portionen.
Montag: Grießsuppe.
Dienstag: Saksure Eintopf mit Speck.
Mittwoch: Grüne Erbsensuppe mit Fleisch.
Donnerstag: Sauerohl mit Fleisch.
Freitag: Kohlraben mit Fleisch.
Sonnabend: Kartoffelsuppe.
Sonntag: Schmorhohl mit Brauwursthöhen.
Burg, den 20. Februar 1926.
Rotgemeinschaft Burg.

Bekanntmachung

Das Hammerlangen in der hiesigen Heim-
markt soll für dieses Jahr an den Verbleibenden
verpachtet werden. Angebote sind uns bis zum
5. März d. J. verschlossen mit der Aufschrift
'Hammerlang' einzurichten.
Groß-Salze, den 18. Februar 1926.
Der Magistrat.

Dienstag ein-getroffen

3 1/2 Liter und große
Butterweine, gute
Preise. Verkauf billig.
Franko, frei. Neustadt,
Siederstraße 1, Felix Söhne

Romane

in jeder Preislage
empfehl
Buchhandlung
Volksstimme
Magdeburg
Große Mühlstraße 3.



Es ist ein stürmischer, großer Erfolg!
Kein Buch, kein Drama leuchtet so groß und lebenswahr
wie diese Filmabspaltung.



Bismarck

Der Film der Deutschen

und jeder Deutsche muß ihn sehen!
Man sieht eintrachtvolle Bilder, Bilder die zuerst in ge-
wöhnlicher Symbolik Deutschlands sein und die Hoffnung
seiner Zukunft zeigen.
Aberdem das große Beiprogramm.
Der internationale Tennisturnier
Helen gegen Suzanne
Rademacher und Frölich auf der Fahrt
und das übrige Programm.
Beginn 1/2, 1/2, 1/2.



Ein entzückendes Programm!

Gunnar Tolnaes

Eines Weibes Lüge

Alfons Fryland, Grete Reinwald,
Mag Landa

Die Frau ohne Geld

Die neueste Deulig-woche

Rademacher - Frölich

Abfahrt nach Amerika.
Beginn Sonntags 3 Uhr

ZENTRAL

Nur noch wenige Tage!
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Tanz um die Liebe

Voranzeige!
Am Sonnabend den 27. Februar
Premiere!

Fatinika

Concerts zwei Vorstellungen:
3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.
Einbestimmter Samstagsverkauf!

Zentraltheater - Restaurant

Täglich großes Konzert
der Kapelle des berühmten
Geigenvirtuosen
Jean M. Neago

Stadttheater

Dienstag, 22. Februar
Auf 7 1/2 U. Ende g. 10 U.
1. Abend
Fatme

Wittwoch, 23. Februar
Auf 7 1/2 U. Ende g. 10 U.
1. Abend
Tänze.

Wilhelm-Theater

Öffene Vorstellung
Sonntag, 28. Febr., 8 U.
Schwanenweiß

Dienstag, 22. Febr., 8 Uhr
Sopk. i. d. Volksbühne
8. Abend
Viel Lärm um nichts.

Schwarzblechgraben,
Gmüder-ek. Steinhöfe
bühne
Karl Siejan,
Speyerstraße 10. T. 6194

Möbel führen
mit gefälligen Möbel-
magen führt ganz billig
und fördert aus
Otto Funke
Beckerstr. 16/17,
Telefon Nr. 2. - Tel. 9281

Lachen links

Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt:
Buchhandlung Volksstimme.

Heiratsannoncen

Es ist ein beständiges, aber beschä-
ndliches Vergnügen, die sogenannten
Heiratsannoncen einer Zeitung zu
studieren. Für viele bedeutet diese
eine Frist in die Öffentlichkeit,
hier die standesmäßig konzessionierte
Liebe zu suchen. Der unbedingte
Beobachter aber schmerzhaft und
hübsch... Dasselbe Vergnügen hat
man - um 100 Prozent größer - bei
Besichtigung des letzten Films
'Heiratsannoncen', der mit der ent-
zückenden Ruth Weyher, dem liebens-
würdigen Johannes Riemann, ferner
mit Fritz Kampers, Hermann Picha,
Hanni Reinwald, Max Landa täglich im

Deulig-Palast

gezeigt wird und einen der ganz großen
Filmschöpfung der Zeit bedeutet.
Ferner der wundervolle
bunte Teil.

Billige Seefische!

Heute frühe Zufuhr:
Stuttfrischer Seelachs 20 Pf.
Stuttfrischer Kabeljau 25 Pf.
Wiederwärtiger Spezialität!
Otto Schulz, Fischhandlung
Salzburg, Halberstädter Straße Nr. 110
Telefon Nr. 41976
Magdeburg, Berliner Weg Nr. 230
Telefon Nr. 41976
Landa, Halberstädter Str. 3
Telefon Nr. 41974

Federbetten

in großer Auswahl
und in jeder Preis-
lage. Herrl. Deck-
25, 30 und 35 Mark
Reue Gänsefedern
Pfund 3, 4 und 5, 4
Lorenz
Goethestraße 37.

Gebr. Möbel!

1 dunkl. Kleiderschrank
25 Mk., 1 heller Kleider-
schrank 45 Mk. - 6 mod.
Dresdenerstuhl mit Aufz.
a 27,50 Mk., 1 Plüsch-
sofa 85 Mk., 1 Herztisch
6,50 Mk., 1 Zollette mit
Spiegel 6,50 u. andere
Möbel billig.
Max Eckstein jun.
Königsplatz 5a
Telephon 7545.

Käse

billig!
h. Rolle gelb u. jähnel
60 J. W. Haupt, Otten-
bergstr. 23, pr. regis.

Verpeigerung

Am Donnerstag den
25. Februar,
vormittags 11 Uhr
von Nr. 23635 bis
Nr. 24763.
Leit-
Konrad Hering
Magdeburg,
St.-Michael-Strasse 5

Funkwolle, gebrauchte
Federbetten
Dresdner und Rosenthaler
20 und 25 Mk.
Goethestraße 37, pt.

Familien-Anzeigen

(Geburts-, Verlobungs-, Vermählungs-, Todesanzeigen
und Dankfassungen) in der Volksstimme finden die billigste
Mittelungsform, weil ihre Stellung in allen Kreisen
stark verbreitet ist.

Jeder Freund unserer Sache, jeder Gewerkschaftler
und jedes Parteimitglied sollte es sich daher zur Pflicht
machen, nicht nur Familien-Anzeigen, sondern auch
jüngste Anknüpfungen für die Volksstimme aufzugeben.

Familien-Anzeigen werden zu
einem Vorzugspreis berechnet!

Verlag Volksstimme, Anzeigen-Abt.

Große Mühlstraße 3 - Fernsprecher 6266.
Für die Volksstimme nehmen Anzeigen entgegen:
Neue Neustadt: Zigarrenhandlung Th. Müller,
Räberer Straße 88, Fernsprecher 6100 - Richard Körner,
Hohe Straße 11, 1. Tr. - Alse Neustadt: Georg Winter,
Gartn. wirt, Rogauer Straße 89, Fernsprecher 1670.
Buckau: Zigarrenhandlung H. Porstsch, Maxim-
straße 10.
Wilhelmsstadt: G. Sod, Papierhandlung, An-
straße 2a.
Gudenburg: Th. Eberling, Zigarrenhandlung,
Halberstädter Straße 108, Fernsprecher 4232.
Crosau-Preßler: Walter Bopel (Konsumvereins-
lager), Genthiner Straße 18.
Südost: E. Köhler, Zigarrenhandl., Alt-Salze 47.
Für Burg u. Umg.: O. Siegelstr., Burg 5. Nr.
Fulberstraße 10.
Für Schönebeck u. Umg.: Bureau des Fabrik-
arbeiter-Vereins, Köthenerstraße 55.
Für Tangermünde: F. Gierwinckel, Gartenstr. 4.
Für Stendal: Wilh. Schölerer, Hindelmannstr. 10.
Für Garbelegen: Wilh. Müller, Magdeburger
Straße 529.
Aufgehoben der 'Volksstimme' für Neue
Neustadt: Karl Roggmann, Papierhandlung, Räberer
Straße 105.

Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften.

Die von den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ soeben veröffentlichte Untersuchung unserer Wirtschaftsverhältnisse ist die Antwort auf das vom Reichsverband der deutschen Industrie im Dezember 1925 herausgegebene Wirtschaftsprogramm und enthält im wesentlichen folgende Forderungen und Vorschläge:

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik.

1. Öffentliche Finanzwirtschaft.

Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzurufen. Insbesondere ist notwendig: eine ausreichende Besoldung der Beamten, eine angemessene Versorgung der Kriegsober, die zurzeit noch fehlt. Die Aufrechterhaltung der sozialen Fürsorge, die öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Die Aufrechterhaltung und der Aufbau des Schulwesens unter Beseitigung der Unzulänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Erparungen ermöglichen sich: durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat. Durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abfindungen an Fürsten und Fürstentümern. Durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Geeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern in erster Linie: Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen. Volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

2. Tarifgestaltung der Eisenbahnen und Post.

Der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf Herabsetzung der Telegraphen- und Fernsprechkosten der Post schließen sich die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände an. Auch hier gilt, wie bei allen Gebühren, das Prinzip, daß die Rentabilität durch Sicherung des Verkehrs und nicht durch hohe Preise bei eingeschränktem Verkehr erreicht werden soll.

Die Finanzgebarung der Reichspost darf bei aller Erwünschtheit der rechnungsmäßigen Trennung der Kontrolle der Reichsbehörden und des Reichstags nicht entzogen werden. Insbesondere sind die Gelder des Postverkehrs zweckmäßig im Rahmen der Finanzverwaltung anzulegen. Aufgabe der Reichsbahnleitung muß es sein, die Leberhöhlen, wozu sie durch Reparationslasten und die Bestimmung des Reichsbahngesetzes vom August 1924 gezwungen ist, auf dem Wege der Steigerung des Verkehrs zu erzielen, anstatt durch Tarifsteigerung den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß Post und Bahn sich den Erfordernissen rationaler Preisgestaltung anpassen müssen und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

3. Die sozialen Abgaben.

Die sozialen Abgaben dienen dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände lehnen deshalb jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiete ab. Dagegen fordern sie Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schneidende Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

4. Lohn und Arbeitszeit.

Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung unter Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Deshalb fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände: Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

5. Bank- und Kreditwesen.

Jede künstliche Neuschöpfung von Krediten ist abzulehnen, da sie preistreibend wirken und bei größerem Umfang die Währung gefährden würden. Durch die Reichsbank, durch die öffentlichen Banken und durch Beeinflussung der Privatbanken ist ein Abbau der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen und ein plan-

volle Kreditverteilung anzustreben, bei der die volkswirtschaftliche Möglichkeit in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt wird als bisher.

6. Handelspolitik.

Der Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere aber der deutschen Zollmauern, ist das Gebot der gegenwärtigen Lage. Es kommt darauf an, sich nicht nur über diese Parole zu verständigen, sondern sie auch, im Gegensatz zur deutschen Zollpolitik des vergangenen Jahres, auf den einzelnen Gebieten ernsthaft zu verwirklichen. Die künftigen Handelsvertragsabhandlungen sind nicht mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des eigenen Zolltarifs, sondern mit dem Bestreben nach Abbau des allgemeinen Zollniveaus zu führen.

Gütererzeugung und Güterverteilung.

1. Rationalisierung.

Die Rationalisierung ist notwendig. Sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerkschaftsaufgabe. Ihr Ziel muß die Erhöhung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die Arbeitslosen von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerrhöhung durchzuführen, muß die Krise der Leberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen. Die Ausbildung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von unsachlichen Einflüssen zu befreien.

2. Konzentration.

Die Konzentration ist kein Selbstzweck, sondern eine ständige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. In engem Zusammenhang mit der Rationalisierung von Gewerben steht in vielen Fällen der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stimmen dem Reichsverband der Deutschen Industrie zu, wenn er hervorhebt, daß das Hauptziel der Konzentration verbilligte Erzeugung und Absatzvermehrung durch Preisdruck sein soll.

Da der Konzentrationsprozeß in zahlreichen Fällen zunächst arbeitslossetzt erzeugt, können ihn die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung fördern helfen. Eine Verringerung bestehender Steuererfolge zum Zweck der Erleichterung einer Konzentration kann von ihnen nur bei gleichzeitiger Erhöhung anderer Besteuerungen gebilligt werden. Der beschleunigte Ausbau einer spezialisierten Produktions- und Absatzstatistik ist auch zur besseren Beurteilung der Gesamtsituation der Rationalisierung und Konzentration erforderlich.

3. Kartelle.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der irreführenden Leberbeschriftung der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Erhaltung der Preise, auf ihre Wirkung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe. Notwendig ist zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechts, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht vorsehen muß. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonders, zur Leberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.

4. Güterverteilung.

Die Konzentration im Warenhandel wird durch die Konkurrenz neuer Formen der Güterverteilung gefördert, die im Sinne des im Interesse der Preislenkung notwendigen Geschäftsprinzips „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ wirken. Besondere Bedeutung messen die Gewerkschaften den Genossenschaften und Konsumvereinen zu. Solange die Umsatzsteuer weiterbesteht, sind die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher vor der Doppelbelastung durch die Umsatzsteuer zu befreien. Kartelle des Handels und des Gewerbes müssen genau so wie die Industriekartelle der allgemeinen Kartellaufsicht unterliegen.

Um dem Handel die volle Möglichkeit zu geben, seine preisausgleichende Funktion zu erfüllen, ist es notwendig, die Einfuhrmöglichkeiten nicht durch hohe Schutzollmauern zu unterbinden.

Zusammenfassend fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das Gesamtgebiet der Güterverteilung: keine Hemmungen des notwendigen Vereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel. Förderung der Genossenschaften, die als rationellste Instrumente der Güterverteilung dienen. —

geschlossenen Betrieb.

Hier kommt kein Unorganisierter hinein, hier gelten ausschließlich die Abmachungen zwischen der Gewerkschaft und dem Unternehmer. Der Gewerkschaftslohn wird nur im geschlossenen Betrieb gezahlt, der Unorganisierte hat nicht den Vorteil — wie bei uns —, als Belegelagerer und Strauchhieb der Arbeiterbewegung sich an den Früchten, die von den Organisierten oft unter großen Opfern erreicht werden, kostenlos mit guttun zu tun. Will er sich organisieren, so mag er seinen Betrieb zu einem geschlossenen Betrieb umschaffen, so soll er durch Kampf um gleichen Lohnniveau kommen. Dabei wird ihn die Gewerkschaft gern fördern. Will er aber auf dem einfachen Wege der Erwerbung der Mitgliedschaft in den Genuss besserer sozialer Bedingungen, der Gewerkschaftsvorteile kommen, so muß er durch ein entsprechendes Eintrittsgeld einen Teil der Kosten nachtragen, die von den schon länger Organisierten aufgewandt werden mußten, ehe sie dahin kamen, wo das neue Mitglied mit einem Sprünge hinfällt.

Aus der uns eigenartig anmutenden Ideologie der Beschäftigungssicherung heraus, die jede Gewerkschaft für ihre Mitglieder anstrebt, erklärt es sich, daß manche örtliche Gewerkschaftsorganisation ihr Hauptgewicht weniger auf die Mitgliederwerbung und mehr auf die Sicherung des erreichten Standards für ihre Mitglieder legt. Hier liegt es an der Gewerkschaftsleitung, Fehler zu korrigieren.

Es läßt sich nicht alles in den engen Rahmen eines Artikels spannen, was uns bei den amerikanischen Gewerkschaften sonst noch eigenartig anmutet. So der Gewerkschaftstreuen Betrieben hergestellte Waren, die in gewerkschaftstreuen Angelegten und Angestellten und so manches andre. Das wichtigste bleibt ja auch, ob sie im sozialen Kampf ihren Mann stehen. Und das ist unbestreitbar, die Gewerkschaftler sind vor allem, was reaktionär ist, bitter gehaßt.

Uns gefällt nicht, daß die amerikanischen Gewerkschaften zu sehr beruflich zersplittert sind, daß sie manderlei zünftliche Erinnerungen aufweisen, daß neben ihnen immer noch eine beachtenswerte Schicht unorganisierter Arbeiter lebt, und so manches andre. Aber hier machen sich, aus dem Zwange der Verhältnisse heraus, recht deutlich Wandlungen merktbar. Eine Gewerkschaftsbewegung, die schon heute in ihrer Zentrale nahezu drei Millionen Arbeiter vereinigt hat, die daneben noch nahezu eine weitere Million Gewerkschaftler — die nicht an die Zentrale angegliederten Eisenbahnorganisationen — in ihrer Kampffront hat, sie wird, ob sie will oder nicht, immer mehr zur Massenbewegung, zur Einheitsmacht der Arbeiter.

Aus dieser Entwicklung heraus wird wohl auch der Tag kommen, da sich die amerikanischen Gewerkschaftler nicht mehr damit zufrieden geben, bei den Republikanern und den Demokraten die Kandidaten zu unterstützen, die arbeiterfreundlich sind, die Gewerkschaftsforderungen zu vertreten gewillt sind. Der Versuch zur Bildung einer eigenen Partei, der dritten Partei, der Arbeiterpartei, ist in den jüngst vergangenen Jahren schon einmal gemacht worden. Zurzeit ist davon nicht mehr allzuviel die Rede; aber das Feuer ist nicht erloschen, es glimmt unter der Oberfläche.

Zur sozialistischen Bewegung hat die amerikanische Gewerkschaftsbewegung so gut wie keine Beziehungen. Das liegt aber auch mit daran, daß eine amerikanisch-sozialistische Bewegung im allgemeinen überhaupt noch nicht existiert. Mit europäischen sozialistischen Ideen oder mit russisch-kommunistischen Auffassungen werden weder deutsche noch jüdisch-galitzische Einwanderer eine amerikanische politische Arbeiterbewegung entwickeln können. Es fehlt bisher noch

die amerikanische Form

des Sozialismus. Sozialismus als politische Idee muß aus dem Lande selbst erwachsen, es nützt nichts, wenn sie importiert wird, ohne im Boden Wurzeln zu schlagen, ohne daß sie aus ihm ihre Kräfte zieht und ihr Wesen gestaltet. Es bleibt zu hoffen, daß die in dieser Art vorhandenen Keime sich entwickeln werden. Ohne eine eigne politische Machtbildung wird die amerikanische Arbeiterbewegung nicht mehr allzu weit kommen, stößt sie doch schon heute bei allen weitgreifenden sozialen Wünschen und Absichten auf die politische Maschine, auf Staatsparlamente und Bundesregierung. So wird, aus den amerikanischen Verhältnissen heraus, eines Tages auch die politische Eigenbewegung aufstehen, und mit dieser wird die Basis der amerikanischen Gewerkschaften sich verbreitern, sie wird dann auch jene Massen im besondern der ungelerten Arbeiter erfassen, die heute noch abseits jedes Kollektivstuhles stehen, die heute noch schußlos ausgebeutet werden, die in größter Not leben.

Auch bei der Beobachtung dieser Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung wird es auf das Verständnis ankommen, ebenso wie uns jetzt der Bericht sagen muß, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in ihrer derzeitigen Form nichts Zufälliges, sondern ein organisches aus der amerikanischen Entwicklung heraus Gewordenes ist. Sie ist gleich von unserm Fleisch und Blut von unserm Blut, wenn sie auch eine etwas andre Farbe haben mag. —

Kurt Heinig.

Der amerikanische Gewerkschafter.

Wenn man die Gewerkschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten etwas eingehender untersucht und einige Zeit mit amerikanischen Gewerkschaftlern zusammengelacht hat, fragt man sich sehr verwundert, woher denn eigentlich im besondern in Deutschland die Auffassung gekommen sein mag, daß die amerikanischen Gewerkschaften nicht richtige Arbeiterorganisationen seien. Bei dieser Heberlegung erinnert man sich zweier Argumente. Einmal sind es Berichte über die eigenartigen Sitten und Gebräuche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, zum andern ist's ihre Passivität gegenüber der sozialistischen Ideewelt, die dieses negative Urteil erzeugt hat.

Hier soll an der Hand der Tatsachen einmal versucht werden, das Wesen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung dem Verständnis etwas näher zu bringen. Die Voraussetzung dazu ist, daß nicht Begriffe wie „gut“ und „schlecht“, und nicht unsere deutsche Bewegung als Maßstab für Amerika benutzt werden. Auch die amerikanische Arbeiterbewegung ist in ihrer heutigen Form kein Zufall und keine künstliche Konstruktion irgendwelcher dämlich-überlegener Oberhirnen. Sie ist aus den amerikanischen Verhältnissen erwachsen. Nur wenn diese begriffen werden, ist die amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu verstehen.

Weil wir erst einmal bei den äußerlichkeiten, den Formen und Gebräuchen.

Amerika ist ein junger Staat. Sein gesellschaftliches Recht — Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums —, ebenso Moral, Sitten und Ethik sind nicht von ihm geformt, sondern von den seit einem Jahrhundert lang einströmenden Volksmassen mitgebracht und selbst beherrscht worden. Die Freundschaft, die Gemeinshaft, die Zusammengehörigkeit, gleiche Reiden und Freuden, gemeinsame Aufgaben und gleiches Arbeiten schufen Schutzgemeinschaften, Gegenleistungsbünde, die gemeinsame Weltanschauung, mitunter gemeinsame Erinnerungen oder in gleicher Richtung liegende Absichten, formten das Ritual des gegenseitigen Schutzes, die Gewährleistung von Sicherheit, Hilfe und Unterstützung, lange bevor es Gerichte und Strafen gab. So ist Amerika schon seit einem Jahrhundert von Vereinigungen, Gesellschaften, Bünden und Logen durchzogen. Diese Entwicklung hat erhalten.

Auch heute sind die Vereinigten Staaten von Amerika von Logen und Orden völlig durchsetzt.

Sie sind häufig nicht viel mehr als gesellschaftliche Vereinigungen, aber wir finden auch mächtige Freimaurerbünde und bedeutende soziale Organisationen. Es sei hier nur an den Orden der Moose erinnert, der mit seinen 1,2 Millionen Mitgliedern eine Art freiwillige Sozialversicherungs-gesellschaft darstellt, an dessen Spitze überdies als Präsident der derzeitige Arbeitsminister Davis steht.

Die Gewerkschaften sind auf dem gleichen Boden gewachsen, deswegen haben sie diesen Bünden verwandte Formen. Wir finden logenähnlich geleitete Organisationen. Die Ortsvereine heißen häufig Loges (Logen), das Aufnahmeitual legt Wert auf eine gewisse Feierlichkeit. Der Bruder Arbeiter ist nicht nur nehmendes Mitglied der Gewerkschaft, er ist auch dienendes Glied seiner Gemeinschaft. Der Zweck der Gewerkschaft ist, dem Mitglied materiellen Vorteil zu bringen, ihm seine soziale Position zu sichern, ihn vor den Unbilden und Gefahren der kapitalistischen Wirtschaft zu schützen.

Das ökonomische Motiv der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung unterscheidet sich von der Triebkraft der deutschen und auch der europäischen Arbeiterbewegung überhaupt nicht. Nur seine Gestaltung erfolgt auf andern Wegen, unter andern Gesichtspunkten, mit andern Mitteln. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung sucht für ihre Mitglieder den Arbeitsmarkt, die Arbeitsgelegenheit zu beherrschen.

Hier liegt zweifelsohne ein Wesensunterschied zu uns. Wir wollen den ganzen Arbeiterstand erwecken, das Proletariat soll zur sozialen Macht zusammengefaßt werden und die Produktion soll zur Gemeinwirtschaft gestaltet werden. Die Ideologie der amerikanischen Gewerkschaften greift nicht so weit. Sie konzentriert sich in realwirtschaftlichen Aufgaben. Was, praktisch gesehen, ja für die europäische Arbeiterbewegung doch auch gilt. Die Proletarier verlangen von ihr, daß sie in jedem Augenblick die Interessen der Arbeiter wahrnimmt, daß sie in jedem Sturm sozialer Not zur Schutzwehr wird.

Die amerikanischen Gewerkschaften handeln nach den gleichen Prinzipien. Ihre Wege sind aber häufig anderer Art als bei uns.

Der Betrieb, den eine amerikanische Gewerkschaft erobert hat, wird zum sogenannten

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Tarif- und Lohnkampf im Steinberggewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das Steinberggewerbe in Mitteldeutschland, Sitz Magdeburg, hat es sich zum Prinzip gemacht, seinen Nachwilleh, den Arbeitern aufzuzwingen. Zwar kommen zumeist nur Kleinbetriebe in Betracht, was jedoch nicht ausschließt, daß gerade diese Kleinunternehmer sich an die Spitze der Reaktion stellen und zu bitteren Beschäftigten.

Am Ende 1925 bestand für Mitteldeutschland ein Tarifvertrag, welcher vom Unternehmerverband gekündigt worden ist. In der Forderung der Unternehmer war außer einer Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne auch eine ganze Anzahl sonstiger Verschlechterungen enthalten. Nach einer großen Anzahl von Verhandlungen wurde schließlich das zuständige Tarifamt angerufen. Unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen kam ein Schiedsspruch zustande, wofür auch abweichend die Unternehmerbeiträge mit stimmten, worin im wesentlichen der gekündigte Bezirkstarifvertrag den beiden Parteien wieder empfohlen wurde. Die seit dem 27. Juli 1925 geltenden Stundenlöhne sollten in dem neuen Tarifvertrag mit übernommen werden. Für die angelernten Arbeitnehmer war eine Lohnreduzierung von 6 Pfennig pro Stunde vorgesehen.

Während die Arbeiter trotz großer Bedenken diesem Schiedsspruch zustimmten, lehnten ihn die Unternehmer ab und zwingen zu gleicher Zeit ihre Mitglieder, und zwar unter Androhung einer Bestrafung in Höhe von 1000 Mark, eine Lohnreduzierung von 15 Pfennig durchzuführen.

Die Arbeiter des Steinbergberufes haben allerorts, wo das Lohnniveau durchgesetzt werden sollte, die Arbeit eingezellt. Solche Lohnabwehrkämpfe liegen zurzeit vor in Apolda, Burg, Kassel, Celle, Delitzsch, Eisenberg, Erfurt, Gera, Quedlinburg, Zeitz, Gotha, Halle a. S., Hannover und Magdeburg. Jetzt nun droht der Unternehmerverband eine Ausperrung aller Arbeitnehmer im Steinberggewerbe durchzuführen. Möglich wäre das nur, wenn die kommunalen und fiskalischen Baubehörden das Vorgehen der Unternehmer beden. Vorgearbeiten haben die Unternehmer bei diesen Baubehörden genügend und es finden sich jetzt schon Baubehörden, die sich in diesem Abwehrkampf auf die Seite der Unternehmer stellen. Im Vordergrund sollen die höheren Baubeamten in der Provinz Hannover stehen.

50 Mark an die Gemeindefasse zu zahlen. Dem Arbeiter Aug. Dietrich wurde zum Ausbau eines Zimmers in seinem Siedlungshaus ein Darlehen von 800 Mark bewilligt. Die Miete wird so lange von der Gemeinde eingezogen, bis das Darlehen gedeckt ist, außerdem werden ihm 20 Mark Zinsen auf das Darlehen berechnet.

Barbau. Ein Elternabend, der von der Schule am Sonntag veranstaltet wurde, wies sehr guten Besuch auf. Hauptlehrer Harris wies auf die Bedeutung des Abends hin. Schule und Eltern sind die Erzieher des Kindes. Nur durch gemeinsames Arbeiten kann das Kind erzogen werden. Er hob in seinen Ausführungen auch die ungeheure große Bedeutung der Religion hervor. Nach seiner Meinung darf der Schule die Religion nicht genommen werden. Herr Harris scheint aber von der Arbeit der weltlichen Schule nicht viel wissen. Klassenhaft und Parteihaf in der Schule? Am Schlusse seiner Ausführungen brachte er ein Hoch auf das deutsche Vaterland aus. Diese Vaterlandsliebe wurde auch gleich durch das Lied der wilhelminischen Zeit, „Es braust ein Auf wie Donnerhall, die Schwergeister und Wogenprall“ bekräftigt. Die Entfernung des Kindes aus dem Programm war trotz Vorrede einiger Genossen nicht zu erzielen, da das Niederbuch im Jahre 1922 ihm von der Regierung zugesandt sei. Es folgten dann in bunter Reihe Gesänge, Gedichte, Märchenspiele, Kinovorführungen und zum Schluß das Märchen „Dornröschen“. Lehrer Schulze dankte für den guten Besuch und gab bekannt, daß der Lieberthum nach Abzug der wenigen Unkosten für die Schulkinder, insbesondere die armen Kinder, bei Ausflügen im Sommer und für Anschaffung von Lehrmitteln Verwendung findet. Von der Republik war kein Wort zu hören. Das sollte unsern Genossen zu denken geben. Es wird unbedingt für notwendig erachtet, im Ort eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Weltliche Schule“ abzuhalten. — Feuerwehr. Hier scheint sich der schlafende Stacheln bemerkbar machen zu wollen. Treten doch die Jungmänner sogar mit Stahlhelmen bei der Spritzenprobe der Feuerwehr an. In Anbetracht der guten Sache der Feuerwehr, die der Allgemeinheit zum größten Nutzen ist, wäre es zu wünschen, daß die Behörde den Umgang in Zukunft unterbindet. Wir möchten nicht die Feuerwehr durch derartigen Unsinns herabwürdigen.

Kreis Jerichow 1.

Gommern. Eine leichte Besserung der Arbeitslosensziffer ist in der vergangenen Woche eingetreten. Die Erwerbstätigkeit in mehreren Berufsgruppen ein. Im Bauarbeiter verlangt und eingestellt. Für Maler waren die Beschäftigungsverhältnisse noch ungünstig. Auch in der Steinindustrie war eine Nachfrage nach geübten Steinschlägern und Woffierern. Die Nachfrage wurde aus dem vorbandenen Angebot sofort erledigt. Vereinzelt wurden Steinseher und Kammern eingestellt. In der Metallbranche sind einige Vermittlungen von Schmieden zu bezeichnen; für Schlosser sind die Beschäftigungsverhältnisse noch ungünstig. Kiesel u. Urban, Schuhfabrik, stellte sämtliche entlassenen Zuschneider, Zwicker und Arbeiterinnen wieder ein. In andern Schuhfabriken wird noch verkürzt gearbeitet. Im Holzgewerbe fanden einige Tischler Beschäftigung. Die erwerbslosen Sattler wurden in ihrer Berufsgruppe eingestellt. Die Vermittlungstätigkeit in der Landwirtschaft für ledige Geschäftsführer und besonders junge Bauern zeigte ein befriedigendes Bild, trotzdem ist das Angebot immer noch höher als die Nachfrage. Zu Hilfsarbeiten konnten mehrere Arbeitskräfte vorübergehend vermittelt werden. Die Stadtverwaltung Gommern stellte für die Friedhofarbeiten und Verbreiterung der Straße an der Magdeburger Chaussee noch Erdarbeiter, Zimmerer und Maurer ein. In der Lage für weibliche Arbeitskräfte ist durch die Wiedereinstellungen in der Schuhfabrik eine leichte Besserung vorhanden. Trotzdem ist immer noch ein Teil Schuhfabrikarbeiterinnen ohne Beschäftigung. Die Nachfrage nach Hausmädchen im Privatbereich war lebhafter als in der Vormoche. In der Landwirtschaft steigerte sich die Nachfrage nach Dienstmädchen. Die Vermittlung hat sich bedeutend günstiger gestaltet.

Stadtkreis Burg.

Leines Brot. Nach Feststellung der mittleren Preisprüfungsstelle für die Provinz Sachsen ist der in Burg zurzeit geltende Preis von 15½ Pfennig je Pfund einer der teuersten in der Provinz Sachsen. In Magdeburg kostet z. B. das Pfund Brot nur 13½ Pfennig, so daß der Burger Preis 14 Prozent über dem Magdeburger Preis liegt. Bei dieser erheblichen Differenz ist die Wiedereinrichtung aufzufordern, ihre Kalkulation schleunigt einer Nachprüfung zu unterziehen. Aus diesem Grunde wird in den nächsten Tagen eine Beschlussfassung der Innung herbeigeführt werden.

Im Gewerkschaftshaus fand eine Versammlung vom Feuerbestattungsverein statt. Genosse Graul (Magdeburg) führte aus, daß die Feuerbestattung eine kulturelle Notwendigkeit ist. Aus diesen Gründen müssen alle, die mit der Kirche gebrochen haben, sich dieser proletarischen Bewegung anschließen. Große Kämpfe werden für die Kinder des Proletariats geführt zur Erreichung von weltlichen Schulen, dabei wird vergessen, daß es notwendig ist, die Kinder und Eltern auch der Feuerbestattung zuzuführen. An die Ausführungen schloß sich eine Ansprache, an der sich die Genossen Ziegler, Arndt, Kurbel, Ehrhardt, Hering und Reimelt jun. beteiligten. Es hat sich dazu beigetragen, falsche Auffassungen zu zerstreuen.

August-Debel-Gedächtnisfeier. Der Bildungsausschuß der Partei veranstaltete die Feier im „Hohenzollernpark“. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Feier selbst gestaltete sich zu einer Weisheitsrede, so daß dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, solche erhebenden Abende öfters zu veranstalten. Das Kaiserliche Streichquartett brachte Musikstücke meisterhaft zum Vortrag. Das Volkshorquartett trug dem Tage entsprechende Gesänge vor, die die Zuhörer mitrissen. Genossin G. Giesow leitete den Abend mit einem Prolog ein, Willi Krüger registrierte. Für den am Schluß der Gedächtnisfeier Gesungen hielt Genosse Simon Ragenstein die Gedächtnisrede, die das Leben und Wirken Debels würdigte. Diese Feier wird allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnis bleiben und sie angepörrt haben, mehr noch als bisher für die Partei zu wirken. — Frauenabend morgen Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Alle Genossinnen müssen erscheinen.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Mitgliederbestand am 20. Februar 5549 männliche, 5192 weibliche, zusammen 10741 Personen; davon arbeitsunfähige Kranke am 20. Februar 235 männliche, 214 weibliche, zusammen 449 Personen oder 4,18 (3,99) Prozent der Gesamtmitgliedszahl.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Obernstedt. Arbeiterwohlfahrt. Am Sonnabend den 6. März findet bei W. Deneke ein Unterhaltungsabend statt, wozu alle Einwohner Obernstedts eingeladen sind. Aufführungen unserer Schulfugend und des Gesangsvereins werden den Abend zu einem genussreichen gestalten. Der Reinecktag wird für die Unterstützung Bedürftiger verwendet werden.

Kreis Calbe.

Barby. Schulbau der Stadtschule. Mit der Herstellung neuer Schulräume für zeitgemäße praktische Unterrichtsarbeit wurde diese Woche begonnen. Es handelt sich um die Einrichtung eines Werkraumes für die Knaben sowie einer Küche und einer Waschküche für die Mädchen. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß bei Beginn des neuen Schuljahres die Räume sofort benutzt werden können. — Aufbau-

Schule. Die Aufnahmeprüfung findet am 14. und 15. März statt. Von Ostern an wird die Schule fünf Klassen umfassen, so daß sie im nächsten Jahre vollständig ist. Zurzeit wird die Turnhalle baulichen Änderungen unterzogen. Das Konzert am letzten Sonnabend, bei dem Seminaroberlehrer Schöne und Stübnerat Dr. Dempsch mitwirkten, war gut besucht. Der Arbeitergesangverein Arion stellte allein 50 Besucher. — Reichshannover. Das 2. Stiftungsfest findet nicht am 28., sondern am 27. Februar im „Kautentranze“ statt. — Frauenversammlung am Mittwoch.

Calbe. Der Republikanische Abend, den der Bildungsausschuß veranstaltete, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Theo Maret (Berlin) trug Ernstes und Heiteres, Politisches und Unpolitisches vor und sorgte für angenehme Unterhaltung. Genosse Schiller wies in seiner Ansprache auf den Reichsbanner-Bundestag in Hamburg hin und forderte zum Eintritt in die Partei auf. Wünschenswert wäre es, wenn derartige Abende wiederholt werden, jedoch müßten sich die Zuhörer mehr beteiligen, den Vortrag nicht durch ihre Privatunterhaltung zu stören. — Aufgegriffen wurden hier drei Kinder von 11 bis 12 Jahren, welche sich aus ihrem Heimatort Alberstedt heimlich entfernt hatten.

Borne-Bischof. Freireligiöse Gemeinde. In der Versammlung wurde die Ausschlußwahl vorgenommen. Der alte Ausschluß wurde mit einer Ausnahme wiedergewählt. Dann wurde die diesjährige Jugend- und Kinderwoche besprochen und beschlossen, sie am ersten Osterfesttag 11½ Uhr in Heines Lokal abzuhalten. Der Prediger der freireligiösen Gemeinde, Dr. Köhlin (Magdeburg), wird die Weisrede halten. Zu dieser Feier sind die Einwohner eingeladen. Beschlössen wurde, in der nächsten Zeit einen Vortrag über Feuerbestattung und über die Ziele des Freidenkertums zu veranstalten. — Freie Turner. Die Gruppenversammlung hätte von den Vereinen besser besucht werden müssen. Beschlössen wurde, das Gruppenturnfest am 29., 30. und 31. Mai in unserm Ort stattfinden zu lassen. Am 1. Osterfesttag soll ein Konzert und Bühnenspielen veranstaltet werden.

Stadtkreis Hämmerleben.

Die Straßenunterhaltungskosten werden vom Publikum meist unterschätzt. In Wirklichkeit gehören die Kosten für Herstellung und Instandhaltung der Straßen, Wege, Brücken usw. nächst den Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege und den Schulen zu den Hauptausgabenposten der Gemeinden und Gemeinverbände. Das hat zum Teil auch neuerdings eine Ursache darin, daß die modernen Verkehrsmittel, wie Auto und Motorrad, die Straßen ungemein schnell abnutzen. Für Hämmerleben kommt noch besonders hinzu, daß seit langen Zeiten manche Straßen etwas vernachlässigt worden sind und diese Sparfameit sich nun dahin auswirkt, daß höhere Aufwendungen für die Instandsetzung zu machen sind. Das Bauamt hat eine Feststellung darüber getroffen, welche Aufwendungen notwendig wären, um die Straßen wieder in Ordnung zu bringen. Für den ordentlichen Etat 1926/27 (laufende Ausgaben) kämen allein für die Unterhaltung der gepflasterten Hauptstraßen innerhalb der Stadt 94 000 Mark in Frage. Der Haushaltsplan für 1925/26 sieht für diese Zwecke nur 6500 Mark vor. Es wäre also eigentlich eine ganz gewaltige Steigerung der Ausgaben für Instandsetzungen und Ausbesserungen notwendig. Weil aber nun eine solche Erhöhung auch im kommenden Jahre nicht angängig ist, sind wenigstens 38 000 Mark für diese Straßenunterhaltung eingestellt worden. Dazu kommt nun noch die Instandsetzung der ungepflasterten Straßen, die im alten Etat mit 8200 Mark eingestellt ist, usw. Eine verhältnismäßig gleiche Erhöhung müssen auch die Aufwendungen für die Chausseeunterhaltung außerhalb der Stadt erfahren, selbstverständlich nur, soweit es sich um Straßen, die der Stadt gehören, handelt. Hier hat das Bauamt 108 000 Mark für notwendig gehalten. In Wirklichkeit sind nur 45 000 Mark eingestellt worden. Zu den Kosten der Unterhaltung usw. der in der Verwaltung des Landkreises Lueddinsburg verbleibenden, für die Stadt aber bedeutungsvollen Chausseen sind noch Beiträge und Zuschüsse zu zahlen. Die bekannte „Kolonnen Wengel“, die auch der Straßenunterhaltung dient (nimmt sie doch die Aufsicht, kleine Reparaturen, Reinigungen usw. vor), ist mit 10 000 Mark im neuen Etat eingestellt. Für die Unterhaltung der Brücken und Schutzgelenke sind fürs kommende Jahr vorgesehen 7000 Mark, für Unterhaltung der Ufer und Flußbetten 10 000 Mk., für Flugtraben, Bewässerungsanlagen usw. noch 2000 Mark. Für die Umbauten aller Straßen hält das Bauamt 445 000 Mark für das kommende Jahr für notwendig. Da der Magistrat die Beschaffung so großer Summen für unmöglich, zum mindesten für unzumutbar hielt, beschloß er, nur 138 000 Mark in der Haushalt einzustellen. Ausgeführt wurden nur die Arbeiten an der Wehringer Straße, die etwa 44 000 Mark Kosten verursachten. Die andern Vorhaben mußten verschoben werden. Die Aufwendungen für solche Neuentwicklungen können nicht aus „laufenden Mitteln“ genommen werden, sondern müssen ihren Platz im „außerordentlichen Etat“ finden, dessen Einnahmepositionen sich aus Darlehen, Anleihen usw. zusammensetzen, weil hier kommende Geschlechter auch mit an den Lasten tragen sollen. Wenn die Aufwendungen für Straßenarbeiten so hohe sind, so hauptsächlich, weil die Materialien (Steine) sehr teuer sind. Wenn also mancher Einwohner eine Straße als „miserabel“ findet und darüber schimpft, so mag er an vorstehende Zahlen denken und daran, wie die Steuerzahler umgehalten sind, wenn sie zahlen müssen. Die Wichtigen des Magistrats stellen ein Kompromiß zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit dar.

Die Pflichtarbeit in der Erwerbslosenfürsorge soll nun wieder in größerem Umfang aufgenommen werden. Augenblicklich sind etwa 90 Personen mit Arbeiten an der Kiesgrube und ebenso viele mit Arbeiten in städtischen gärtnerischen Anlagen beschäftigt. Diese annähernd 200 stellen erst etwa ein Viertel der über 840 Köpfe zählenden Erwerbslosenunterstützungsempfänger Hämmerlebens dar. Wenn in den Wintermonaten nicht familiäre Erwerbslose mit Pflichtarbeiten beschäftigt worden sind, so hat das seinen Grund darin, daß das Wetter den Erdarbeiten (und solche kommen doch nur in Frage) nicht günstig war. Darf man doch die Arbeiten nur „gemeinnützigen Charakter“ tragen. Die jetzt weiter in Angriff zu nehmenden Pflichtarbeitsgelegenheiten sollen bestehen in Fortsetzung der Einbringung der Bruchfelder an der Straße nach Hämmerleben und in der Einbringung der Bodenfläche, die einmal als Flugplatz dienen soll. Lebtgedachte Arbeiten, die erst noch des nähen vorbereitet werden müssen, haben einen gemeinnützigen Zweck, selbst wenn die Benutzung der Grundstücke als Flughafen eine Weile auf sich warten lassen sollte. Unter den Erwerbslosen ist vielfach die Meinung verbreitet, daß die Verantwortung der Pflichtarbeiten nur eine Schikane des Arbeitsnachweises sei. Demgegenüber sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß § 14 der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung die Vornahme solcher Arbeiten ausdrücklich zur Pflicht der Arbeitsnachweise und der Gemeinden macht. Die Erwerbslosen, die Pflichtarbeiten verrichten, bekommen dafür noch eine besondere Prämie, und zwar, soweit es sich um Arbeiter über 21 Jahre handelt, von 78 Pfennig je Tag. Da die Dauer der Arbeit 2 Tage (16 Stunden) in der Woche betragen soll, ist also die Mehrerinnahme 1,52 Mark je Woche. Diese Zusammenhänge gehen zu Lasten der Stadt. Vor Wiederaufnahme der Pflichtarbeit in größerem Umfang müssen auch wieder städtische Arbeitsgeräte angeschafft werden, das vieles davon unbrauchbar geworden oder in Verlust geraten ist.

Ueber den Beschäftigungsgrad in den einzelnen größeren Betrieben Hämmerlebens sind folgende Angaben aus einem übersichtlichen Bericht entnommen: Die Firma S. C. Kesteborn und

die Kalmerte Maschinenfabrik sind voll beschäftigt. Sie haben sogar in den letzten Wochen noch Arbeitskräfte eingestellt. Auch die Firma Hammer u. Söhne, die im letzten Viertel 1925 ihren Betrieb kurze Zeit stillgelegt hatte, besitzt heute durch zahlreiche Wiedereinstellungen eine Arbeiterzahl von annähernd 100. Dagegen wird bei der Maschinenbauanstalt St. Wolf mit gruppenweiser Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gearbeitet. Das Aussehen einzelner Arbeiterkategorien dauert immer noch 8 Wochen. Die Feiern der Beziehungen zwischen Erwerbslosenunterstützung. In letzter Zeit wurden auch einige Arbeiter entlassen. Bei der Firma Billeter u. Kunz (Holzbearbeitungsmaschinenfabrik) ruht vorige und diese Woche die Formereiabteilung. Auch sonst hat die Fabrik eine geringe Zahl von Arbeitern bearbeitet. Im übrigen geht der Betrieb seinen geregelten Gang. Die Trummanwerke (Geldschrankfabrik) haben vorige Woche ausgesetzt und lassen auch diese Woche den Betrieb ruhen. Die Firma G. Knoche (Werkzeugfabrik) arbeitet nur noch 37½ Stunden in der Woche und hat 20 Arbeiter beurlaubt. Bei den andern Deckenfabriken haben noch keine Betriebsbeschränkungen stattgefunden. Die Holzhandlung Schütz hat ihre Arbeiter fast reiflos entlassen. Die weithin bekannte Firma Terra, Akt.-Ges. für Samenzüchtung, beschäftigt im Winter immer nur eine ganz geringe Zahl von Arbeitern, ihre Hauptarbeit ist der Sommer. Die Holzbearbeitung (namentlich die Tischlerei) liegt sehr darnieder. Das Baugewerbe ruht noch so gut wie vollständig. Nur ganz vereinzelt sind die Arbeiter wieder aufgenommen worden. Man sieht, daß man die Lage des Arbeitsmarktes nicht nur beurteilen kann nach der Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger, man muß auch die Zahl der vom Betriebe „Beurlaubten“, die der Kurzarbeiter usw. berücksichtigen. Das Gesamtbild, das obige Übersicht gewährt, ist ein recht ungünstiges.

Die Notstandsarbeiten, die in der Form der Eine-Regulierung bislang durchgeführt wurden, sind wieder einmal eingestellt worden. Der Grund ist in dem hohen Wasserstande zu suchen. Die Unterbrechung wird mindestens 2 Wochen dauern. Es wurden rund 100 Erwerbslose beschäftigt.

Altmark.

Flechtingen. Ein Unfall, der wieder mal zeigt, daß man vorsichtig sein muß, ereignete sich am Sonntag nachmittag auf unserer Dorfstraße unweit des Deutschhainischen Geschäfts. Die 10jährige Tochter des Eisenbahnarbeiters H. Köbiger lief über die Straße beim Herannahen des Geschäftsautos des „Stadt und Landboten Neuhaldensleben“ und wurde vom linken Vorderrad erfaßt. Durch sofortiges Bremsen des Führers wurde der Wagen bis auf den Bürgersteig hinaufgedrängt. Das Kind kam mit einem Knöchelbruch und Hautabplatzungen davon. — Die Maul- und Klauenseuche in hiesiger Gemeinde ist erloschen. Die Sperrmaßnahmen sind wieder aufgehoben.

Garbelen. Parteiverammlung am Mittwoch den 24. Februar, abends 8 Uhr, beim Gastwirt Schmidt, in der „Reichs-Irone“. Auch die Frauengruppe ist dazu eingeladen. Ein harter Kampf, mit dem Ziele der Fürstenenteignung, steht uns bevor, deshalb müssen alle erscheinen.

Salzwedel. Der nächste Diskutierabend ist am Mittwoch den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Müller. — Kriegsbefähigte und Kriegerhinterbliebene. Wie die Postanstalt mitteilt, erfolgt die Auszahlung der Renten am 26. Februar. — Das völkische Mitglied des Kreisrats, Landwirt Dame aus Thüritz, hat vor einiger Zeit sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt Lehrer Strube aus Währe. — Polizeibericht. Vermißt wird die ledige Antia Krüzig aus Quadenbambek, die sich Ende Januar auf eine Reise zu ihrem Verlobten in Berne begeben hatte. Die Spur führt bis Hannover. — Der Fahrraddieb ist immer noch nicht gefast. Es steht fest, daß er auch die Diebstähle in Hefzen, wo er in der Gerberge übernachtete und sich Schmidt genannt hat, auf dem Herdholz hat.

Tangermünde. Generalversammlung des Konsumvereins. Geschäftsführer Genosse Hoffmann gab den Bericht über das 28. Geschäftsjahr. Aus ihm geht hervor, daß der Verein zwar bei weitem noch nicht den guten Geschäftsgang der Vorkriegszeit erreicht hat, daß aber die Entwicklung zeigt, daß die Genossenschaftsbewegung nunmehr die schweren Schäden der Kriegs- und Inflationszeit überwunden hat. Der Gesamtumsatz betrug 148 764 Mark, das ist eine Steigerung von 11½ Prozent gegen 1924. In diesem Umfang ist die eigene Molkerei mit ihren Erzeugnissen mit 32 Prozent beteiligt. Diese erfreuliche Entwicklung gab der Verwaltung die Möglichkeit, an die kaufenden Mitglieder in diesem Jahre 4 Prozent Minderbeteiligung zu gewähren. Außerdem sind sämtliche alten Geschäftsanteile und Spareinlagen mit 25 Prozent aufgewertet worden. Zum Schluß macht Hoffmann noch interessante Ausführungen über die eigenen Erzeugnisse der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und deren Preiswürdigkeit gegenüber andern Erzeugnissen. Eine wesentliche Kritik an der Geschäftsleitung wurde nicht geübt und die vorgelegte Bilanz genehmigt. Der Aufsichtsrat besteht in Zukunft nur noch aus 7 Personen. Genosse Thielbeer wurde wieder und Genosse Trintwedel neu gewählt. Es wurde beschlossen im Laufe lange Straße einen Umbau vorzunehmen, damit die Verkaufsstelle 1 von der Köpferstraße nach Lange Straße verlegt werden kann. Zur allgemeinen Überraschung der Versammlung hatte die Verwaltung auch noch für eine Bewirtung der Besucher Sorge getragen, die Frauen waren über die dargereichten Mädelreprodukte besonders erfreut. Schneller noch kamen wir vorwärts, wenn alle Genossinnen und Genossen ihren Bedarf dort decken würden, wo sie Mitglied sind und mitzubestimmen haben. — Parteifunktionäre. Am Freitag den 26. Februar, abends 8 Uhr, in der Genossenschaft wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre. Reichsbanner- und Genossenschaftsfunktionäre, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, müssen an dieser Sitzung mit teilnehmen.

Stadtkreis Stendal.

Militärfürsorgegeheimnisse. Die Zahlung für März findet am Freitag den 26. Februar, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, statt.

Fürsorgetagung. Der Landesfürsorgeverband der Provinz Sachsen veranstaltet im Provinzial-Kurheim Wilhelmshöhe bei Lichterfelde am 11. und 12. März eine Fürsorgetagung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege u. a. für den Stadt- und Landkreis Stendal.

Kleine Chronik.

Abbaufähige Erzgrube im Oberharz. In der Gegend von Klausthal und Lautenthal im Harz haben die Oberharzberger Bergwerke neue Schachtanlagen zur Förderung von Blei-, Zink- und Kupfererzen errichtet. Sie sind notwendig, da die in Betrieb befindlichen Bergwerke in absehbarer Zeit abgebaut sein werden. Einer dieser neuen Schächte ist bereits fündig geworden und auch abbaufähige Lager von Blei- und Zinkerzen wurden erschlossen. Die Gefahr des Erliegens des Oberharzberger Bergbaus scheint damit für absehbare Zeit gebannt zu sein.

Ein pomerischer Schloß in Flammen. Auf dem Schloße des Rittergutsbesizers von Wörde im Landkreis Greifswald entzündet ein Feuer, das das ganze Obergeschloß des Schloßes in etwa 40 Meter langer Ausdehnung ergriß. Außer den Wehren der Umgegend waren auch die Wolgaster und die Greifswalder Feuerwehren mit Motorspritzen erschienen. Während der Löscharbeiten kürzten plötzlich die Seitenwände ein, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Ein Arbeiter, der vermisst wird, liegt anscheinend noch unter den Trümmern begraben.

Die Oesterreicher in Magdeburg.

Die Mission der Oesterreicher.

Der Sonderzug der Oesterreicher, der in 24stündiger Fahrt von Wien nach Hamburg gelangte und die 500 Mann starke Delegation des österreichischen Schutzbundes zum Reichsbannertag brachte, erlebte auf seiner Hinreise einen ebenso großen Triumph wie auf der Rückreise durch das deutsche Land. Die Begeisterung und der Jubel, den er überall auslöste, galt nicht den 500 Delegierten, sondern dem ganzen österreichischen Volke, das durch sie vertreten wurde. Der Jubel war der Ausdruck des Gefühls der Verbundenheit und des Glaubens an den endlichen großen Sieg der deut-

sagen, sie heimisch gemacht hat von der Meeresküste bis zum Fuße der Alpen.

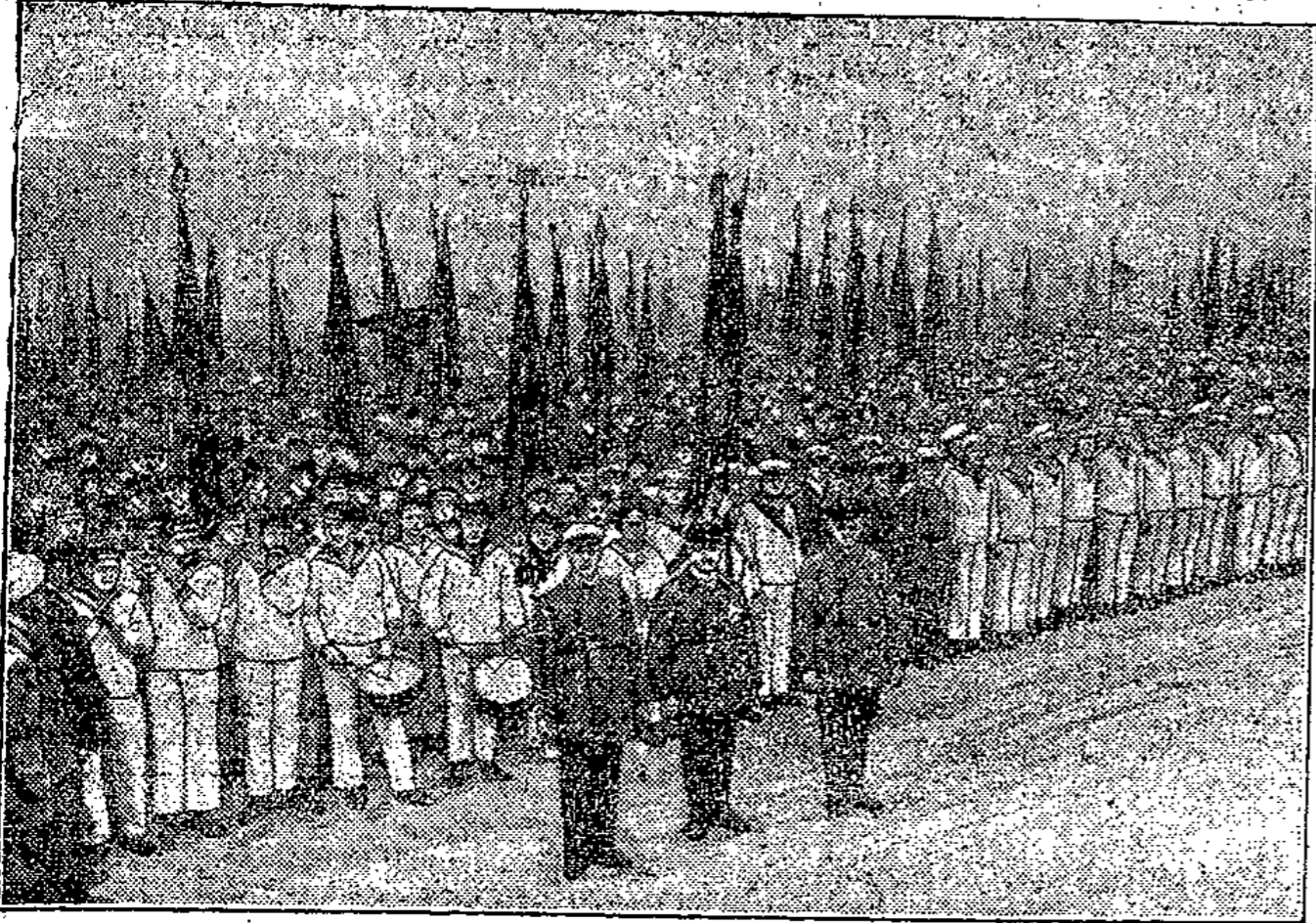
Das Reichsbanner, das die vordringlichste innere Bedrohung der Republik mit starkem Arm beseitigte, ruft den Unentschlossenen im eignen Lande zu:

O ihr Kleingläubigen, wie lange ist es her, als eure Klage ertönte, die Ruhr wird nimmer frei, der Rhein wird ohne neues Blutvergießen kein deutscher Strom mehr sein! Heute ist die Ruhr frei und die erste Strecke des Rheins ist von fremden Truppen verlassen, in unserm unbefristeten Befehl.

Serbien mit einem warnenden Manifest geantwortet, das in dem leidenschaftlichen Ruf ausklang: „Der Friede ist das kostbarste Gut der Menschen und das höchste Bedürfnis der Völker.“

Wenn heute Faschismünger am Werte ist, unsern Anschlußwille in deutsche Annexionspolitik umzudeuten, so stellen wir dem gegenüber einstimmig fest: Nicht in Berlin, sondern in Wien flammte der Anschlußwille zuerst auf. Und keine nationale Partei, sondern dieselbe friedliche Arbeiterpartei war es, die vor dem Kriege ihren Friedenswillen bewiesen hat und inmitten des Chaos des Zusammenbruchs dem Anschlußwille der breiten Massen des arbeitenden Volkes zum ersten Male Ausdruck gab. Sie war es, die dem zurückbleibenden Teil des zusammengebrochenen Habsburgerstaates Ziel und Richtung wies, das ganze Volk zum ein-

Bilder vom Reichsbannertag in Hamburg.



Jungmarteinabteilung aus Anghoven.



Fanfarenbäuer verkünden die Eröffnung des Bundestages.

lichen Einheit, den uralten Traum aller Deutschen. Nicht Chauvinistische Großmannsjucht, sondern das Bestreben nach echter nationaler Einigkeit, der einzigen Grundlage für wahre und dauernde Solidarität der Völker untereinander kommt in der Begeisterung, die der Zug der Oesterreicher in ganz Deutschland auslöste, zum Ausdruck. Ueber den prinzipiellen Unterschied zwischen den demokratischen Großdeutschen und den chauvinistischen kriegshegerischen Alldeutschen schälte in trefflicher Weise Paul Löbe in einem Festartikel im „Hamburger Echo“ heraus, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Wenn heute der Wald von schwarzrotgoldenen Fahnen durchs Hamburgs alte Straßen wogt und unser Banner von den Säulern freigesinnter Bürger grüßt, dann zeugen diese Farben sowohl für Großdeutschland wie für die Republik, oder richtiger für die großdeutsche Republik. Noch gibt es Landsleute, die nicht zu unterscheiden vermögen die alldeutschen Ambitionen der Kaiserzeit und das großdeutsche Ideal der Republik. Und doch liegt der Unterschied zwischen beiden klar zutage: Das Alldeutsche wollte Landstriche und Völkerschaften unterjochen und gegen ihren Willen zwingen, sich deutscher Herrschaft zu unterwerfen. Die Anhänger der großdeutschen Republik aber wollen die Tore öffnen für alle Stammesgenossen, die aus eigenem Willen heimkehren wollen ins Mutterland, sich staatlich vereinnigen wollen mit der deutschen Nation.

Das Alldeutchtum hatte noch mit Polen, Slaven, Letten, Litauern, Esten, ja mit Chinesen und Negern zu tun und überließ die Deutschen Oesterreichs den dynastischen Interessen des Hauses Habsburg. Die Verfechter der großdeutschen Idee wünscheten keine Herrschaft über irgendein fremdes Volk, sondern nur für sich das gleiche Recht, wie wir es mit den Prinzipien Wilsons allen andern Völkern zugestehen.

Im Vordergrunde ihres Programms steht der Anschluß der deutsch-österreichischen Republik an das Reich, denn hier finden wir einen von Krieg und Friedensverträgen zerstückelten Einzelstaat, der an sich selbst kein Genüge findet und vom ersten Tage seiner künstlichen Bildung an über seinen Anschlußwille keinen Zweifel gelassen hat.

Im November 1918 bereits beschlossenen provisorische Regierung und Nationalversammlung einmütig: „Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik“, und seitdem haben die Volksabstimmungen in den einzelnen Ländern, die nicht daran gehindert wurden, haben Kundgebungen aller Parteien, habe unzählige Verbrüderungsreisen nach Norden keinen Zweifel daran gelassen, daß dieser Wille fortbesteht.

Den Anschluß Oesterreichs, die Einigung zur großdeutschen Republik erstreben wir auf friedlichem Wege. Etwas anderes wäre bei der politischen Lage der beiden Länder glatter Irrsinn. Länder mit den Waffen einigen, bedeutet ebenso wie sie mit den Waffen trennen, keinen Gewinn, sondern nur Verlust, nur Rückschritt, Elend, nur Ursache neuer Zwiste und neuer Gewalt.

Es muß der Tag kommen, an dem der Völkerbund den Widerstand aufgibt, den die Friedensverträge der Vereinigung entgegensetzen.

Diesen Tag vorzubereiten, ist neben dem Oesterreichisch-Deutschen Volksbund, der diese Frage zu seiner Spezialaufgabe gemacht hat, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold berufen, das die Farben der großdeutschen Republik zu Ehren gebracht, und wir können heute mit Freude

O ihr Kleingläubigen, wie lange ist es her, als es noch hieß, nimmer wird Deutschland in den „Räuberbund“ der Sieger, in den Völkerbund, eintreten — und jetzt hat eine „nationale“ Regierung die Hand am Türgriff, um einzutreten.

So wie des Fortschritts unaufhörliches Walten diese Probleme in unserm Sinne gelöst hat, so werden eines Tages unsre schwarzrotgoldenen Fahnen wehen über der geeinten großdeutschen Republik. —

Für die großdeutsche Republik.

Aus Anlaß des Besuchs der Oesterreicher in Magdeburg veröffentlichen wir noch die bedeutungsvolle Begrüßungsrede, die der Führer der österreichischen Abteilungen des republikanischen Schutzbundes, Bürgermeister Dr. Pichler (Wiener-Neustadt) bei der großen Reichsbannertagkundgebung auf dem Lübeckertorfeld in Hamburg gehalten hat.

„Zum dritten Male kommen die Abteilungen des republikanischen Schutzbundes aus Oesterreich nach Deutschland,



Bundesvorsitzender, Hüring (1), Führer der österreichischen Delegation, Bürgermeister Pichler von Wiener Neustadt (2) und der preussische Ministerpräsident Braun (3).

um zu bekunden, daß wir eines Sinnes sind im Kampf um Freiheit und Recht und in der Verteidigung der Republik gegen die Reaktion.

Deutschland steht vor der Aufnahme in den Völkerbund. Wir alle hoffen, daß das ein Schritt vorwärts sein wird in der Befriedung Europas, in der Entwicklung der Menschheit. Wir Deutsch-Oesterreicher aber hoffen, daß wir mit der Erfüllung unsers Sehns nach der Vereinigung in der deutschen Republik näherkommen werden. — Ein Jahrtausend war unser Land des Deutschen Reiches südöstliche Grenzmark. Kaum 60 Jahre war unser österreichischer Stamm der Deutschen vom Reiche getrennt. Wir wollen heim. Laut und feierlich werden wir immer wieder unsern Willen Ausdruck geben, bis wir unser Selbstbestimmungsrecht erreicht haben werden.

Jeder Gedanke an eine Gewaltpolitik liegt uns fern. Niemand darf an unsern friedlichen Absichten zweifeln. Sind doch die Mitglieder unsers republikanischen Schutzbundes ausnahmslos Mitglieder jener politischen Partei, die schon vor dem Ausbruch des furchtbaren Weltkrieges ihre Friedensliebe unabweislich bekundet hat. — Schon in den kritischen Julitagen des Jahres 1914, als es dem Volke nicht gegeben war, über Krieg und Frieden zu entscheiden, als das Parlament stumm war, hat die deutsch-österreichische Arbeiterpartei auf das habsburgische Ultimatum an-

stimmigen Beschluß der Nationalversammlung vom 18. November 1918 mitzitiert. „Deutsch-Oesterreich ist eine demokratische Republik. Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches.“ Einstimmig ist der Anschlußgedanke unsers Volkes noch heute. Jede neue Abstimmung würde das alte Ergebnis zeigen.

Wir wissen genau, daß die Erreichung unsers Zieles nicht von heute auf morgen kommen kann. Wir haben jedoch genau soviel Hoffnung auf den Anschluß, als wir Mut, Festigkeit, Kraft und Begeisterung aufbringen, immer und immer wieder für den Anschluß zu wirken. Niemand kann uns hindern, den Anschluß zu erarbeiten und zu vollziehen in allem, was das Wesen eines Staates ausmacht: In Politik und Wirtschaft, in Kultur, Wissenschaft und Recht, überall also, wo nicht unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen.

Wir wissen, was wir tun und was der Sinn unsers heutigen Besuchs bei Euren Festen ist, wenn wir Euch die Grüße aus dem alten Deutschen Reiches südöstlicher Grenzmark bringen. Wir wollen uns immer

fürter und fester vereinigen,

wir wollen innerlich das Anschlußverbot zunichte machen, bis selbst die einschläfernden unserer Gegner des Anschlusses einsehen, daß hier ein innerer Zwang walte, der nicht ausgerottet werden kann, der unaufhaltbar zur Erfüllung strebt.

Wir wissen ganz genau, daß ein wahres Recht, das Recht eines Volkes auf freie Selbstbestimmung seines Schicksals dauernd nicht bergewalligt werden kann. Der Zusammenbruch des alten Habsburgerstaates mit seinen sich befreienden Nationen zeigt, daß nationale Selbstbestimmung durch Gewalt nicht aufzuhalten ist. — Das selbe Recht der Selbstbestimmung wie alle freien Nationen, fordern auch wir. Die Anerkennung dieses Rechtes ist die Befreiung eines dem deutschen Volke angetanen Unrechtes, ist damit also die Grundlage einer wirklichen Befriedung Europas, — ist mit der dauernden Friede.

Deshalb kämpfen wir zusammen um Demokratie und Recht, um Friede und Gerechtigkeit. Es lebe unser Ziel: Die eine, einzige, freie deutsche Republik!

Der Empfang in Magdeburg.

Mancher brave Bürger, wird am Dienstag morgen gegen 10 Uhr erlaubt gewesen sein über eine Wälderwanderung, die sich durch alle rechtswidrig zum Breiten Weg oder zur Otto-von-Guerike-Straße laufenden Straßen bewegte. Ziel: Hauptbahnhof. Um 11 Uhr war der Weg vom Bahnhofplatz Kölner Straße über Kölner, Otto-von-Guerike-, Münzstraße bis zum Alten Markt schon eingetaumelt von einer dicht gedrängt wartenden Menschenmenge. Auf dem Alten Markt stand schon vor 11 Uhr eine dichte Menschenmauer. Warum das alles? Die Oesterreicher, die Mitglieder des Schutzbundes, die fünfhundert Mann stark auf dem Hamburger Reichsbannertag vertreten waren, stauten den Magdeburgern auf der Rückreise nach Wien einen Besuch ab. Keine Zeitung hatte darüber berichtet außer der „Volksstimme“ und doch waren am Wertagsvormittag tausend und aber tausend Menschen auf den Beinen, um die deutschen Brüder von jenseits der Grenze zu begrüßen.

Pünktlich zur angegebenen Zeit, um 11.16 Uhr, traf der Sonderzug — alles österreichische Wagen — auf dem Hauptbahnhof ein. Das Reichsbanner hatte auf dem Vorplatz des Bahnhofs Aufstellung genommen und freien Platz für die Oesterreicher gelassen, die von einem Teile der Reichsbannertagler begrüßt auf dem Platz sich zum Abmarsch nach dem Alten Markt, auf dem die Quartiere verteilt wurden, formierten. Der Ortsgruppenleiter von Magdeburg, Sekretär Lange, begrüßte kurz die österreichischen Kameraden und dann ging's mit Ringendem Spiel an dem geschmückten Ganse der „Volksstimme“ vorbei nach dem Alten Markt. Das Rathaus hatte Flaggenstange angelegt. Auf der einen Seite die weißrote österreichische, auf der anderen die schwarzrotgoldene Reichsflagge und in der Mitte die Stadtflaggen. Ein überwältigender Eindruck bot sich dem Zuschauer vom Balkon des

Matthäus aus Bar. Der den letzten Sonntag vorbereiteten Stahlhelmtag am Sonntag den 18. Januar mit seinen paar Deutschen auf dem Domplatz gesehen hat und ihn beglückt mit dieser schnell improvisierten Kundgebung am Freitag vormittag auf dem Alten Markt, der mußte begreifen, daß eine in die Zukunft weisende Volksbewegung wie das Reichsbanner trotz wirtschaftlicher Not immer gewaltigere Anhängerzahlen gewinnt, während die nach Vergangenen ruhende Organisation der Reaktion zum Wiberstand verurteilt ist.

Nicht gedrängt standen die Menschen auf dem Marktplatz und nur ganz langsam konnten sich die Straßenbahnen eine schmale Fahrtrinne schaffen. Das alte Kaiser-Otto-Denkmal ragte daraus hervor wie ein Leuchtturm aus der Meeresslut.

Die Musikkapelle der Oesterreicher spielte auf dem Platz einen stottern Marsch und dann begrüßte im Namen des Magdeburger Magistrats der Magistratsrat Böhm die fremden Gäste. Für die Oesterreicher sprach der Bürgermeister Pichler von Wiener-Neustadt. Dann wurde noch ein Lied gespielt und nachher die Quartiere verteilt. Alles ging flott und reibungslos vorstatten.

Wie groß das Interesse an dem Besuch der Oesterreicher ist, kann man am besten daraus erkennen, daß von Burg über hundert Nachfahrer gekommen waren, um bei dem Empfang dabei zu sein. Und ganze Kolonnen von Reichsbannerkameraden waren mit der Bahn von Schönebeck und andern Orten herbeigeleitet. Viele Frauen brachten ganze Körbe voller Blumen, um sie den Gästen zu schenken.

Die großdeutsche Frage — durch das Reichsbanner aufgerollt — erregt immer breitere Volksmassen und in absehbarer Zeit muß Wirklichkeit werden, was ein ganzes Volk wünscht und will: Der Zusammenschluß von Deutschland und Oesterreich zu einem geeinigten Staatsgebilde. Das lehrt die begeisterte Begrüßung auch hier in Magdeburg. —

Willkommen!

Nachdem auf dem Bahnhofsvorplatz in der Köhler Straße die Formationen des österreichischen republikanischen Schutzbundes und des Magdeburger Reichsbanners Aufstellung genommen hatten, begrüßte Kamerad Lange, der Führer der Magdeburger, die Gäste mit folgenden Worten:

Kameraden! Unsere alte Stadt Magdeburg ist wieder, wie vor einem Jahre, Zeuge der großen Verbrüderung der deutschen Stämme. Die Bande der Freundschaft und Kameradschaft, die im vergangenen Jahre in Magdeburg zuerst geschlossen wurden, sollen erneuert werden. Magdeburg ruft den österreichischen Kameraden in diesem Sinne sein herzlichstes Willkommen zu. Magdeburg, die graue Stadt der Arbeit, äußerlich reizlos und kühl, wird ihren Gästen in den Wohnungen der Republikaner eine heimliche Stätte bereiten, so daß die österreichischen Gäste das große Gefühl der brüderlichen Verbundenheit aus dem Geiste der Bewältigung heraus verspüren werden.

Der große Gedanke der Zusammengehörigkeit aller Deutschen in einem Lande hat bisher nicht vermocht, die Grenzspähle zwischen den deutschen Bundesstaaten und zwischen den beiden Ländern Oesterreich und Deutschland zu beseitigen. In unserm Herzen aber lebt die Hoffnung, daß die Grenzspähle berührt doch verschwinden werden, und unser Wille ist gerichtet auf dieses Ziel. Mit ganzer Kraft werden der österreichische republikanische Schutzbund und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dem hehren Ziele eines Großdeutschlands und der Völkerverbrüderung nachstreben. In diesem Sinne ist uns der Besuch der österreichischen Kameraden in unserer Stadt ein Symbol, aus diesem Geiste heraus begrüßen wir sie mit einem herzlichsten „Frei Heil!“

Dann riefen die Magdeburger in den Frei-Heil-Gruß mit ein. Dann begann der Abmarsch zum Alten Markt durch die jubelnden Reihen der hartenden Bevölkerung. —

Auf dem Alten Markt.

Von Rathaus wehten die Fahnen der deutschen und der österreichischen Republik und der Stadt Magdeburg. Auf den Fahnen und den Bürgerfesten zusammengeballte Massen von Menschen. Als von der Ringstraße her das Spiel der Reichsbannerleute zu hören war, kamen von allen Seiten Menschen zu, der Marktplatz wurde überfüllt und nur mit der größten Mühe gelang es, Raum zu schaffen für den Zug der Magdeburger Arbeiter und für die österreichischen Kameraden. Aber die Aufstellung wurde in größter Ordnung und gewohnter Sicherheit durchgeführt. Ein reizvolles Bild gestaltete sich in der Sonne, zu Füßen der alten Häuser des Marktes.

Die Musiker Oesterreichs grüßten mit einem stottern Marsch. Die Oesterreicher ließen Musik und Lieder zu musizieren. In Hamburg und in Berlin hat sich die Kapelle, die mit nach Deutschland gekommen war, viel Freunde erworben. Es war daher ein guter Gedanke, die Oesterreicher zu bitten, den Magdeburger auch einige schöne Weisen vorzuspielen.

Nach dem ersten Ringenden Gruß durch die Oesterreicher, betrat Magistrat Böhm die Rednerbühne und richtete im Namen des Magistrats herzliche Worte der Begrüßung an die Gäste aus Oesterreich. Er wies darauf hin, daß gerade in Magdeburg, der Geburtsstätte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Kampfbund eine große Förderung erfahren habe. Vor einem Jahr, als in Magdeburg der erste Bundeskongress des Reichsbanners gehalten wurde, hat man Elemente der Freundschaft, Kameradschaft verknüpft. Diese symbolische Handlung soll uns auch eine Mahnung sein, den Schranken der Verengung der deutschen Volksgenossen in der österreichischen und deutschen Republik, in einer großen deutschen Republik zu suchen. In diesem Sinne wollen wir mit allen Kräften wirken. Das sei der Gruß der Magdeburger Bevölkerung an die österreichischen Brüder. Unser Ziel ist das geeinte deutsche Vaterland, die großdeutsche Republik.

Der Kamerad Pichler dankte für seine österreichischen Kameraden. Seit dem Beginn der Oesterreicher in Magdeburg vor einem Jahre haben sich in der Welt Dinge ereignet, die uns Oesterreicher zeigen, daß wir ohne unsere Brüder im Reich kein Verstand predigen können. Wir haben nicht nur die Befreiung in der Politik, auch das Band von Reich zu Reich, von Herz zu Herz ist gelöst werden. Wir haben uns mit der großen deutschen Republik verbunden. In der Verfassung der österreichischen Republik vom 12. November 1918 heißt es: Oesterreich, die demokratische Republik, ist ein Bestandteil des deutschen Reiches. Auf die Dauer lassen sich mit keinem

die Emanzipationsbestrebungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht unterdrücken. Darum haben wir die feste Zuversicht, daß der Tag der Vereinigung kommt. Wir sind die ständige Grenzschutz des deutschen Volkes und grüßen unsere Volksgenossen mit herzlichem: Freundschaft!

Die Musiker spielten Walzer. Als Wiener wußten sie das schon, das war für sie eine selbstverständliche Pflicht.

Franz Lange gab dann einige Anweisungen für den Nachmittags. Ein Schlußmarsch wurde gespielt. Die Oesterreicher zogen in die Quartiere, die Magdeburger Reichsbannerleitungen wurden aufgelöst, die Feier war zu Ende. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 28. Februar 1926.

Flugblattverbreitung.

Am Sonntag sollen die ersten Flugblätter zum Volksbegehren verbreitet werden. Zu dieser sehr wichtigen Arbeit werden viel Arbeitskräfte gebraucht. Deswegen ist es Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, sich zu der Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Flugblätter findet am Freitag abend in folgenden Lokalen statt:

- Bezirk Westerküsten bei Hoffmeier.
- Bezirk Salzte bei Fuhrmann.
- Bezirk Fernersleben bei Stiller.
- Bezirk Sudan bei Bräutigam.
- Bezirk Sandorf am Mittwoch im „Reinstädter Hof“.
- Bezirk Sandenburg bei Fahrentampff.
- Bezirk Süd bei Genthke.
- Bezirk Nord bei Holz.
- Bezirk Wilhelmstadt bei Schulze, Friesenstraße.
- Bezirk Friedrichsbad-Berber im „Schwarzen Adler“.
- Bezirk Dessauer Straße bei Grajemann.
- Bezirk Cracau bei Seifert.
- Bezirk Rathenow bei Kunze.
- Bezirk Reform bei Paul Schreiber.
- Bezirk Alte Reichstadt bei Winter.
- Bezirk Neue Reichstadt im „Wintergarten“.

Die Oblente der Bezirke müssen unbedingt zur Stelle sein. Unsere Mitglieder fordern wir auf, sich in der kommenden Zeit den Oblenten zur Bewältigung der Arbeit zur Verfügung zu stellen. —

Arbeiten der Stadtväter.

Die nächste Stadtväter-Sitzung wird sich u. a. auch mit der weiteren Neuverfestigung des Breiten Weges zu beschäftigen haben. Der erste Teil der Neuverfestigung des Breiten Weges ist programmäßig erledigt worden. Die Stadt beabsichtigt nunmehr, nachdem die Straßenverhältnisse und der bauliche Zustand der Gleiszone sich im übrigen Teile weiterhin wesentlich verschlechtert haben, in Verbindung mit der Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in diesem Jahre die Strecke von der Stein- bis zur Blumenhainstraße vollständig zu erneuern. Die übrige Strecke von der Blumenhainstraße bis zum Hagenhainplatz soll noch zurückgestellt werden, weil zurzeit noch nicht zu übersehen ist, inwieweit bauliche Veränderungen an dem Platz zur übersichtlicheren und gefahrloseren Führung des Straßenbahn- und Fuhrwerksverkehrs notwendig sind. Für diesen Fall muß sich die Stadt die Möglichkeit der Verziehung der Gleisbahn, die jetzt mit der Straßenbahn auf dieser Reststrecke nicht übereinstimmt, offen halten.

Was die finanzielle Seite des Vorhabens angeht, so schlägt der von der Tiefbauverwaltung angefertigte Kostenschlag mit einem Gesamtbetrag von 682 000 Mark ab. Nach dem im Jahre 1925 getroffenen Abkommen übernimmt die Magdeburger Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft wiederum 80 Prozent der auf die Gleiszone entfallenden Kosten mit einem Beitrag von 165 000 Mark, die in dem Gesamtbetrag enthalten sind. Von der Stadt würden demnach 517 000 Mark aufzubringen sein. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich 3½ bis 4 Monate in Anspruch nehmen.

Seit Jahren ist das Wohlfahrtsamt mit Hilfe der Fürsorgestelle für Lungenkranke bemüht, die Tuberkulose zu bekämpfen und den Kranken die bestmögliche Hilfe zu leisten zu lassen. Das Wohlfahrtsamt war stets bereit, die Anträge des Wohlfahrtsamts auf Ueberweisung von Wohnungen an Lungenkranke zu berücksichtigen. Bei den wenigen zur Verfügung stehenden freien Wohnungen konnte nur in ganz geringem Umfang Anträge auf Ueberweisung von Wohnungen an Lungenkranke stattgegeben werden. Für Lungenkranke müssen ansehnliche besonders günstig gelegene Wohnungen zur Verfügung gestellt werden, damit eine Ueberweisung der kranken Familienangehörigen von den gefundenen wenigstens bei Nacht erfolgen kann.

Im Rahmen des vorgesehenen Bauprogramms ist es nicht möglich, in großem Umfang Wohnungen ausschließlich für Lungenkranke zu bauen. Besondere Siedlungen für Lungenkranke haben sich auch nach den Erfahrungen in andern Orten nicht bewährt. Die besten Erfolge erzielt man, wenn man in Neubauten Wohnungen in bezug auf Lage usw. so einbaut, daß sie sich für Lungenkranke ganz besonders eignen. Die in Frage kommenden Familien sind meistens aber nicht in der Lage, die hohen Mieten zu tragen und es müßten deshalb jährlich etwa 300 Mark Mietbeihilfen gewährt werden. Würde die Stadt also 30 000 Mark Wohnungsmietbeihilfen jährlich zur Verfügung stellen, könnten 100 Wohnungen mehr gebaut werden. Der Magistrat hat deshalb für das Geschäftsjahr 1926 in dem Haushaltsplan des Wohlfahrtsamts einen Betrag von 30 000 Mark mehr vorgesehen, der ausschließlich für Mietbeihilfen zugunsten Lungenkranke verwendet werden soll.

Die Ueberweisung in diese Wohnungen würde nach wie vor durch das Wohlfahrtsamt erfolgen, jedoch nach Vorschlägen der Fürsorge- und Fürsorgestelle für Lungenkranke und nachdem seitens des Wohlfahrtsamts die wirtschaftliche Hilfsbedürftigkeit festgestellt und die Mietbeihilfe zugesichert ist. Die Stadtväter werden sich am Donnerstag mit dieser Absicht des Magistrats zu beschäftigen haben und sollen den geforderten Betrag bewilligen.

Nachdem das bisherige Baugebiet der Siedlungsgenossenschaft Südost (jetzt Siedlungsverband Neue Heimat G. m. b. H.) an der Arnolds-Bühlstraße ziemlich erschöpft war, erwarb diese an der Weidener Straße ein Grundstück von etwa 6 Hektar Größe für die weitere Ausdehnung ihres Siedlungsgebietes. Für dieses Erweiterungsgebiet mit nächster Umgebung hat der Magistrat jetzt einen Bebauungsplan der Stadtväterversammlung vorgelegt.

Das Gelände wird von drei Verkehrsstraßen begrenzt liegen. Von diesen sind die Weidener Straße und Köhlerstraße bereits vorhanden. Eine dritte Straße von größerer Verkehrsbedeutung ist geplant, um nach dem neuen Westerküsten-Friedhof, dessen Zugänglichkeit außerordentlich beschränkt ist, eine bessere Zugangsmöglichkeit zu schaffen und die vorhandenen Geländestücke auf eine größere Entfernung zu verteilen. Diese geplante Hauptverkehrsstraße wird in schwarzer Farbe in die verlängerte Weidener Straße eingeleitet. Demnach die

nach zu schaffende Ueberführung der Weidener Straße und verbindet sich dann organisch mit der Schönebecker Straße (Weidener Straße).

Die Weidener Straße dient lediglich als Sammelstraße für das anschließende Baugebiet. Die Köhlerstraße wird nur einseitig bebaut werden. Der Schnittpunkt dieser beiden Straßen ist der Vorplatz des Bahnhofs Südost. Durch den Bebauungsplan soll die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes endgültig geregelt werden. Die Stadtväter sollen am Donnerstag dem Bebauungsplan ihre Zustimmung geben. —

Der Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt ist an den Magistrat wegen Ueberlassung des Zwischenwerks 6a an Milchweg herangetreten. Der Ortsausschuß beabsichtigt, auf dem Gelände dieses Zwischenwerks schwächliche und unterernährte Kinder sowie erholungsbedürftige Mütter unterzubringen. Die Kosten, die dem Ortsausschuß namentlich durch Verpflegung der Hilfsbedürftigen entstehen, werden besonders aus freiwilligen Beiträgen der Arbeiterchaft sowie durch das städtische Wohlfahrtsamt aufgebracht. Das Zwischenwerk 6a ist durch seine freie Lage und seinen guten Baumbestand für diese Zwecke besonders geeignet.

Der Magistrat hat sich mit der Verpachtung dieses Zwischenwerks an den Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt einverstanden erklärt und ersucht die Stadtväterversammlung, sich gleichfalls mit der pachtweisen Ueberlassung des Zwischenwerks 6a an den Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt einverstanden zu erklären. Die Stadtväter sollen sich am Donnerstag mit der Sache. —

Künftige Ausbildung der Volksschullehrer.

Vom Presseauschuß des Magdeburger Lehrervereins wird uns geschrieben:

Wie bereits bekanntgemacht wurde, werden Anfang Mai d. J. drei staatliche pädagogische Akademien eröffnet. Aufnahmeprüfungen sind direkt an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu richten. Beizufügen sind ein Lebenslauf, eine beglaubigte Abschrift des Reifezeugnisses einer neunklassigen höheren Lehranstalt oder eine Bescheinigung des Amtleiters über die bestandene Prüfung und ein Gesundheitszeugnis eines zur Führung eines Dienstfaches berechtigten Arztes. Im Laufe des April werden die Bewerber zu einer Prüfung ihrer musikalischen Kenntnisse und Fertigkeiten einberufen.

Im folgenden sollen einige Umstände in Fragen der Dauer und Kosten der künftigen Ausbildung der Lehrer geklärt werden. Früher dauerte die Ausbildung 8 Jahre (Volksschule plus 6 Jahre Präparande und Seminar). Künftig dauert sie auch nur 14 bis 15 Jahre, je nachdem der Studierende die drei- oder vierjährige Grundschule durchlaufen hat. Wenn man bedenkt, daß das Militärfahrzeug meist, so ist die Ausbildung nicht länger als früher. Zieht man das Militärfahrzeug mit ein, so kommt heute der junge Lehrer fast in demselben Lebensalter in das Amt wie früher.

Für die Höhe der Ausbildungskosten entscheidet in unserm Falle die Dauer der Entfernung vom Elternhaus. Künftig können weit mehr junge Leute als bisher die längste Zeit ihres für den Lehrerberuf erforderlichen Bildungsganges am elterlichen Wohnort verbleiben. Die Mehrzahl der Bewerber mußte früher 6 Jahre fern vom Elternhaus in Ausbildung bleiben. Für viele wird heute die Ausbildung billiger, da nur zwei Jahre für den Besuch der pädagogischen Akademie in Frage kommen. Vielfach besteht aber die Meinung, daß der Nachwuchs für den Lehrerberuf sich hauptsächlich aus den Orten rekrutieren werde, in denen höhere Schulen vorhanden sind, daß also das platte Land so ziemlich ausgeschlossen werde. Das wäre tief bedauerlich. Die ländlichen Bezirke können und sollen aber nach wie vor Lehrernachwuchs stellen, da auch in diesen Bezirken Mittelschulen und vor allem Aufbauschulen vorhanden sind. Im ganzen sind 180 Aufbauschulen vorgesehen, die für ländliche Bezirke in Frage kommen. Ist am Wohnort oder in dessen Nähe eine Mittelschule, so kann diese durchlaufen werden, und es kommen außerhalb des Elternhauses nur drei Jahre für die höhere Schule und zwei Jahre pädagogische Akademie, gleich fünf Jahre (früher 6 Jahre), in Betracht.

Ist nun keine höhere Schule, auch nicht in Form der Aufbauschule am Wohnort oder in dessen Nähe, so kann das Kind sieben Jahre die heimatische Volksschule besuchen, durchläuft dann in sechs Jahren bis zum Matur die Aufbauschule und besucht zwei Jahre die pädagogische Akademie. Das sind zusammen allerdings acht Jahre, die der Bewerber vom Elternhaus entfernt ist, aber dieser Fall gehört zu den Seltenheiten. Wir müssen auch immer wieder betonen, daß das Militärfahrzeug wegfällt, das häufig die Kosten von einigen Ausbildungsjahren verschlang. Die Ausbildung verkürzt sich also für wenige nur in geringem Maße, für viele wird sie billiger. Abgesehen von den ideellen Werten, die der Lehrerberuf geeigneten Menschen bietet, ist es in der heutigen Zeit der allgemeinen Berufslüberfüllung wesentlich, daß die Studenten der pädagogischen Akademie vorwiegend sofort nach Abschluß ihrer Ausbildung im Schuldienste Beschäftigung finden werden. —

Gymnastik-Vorführungen während der 1. Magdeburger Frauenwoche. Gelegentlich der in der Zeit vom 28. Februar bis 7. März von der Magdeburger Volkshochschule und der Ortsgruppe Magdeburg des Verbandes für deutsche Frauenbildung und Frauencultur veranstalteten Frauenwoche, die sich mit Fragen der Erziehung, Körperkultur und Frauenbewegung beschäftigt wird, werden auch die führenden Gymnastiksysteme durch Vorträge und Vorführungen in die Erscheinung treten. Montag den 1. März, nachmittags 5½ Uhr, in der Aula der Augustaschule Vortrag über das Mendelssohn-System von Frau Adele Fleischer. Dienstag den 2. März, nachmittags 4½ Uhr, in der Aula der Viktoriastraße: Vorführung des Gymnastiksystems Bohland von Frau Knoche-Rudolph. Mittwoch den 3. März, nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Viktoria-Bezirks: Vorführung des Gymnastiksystems Bohland von Frau Gertrud Seeliger (Berlin). Donnerstag den 4. März, nachmittags 4½ Uhr, in der Aula des Viktoria-Bezirks: Gymnastische Vorführungen, System Dara Kengler von Frau Babette Löwenthal. Freitag den 5. März, nachmittags 4½ Uhr, in der Aula des Viktoria-Bezirks: Tanzvorführungen nach Laban von Frau Käthe Richter. —

In Eise des Nordens hat der bekannte Forscher Knud Rasmussen 2 Jahre im Schilten zugebracht. Im Lande der Eskimos aufgewachsen, kennt er alle Freuden und Leiden der nördlichen Eiswüsten. Sein neuestes Werk „Eisfahrt“, zwei Jahre im Schilten durch unerforschte Eskimoland, führt uns in packenden Schilderungen mitten in die ungeheuren Eisräume. Alles Abenteuerliche der Fahrt und die Eigenheiten von Land und Leuten ersehen mit plastischer Deutlichkeit vor unsern Augen. Der heutigen Stadtauslage liegt ein Prospekt über dieses vorzügliche Werk bei. Beachten Sie vor allem das günstige Vorzugsangebot. In etwa zehn Lieferungen kann Rasmussens „Eisfahrt“ bezogen werden. Jeden Monat erscheint eine Lieferung zum Preise von 2,80 Mark. Das Buch umfaßt etwa 700 Seiten und ist mit vielen Illustrationen versehen. Die Bestellkarte ist abzugeben bei der Zeitungslagerung oder einzufenden an die Buchhandlung Volkstimme. —

Sängerchor. Eine Sonntags-Freierunde tiefmühsamer Art bereite die Magdeburger Sängervereinigung unter Leitung seines Dirigenten H. Keuling den Gemeindegliedern und Kranke der Weidener Stiftung in Cracau. Die gesungenen Chöre, Quartette und Soli wurden von der freudig gebenden, aussergewöhnlichen Sängervereinigung zu Gehör gebracht und lösten bei den anwesenden Zuhörern das höchste Lob aus. —

Auswirkungen einer Submissionsabgabe.

gewerkschaft Magdeburg wird uns geschrieben: Eine sonderbare Zumutung stellt eine Magdeburger Bauarbeiter. Die Vergabe der Ausschachtungsarbeiten für den Neubau der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist erfolgt. Was über die Kalkulation der Arbeiten bekannt geworden ist, ließ schon die Vermutung aufkommen, daß die Rechnung nur auf Kosten der Arbeiter aufgemacht worden ist. Das billigste Angebot war für den Kubikmeter 2,25 Mark, und das teuerste 7,50 Mark. Die Ausführung des Erdbodens stellt sich für die billigsten Angebote auf mindestens 2 Mark, da kann für den Ausschachter nicht mehr viel übrig bleiben. Das Vorgesetzte Paul Gorgas hat für das billigste Angebot zum Preise von 2,25 Mark die Arbeiten zur Ausführung übertragen erhalten. Nun stellt die Firma an die Bauarbeiter das Ansuchen, die Arbeiten für Tiefbauarbeiterlohn auszuführen. Der Tiefbauarbeiterlohn beträgt nach einem Diktat der Unternehmer 0,78 Mark die Stunde. Für Ausschachtungsarbeiten von Hochbauten kommt der Tiefbauarbeiterlohn aber überhaupt nicht in Frage. Nach der tariflichen Regelung beträgt für solche Arbeiten der Lohn 90 Pf. für Hilfsarbeiter. Wir nehmen an, daß die Unternehmer bei ihren Angeboten auf die Tariflöhne aufmerksam gemacht sind. Für Tiefbauarbeiterlohn darf sich kein Bauarbeiter bereiterklären, die Arbeit auszuführen. Der alte tarifliche Grundlohn darf auch in dieser schweren Zeit der Erwerbslosigkeit von Unternehmern mit Scharfmacherallüren nicht über den Haufen geworfen werden.

Konflikt im Buchdruckgewerbe. Die im Deutschen Buchdruckerverein zusammengeschlossenen Buch- und Zeitungsdrukker hatten den Reichstarif für die Hilfsarbeiter gekündigt, mit der Absicht, ihn zu befeitigen, da er angeblich ganz ungesunde Verhältnisse geschaffen haben soll. Nach längeren Verhandlungen vor dem Zentralarbitrageamt am 18. Februar gaben die Vertreter der Unternehmer ihre Absicht auf, den Reichstarif ganz zu befeitigen. Sie stellten aber Anträge, die im wesentlichen dahin gingen, den Tariflohn um mehr als 20 Prozent abzubauen und bei den Ferien bedeutende Abstriche zu machen. Die Arbeitervertreter dagegen verlangten eine mäßige Erhöhung der Tariflöhne und Gleichstellung der Ferien mit den Gehältern. Das Zentralarbitrageamt fällt folgenden Schiedspruch: Der bestehende Reichstarifvertrag wird bis zum 31. Mai 1928 verlängert. Erklärungsfrist bis 18. Februar 1928, abends 6 Uhr. Die Verhandlungskommission der Arbeiter nahm nach längerer Beratung den Schiedspruch an. Da ihn die Unternehmer jedoch abgelehnt haben, ist die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt worden. Die Verbindlichkeitsverhandlungen finden am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium statt.

Der Reichsmanteltarif für Gemeinbetriebe verlängert. Bei den Verhandlungen am 18. und 19. Februar in Goslar kam es zu einer Verständigung. Der Reichsmanteltarifvertrag vom Jahre 1925 wird bis zum 31. März 1927 verlängert. Die geltenden Arbeitszeitbestimmungen können vor diesem Zeitpunkt nicht gekündigt werden. Der Krankenlohn wird von 80 auf 90 Prozent erhöht. Ueber die noch strittigen Punkte, die die Zuschläge zur Sonntagsarbeit treffen, die Urlaubsbedingungen und die Bezahlung der Wochenfeiertage wird noch verhandelt werden. Bis zum 27. Februar müssen die Verhandlungspartner sich entschieden haben, ob sie diesen Vereinbarungen zustimmen, was höchstwahrscheinlich geschehen wird.

Gasvergiftung. Die Ehefrau Margarete Kunsler, Wöhrstraße 8 wohnhaft, wurde am Montag nachmittag von der Tochter, welche zu Tisch kam, brennungslos aufgefunden. Vermutlich hat die Ehefrau, welche oft an Schwindelanfällen litt, bei einem Anfall am Vormittag den Gashahn vom Herd gerissen, beim dieser lag an der Erde und der Schlauch war durchgerissen, so daß das Gas ungehindert ausströmen konnte. Die von den Sanitätern der Feuerwehr angefertigten Wiederbelebungsbemühungen mußten nach einflüchtiger Tätigkeit aufgegeben werden, da von einem Arzt der Tod festgestellt wurde.

Verhaftung. Am 5. Februar d. J. der Arbeiter Walter Leichmann, 29 Jahre alt, Kleine Storchstraße 1 wohnhaft, mittelgroß, dunkelblond, bartlos, blasser, mit braunem Haar, schlank, grauer Schirmmütze, braunen Halbschuhen; seit 15. Februar der Straßenbahnangestellte Walter Harbott, Margaretenstraße 9 wohnhaft gewesen, 26 Jahre alt, klein, dunkelblond, blaß, blasser, mit grauem Haar, schwarzer Hose, schwarzem Lederhosen. Angaben, die zur Feststellung des Verbleibes der Vermissten führen können, erbittet der Polizeipräsident.

Sicherheitsmittel. Ein Herrenfahrrad ohne Nummer, mit elektrischer Beleuchtung und Fußpumpe; ferner ein Herrenfahrrad, Marke „Albert Brenneke“, Magdeburg-Subenburg. Etwa Bestohlene wollen sich melden im Polizeipräsidium — Kriminaldirektion — Zimmer 260. Ferner ein Damenfahrrad ohne Marke und Nummer, wahrscheinlich umgebautes Herrenrad, mit nach oben gebogener Lenkstange, schwarzen Griffen und lilagrauem Ledernetz und Blende mit Namen „Reinhold“. Etwa Bestohlene wollen sich im Polizeipräsidium — Kriminaldirektion — Zimmer 260, melden.

Festgenommen. wurde der wohnungslose Kaufmann Alfred Eichholz wegen Verdachts des Diebstahls- und Hypothekenschwindels. Er hat anscheinend noch mehr Personen geschädigt. Etwaige Geschädigte wollen sich im Polizeipräsidium — Kriminaldirektion — Zimmer 268 oder 263 (Dauerdienst) melden.

Wandbrand. Auf dem Grundstück Rötgerstr. 5a entstand am Dienstag vormittag in einer Wohnkammer des Erdgeschosses durch die entzündende Hitze eines eisernen Ofendehrs ein Wandbrand. Der um 11.32 Uhr alarmierte Löscharbeiter der Hauptfeuerwache beseitigte die Gefahr mit kleinem Löschgerät.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Abstellung Alte Neustadt. Zur Beerdigung des Kameraden Reisinger treffen sich alle Kameraden am 24. Februar, nachmittags 2 Uhr, vor dem Hauptbahnhof des Westfriedhofs. Zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände Magdeburgs. Freizeitsport Jugendbau. Am Mittwoch den 21. Februar, abends 8 Uhr, Marktstr. 1. Vortrag: 1. Warum über Selbsttätige Organisationen und Freizeitsport. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Musikgesellschaft. Donnerstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, Aula Luisenpark, Vortrag des Herrn Albert Müller (Detmold): „Musiklauf und Musikanten“. Mitglieder frei, Gäste 30 Pf. 78

Aus der Jugendbewegung. Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. An alle. Am Sonnabend Baden von 1/8 bis 1/9 Uhr. Sprechchorprobe. Freitag 1/8 Uhr noch einmal große Probe. Erscheint zahlreich. Alle andern Gruppenveranstaltungen fallen aus.

Rebelleier. Sorgt am Sonntag für einen zahlreichen Besuch. Karten bei den Gruppenleitern erhältlich. Konfirmanten freien Eintritt.

Gruppenleiter. Sofort die Karten für die Bebelfeier in der „Diene“ abholen.

Gruppenleiter. Monatsprogramm für das „Jugend Echo“ einreichen.

Alstadt. Am Donnerstag kommt G. Kern. Alles muß pünktlich erscheinen.

Alte Neustadt. Heute (Dienstag) 8 Uhr ältere Gruppe in der Schule Dunter Abend. Donnerstag 8 Uhr jüngere Gruppe in der Schule Wiederabend. Sieberbücher mitbringen.

Neue Neustadt. Donnerstag 8 Uhr Zeitungabend in der Schule Umfassungstraße 76a. Schreibt alle etwas.

Subenburg. Heute (Dienstag) 8 Uhr in der Schule Vortrag über „Du und die Welt“ von Karl Voigt. Kommt zahlreich und pünktlich. Am Donnerstag 8 Uhr auf dem Jungborn Proben zur Osterfeier. Am Freitag fällt die jüngere Arbeitsgemeinschaft wegen der Sprechchorprobe ab. Zur Sprechchorprobe am Freitag treffen wir uns um 1/2 7 Uhr am Gistellerplatz.

Jungsozialisten. Die Veranstaltung am Freitag fällt wegen der Probe der Arbeiterjugend ab. Am Freitag 8 Uhr bei Otto Richardt, Außenstraße 1b, wichtige Besprechung zur Osterarbeit. Donnerstag 8 Uhr Schule Umfassungstraße 76 Zeitungabend. Wer keine schriftliche Arbeit dazu mitbringt, kann sofort wieder nach Hause gehen.

Achtung! Die neuen Jugendliederbücher sind eingetroffen. Preis kart. 50 Pf. „Die Diene“, Matswegplatz 3/4, I, Eingang Scharnstraße.

Fernersleben. Am Mittwoch abend 7 Uhr Spielgemeinschaft Theaterprobe und Wieder. Am Donnerstag Vortrag des Genossen Crummenet über „Utopischer Sozialismus“. Zu diesem Vortrag sind auch die Parteimitglieder eingeladen. Sonntag fährt nach dem Westertich. Treffpunkt 7 1/2 Uhr an der internationalen Ecke. Abends 6 1/2 Uhr Treffen am Gemeindepark zur Bebelfeier im Frankeheim. Besucht die Veranstaltungen zahlreich und pünktlich.

Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag abend 8 Uhr Frauenversammlung im „Wintergarten“. Referentin: Genossin Arning.

Aus den Gerichtssälen.

Brandstiftung — freigesprochen.

In der Nacht vom 3. zum 4. November des vergangenen Jahres bemerzte ein Wiedertäter Polizeibeamter Feuerzeichen in dem Arbeitsschuppen des Tief- und Brunnenbauers Andreas Senft und alarmierte sofort die Feuerwehr. Trotz des Eingreifens der Feuerwehr war es nicht möglich, den Brand aufzuhalten, da der Schuppen aus Holz bestand und dem Feuer stets wieder neue Nahrung gab. Der Besitzer des Schuppens wollte zur Zeit des Brandes in Langermünde. Für die Polizei gab es keinen Zweifel, daß der Schuppen vorzüglich in Brand gesteckt war. Wer war der Täter? Die polizeilichen Ermittlungen führten schließlich am 10. November zur Verhaftung des Senft, da er durch eigene Redereien der Brandstiftung dringend verdächtig erschien. Am Montag hatte sich der Bauunternehmer Senft aus Magdeburg vor dem ermittelten Schöffengericht zu verantworten. Wie in der Voruntersuchung, so streitet auch in der Hauptverhandlung der Beschuldigte die ihm zur Last gelegte Brandstiftung energisch ab. Er betont, daß er nicht das geringste Interesse hätte haben können, seine einzige Verdienstmöglichkeit so ohne weiteres in die Luft zu jagen. Wesentlich anderer Meinung war aber die Staatsanwaltschaft. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte die Absicht gehabt hätte, durch Erlangung einer hohen Versicherungssumme sich wieder in den Besitz der fehlenden Geldmengen zu setzen.

Die Vorgeschichte zu dieser angeblichen Brandstiftung ist folgende: Der Angeklagte hatte den Arbeitsschuppen mit Maschinen und sonstigen Einrichtungen auf den Namen seiner Ehefrau in Höhe von 40 600 Mark versichert. Das Geschäft selbst ging nicht besonders, so daß auch der anfangs hinzugezogene Teilhaber rechtzeitig seine Verbindung mit dem Angeklagten abbrach. Senft war deshalb seit einiger Zeit vor dem Brande bemüht, sein Geschäft in eine Kommandit-Gesellschaft umzuwandeln. Durch Zufall kam er mit einem Langermünder Kaufmann in Verbindung, der auch bereit war, als Sozius dem Unternehmen beizutreten. Die Verhandlungen führten aber wegen der Wohnungsverträge zu keinem Erfolge. Die letzten Versuche wollte der Angeklagte in Langermünde unternehmen, und zwar gerade an dem Tage, als der Schuppen abbrannte. Durch Zeugen wird festgestellt, daß der Brandherd in der Mitte des Schuppens gelegen habe und daß er keinesfalls von außen her angestekt sein könnte. Weiter hat sich der Angeklagte dadurch verächtlich gemacht, daß er den Schuppen für 40 600 Mark versicherte, obwohl der Gesamtwert nur etwa 5000 Mark betragen haben soll.

Außerdem soll der Angeklagte Wiedertäter Dorfeinwohnern erzählt haben, daß er das Geschäft habe, als Brenne der Schuppen eines Tages ab. Er zeigte auch einigen Leuten in der Nähe des Schuppens Löcher und sonstige Öffnungen, die sich sehr gut zur Ausführung einer Brandstiftung eigneten. Er selbst gibt zu, daß er am Vormittag des Brandtages noch zweimal in dem Schuppen gewesen sei, um wichtige Papiere daraus zu holen. Erst in den Mittagstunden ist er dann nach Langermünde gefahren, und um Mitternacht brach das Feuer aus. Für den Brand hat der Angeklagte keine Erklärung. Der als Zeuge verwommene Versicherungsgesamt gibt zu, daß er mit der Versicherungssumme in Höhe von 40 600 Mark einverstanden gewesen sei, obwohl er den Schuppen gar nicht besichtigt hatte. Er will sich nur auf die Angaben des Angeklagten verlassen haben.

Der Staatsanwalt betont in seiner Anklage, daß eine Verurteilung des Angeklagten nur auf Grund des geführten Indizienbeweises erfolgen könne. Er glaubt aber, daß der Indizienbeweis lückenlos sei und hält den Angeklagten für den Täter. Die Brandstiftung kann nach Ansicht des Staatsanwalts mittels eines Zeitübers oder eines längeren Nachschichtes erfolgt sein. 1 Jahr Gefängnis erachtet er als genügende Sühne. Rechtsanwältin Girsberg spricht im allgemeinen über den Wert von Indizienbeweisen und hält die Beweise in diesem Falle zu einer Verurteilung für absolut unzureichend. Er ging dann in seiner Verteidigungsrede vor allem auf die Gesetzmäßigkeiten der Versicherung ein und bezeichnet es nicht als korrekt, daß Versicherungen in dieser Höhe abgeschlossen werden, ohne daß überhaupt irgendeine Verifizierung erfolgt. Die Versicherungen streichen wohl regelmäßig die hohen Prämien ein, sind aber dann, wenn sie zahlen sollen, recht vorsichtig und verlangen eine genaue Aufstellung der verbrannten Gegenstände, um ja nicht einen Pfennig mehr bezahlen zu brauchen. Im übrigen verlangt der Verteidiger Freisprechung des Angeklagten, da er die Schuld für nicht nachgewiesen erachte. Das Gericht kommt zu herbeilen Aufassung und spricht den Angeklagten mangels hinreichenden Beweises frei.

Der Prozeß Beate.

Am Freitag abend hatte der Vorsitzende im Beate-Prozeß, Landgerichtsdirektor Dieke, die Beweisverhandlung geschlossen, da nach Ansicht des Gerichts die Anklagepunkte genügend geklärt erschienen. Der Sonnabend wurde völlig sühnensfrei gelassen, da die Verteidiger sich auf ihre Kläbers genügt vorbereiten wollten. Aber das Gericht hatte die Rechnung ohne Verteidigung und Staatsanwalt gemacht. Am Montag hagelte es neue Beweisverhandlungen. Ueber alle möglichen Fragen sollte nach Ansicht der beiden Gegenparteien noch nicht genügend Klarheit herrschen.

Das Gericht beharrte aber auf seinem Standpunkt, lehnte einige Anträge völlig ab und unterstellte einige Anträge der Verteidigung als wahr. Da sich aber das Gericht wegen der verschiedensten Beweisfragen nicht weniger als fünfmal zurückziehen mußte, kam die Beweisverhandlung dann erst um 12 1/2 Uhr zu Ende.

Nach einer Mittagspause ergriff Staatsanwaltschaftsrat Viehle das Wort. Er beantragte gegen Beate eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, 6000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren. Für Meher beantragte er wegen Betrugs 8 Monate Gefängnis und für Buchdruck Freisprechung. Die Verteidiger werden am Dienstag sprechen.

Bereine und Versammlungen.

Versammlung des Ufa-Bundes.

Die dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (Ufa-Bund) angeschlossenen Organisationen, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Wertmeister-Verband, Bund der technischen Angestellten usw., nahmen in einer Versammlung im „Apollo-Saal“ zur Neuregelung der Angestelltenversicherung und zu den Rechten der Angestellten bei Rindigungen Stellung. Ueber die Angestelltenversicherung sprach Geschäftsführer Heilmann. Redner kennzeichnete in großen Zügen die Bedeutung dieser Einrichtung und ging dann auf die vom Ufa-Bund geforderte Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung ein. In ausführlicher Weise behandelte der Referent die vom Reichstag beschlossenen Neuerungen des Gesetzes, die trotz ihrer Mängel doch einige Vorteile für die Angestellten brachte.

Anschließend sprach Gewerkschaftsvertreter Bach über die Rechte der Angestellten bei Rindigungen. Der Vortrag erläuterte die im Betriebsrätegesetz festgelegte Bestimmung, wonach ein Betrieb mit mindestens 20 Angestellten Betriebsräte bzw. Angestelltenräte, und bei mindestens fünf Arbeitnehmern Angestelltenobere zu wählen hat. Die Frist der Einsprüche gegen Rindigungen sind bemessen und müssen von jedem Angestellten beachtet werden. Für die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Rindigungen ist das Arbeitsgericht zuständig. An Hand von Beispielen gab der Redner ein Bild von der Spruchpraxis der Gerichte, die in Deutschland durchaus nicht einheitlich ist. Die Schutzbestimmungen für Angestellte müssen ganz besonders in der Zeit der Not in Anwendung kommen, da hierdurch manche Härte einer Rindigung gemildert wird.

An beide Vorträge schloß sich eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion an. Mit großem Interesse folgten die versammelten Angestelltenvertreter den Ausführungen, die sehr viel Aufklärung über die Rechte der Angestellten bei Rindigungen brachten.

Vereins-Kalender.

Arbeiter-Abstinenz. Mittwoch den 21. Februar, abends 8 Uhr, Zusammenkunft Neue Ulrichstraße (Polizeipräsidium) Zimmer 10. **Magdeburger Sängerverein.** Mittwoch, 21. Februar, Übungsstunde bei der Ehre bei Korte. Männer 8 Uhr, Frauen 9 Uhr abends. **Nichte-Bund.** Donnerstag den 22. Februar Vorstandssitzung, zu der die gesamte Wortführerschaft eingeladen ist. **Wendel.** Verein der Freizeiter für Feuerbestattung. Am Mittwoch den 21. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Deum“. Genosse Weis (Dessau) spricht über „Kirche und Arbeiterkassen“.

Wasserstände.

Ort	Stg.	Fuß	Wasser	Stg.	Fuß
Minuburg	22. 2.	+ 1,08			
Brandeb		+ 2,14			
Melitz		+ 2,75			
Detmold		+ 2,85			
Auffig		+ 3,68	0,08		
Dresben		+ 1,28			
Zorgau	28. 2.	+ 8,90	0,92		
Wittenberg		+ 3,15			
Höhlau		+ 3,08	0,58		
Affen					
Barby		+ 3,35	0,45		
Magdeburg		+ 2,51	0,31		
Langermünde	22. 2.	+ 3,28	0,12		
Wittenberge		+ 3,00	0,04		
Yenzen					
Dömitz		+ 2,58			
Dalkau					
Boitzenburg					
Boitzenburg		+ 2,49			
Düben					
Gröblich	22. 2.	+ 3,48			0,38
Zeroha lth.	22. 2.	+ 4,18			0,34
Fernburg lth.		+ 3,28			1,00
Kalbe Oberpegel		+ 3,42			
Kalbe Unterpegel		+ 3,18			0,32
Gröblich		+ 3,18			0,41
Havel.					
Brandenburg	23. 2.	+ 2,20			
Oberpegel					
Unterpegel		+ 1,80			
Hathenow					
Oberpegel		+ 2,07			
Hathenow					
Unterpegel		+ 1,80			
Spandau		+ 3,21			

Hochwasservorhersage.

Die Elbtrombauverwaltung teilt mit: Die Pegelstände der Elbe sind im allgemeinen mit + 2,30 Meter am Pegel gemessen. Das Wasser ist demnach bereits wieder im Fallen. Es kann auf folgende Pegelstände der Elbe gerechnet werden:

Ort	Wasser	Wasser
Mühlberg	+ 4,90 Meter am Pegel am 23. Februar nachmittags	
Zorgau	+ 4,40	23./24. nachts
Rauten	+ 4,40	24. vormittags
Wittenberg	+ 4,15	25. früh
Höhlau	+ 3,95	26. früh
Affen	+ 4,05	26. vormittags
Barby	+ 4,25	26. abends
Schönebeck	+ 4,20	26. abends
Preglau S.-P.	+ 4,95	26./27. nachts
Magdeburg	+ 3,55	27. morgens
Gangemünde	+ 4,35	28. vormittags
Hämmer	+ 3,55	28. mittags
Sandau	+ 4,35	28. abends
Dona. Wühlentoch	+ 4,45	28. abends
Wittenberge	+ 4,00	1./2. März nachts
Yenzen	+ 4,20	2. abends
Becha.	+ 3,45	3. vormittags
Dömitz	+ 3,45	3. mittags
Barby	+ 3,25	3. vormittags
Sohnsdorf	+ 3,40	5. früh

Magdeburg, den 23. Februar 1928. Elbtrombauverwaltung.

Wetterbericht. (Nachdruck verboten.)

Der anhaltende Luftdruckanstieg über West- und Mitteleuropa hat einen Hochdruckkern entstehen lassen, der sich dem Nordrande der Alpen anschießt und die an der Westküste der großen Depression entlangziehenden Störungen nicht mehr zur Bedeutung kommen läßt. Es wird zwar hin und wieder noch stärkere Bewölkung auftreten, doch dürfte Niederdrücke gar nicht mehr oder nur noch ganz vorübergehend in geringen Mengen auftreten. Die Temperatur wird in der Folge bei geringer Luftbewegung fast ausschließlich durch Ein- und Ausstrahlung geregelt, so daß sie nachts bis unter den Gefrierpunkt sinken kann, sich aber tagsüber wieder bis auf etwa 10 Grad erheben wird. Aussichten für Mittwoch: Nur vorübergehend härtere Bewölkung, im allgemeinen trocken, nachts kalt bis zu Frost, tagsüber milder.

Warenmärkte.

Magdeburger Lederbörsen vom 22. Februar. Der Preis für Weisleder (einheitl. Saal und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm netto ab Belabestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentnern bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 25,25 Mk., bei Lieferung der März. — Mk. für gemahlene Weisleder, Tendenz still.

Telegraphische Auszahlungen.

Ort	20. Februar	21. Februar
Amsterdam-Brüssel	100 Gulden 163,07	163,49
Buenos Aires	100 Peseten 1.711	1.715
Genève-Lyon	100 Franken 19,75	19,15
Hankow	100 Gulden 80,90	81,10
Hongkong	100 Kronen 88,89	89,21
Kobe	100 Kronen 108,89	109,14
London	100 Kronen 113,25	112,18
Manila	100 Kronen 10,51	10,51
Peking	100 Kronen 16,87	16,91
Shanghai	100 Kronen 30,40	30,40
Singapur	100 Kronen 4,195	4,205
Sourabaya	100 Kronen 14,015	14,055
Sourabaya	100 Kronen 80,75	80,84
Sourabaya	100 Kronen 59,11	59,25
Sourabaya	100 Kronen 1,988	1,982
Sourabaya	100 Kronen 0,633	0,624
Sourabaya	100 Kronen 52,05	52,19
Sourabaya	100 Kronen 12,415	12,465
Sourabaya	100 Kronen 7,39	7,41
Sourabaya	100 Kronen 5,575	5,585
Sourabaya	100 Kronen 3,05	3,06
Sourabaya	100 Kronen 21,245	21,295
Sourabaya	100 Kronen 5,99	6,01
Sourabaya	100 Kronen 2,185	2,196
Sourabaya	100 Kronen 1,711	1,715
Sourabaya	100 Kronen 19,075	19,115
Sourabaya	100 Kronen 80,28	80,38
Sourabaya	100 Kronen 108,36	108,34
Sourabaya	100 Kronen 112,61	112,61
Sourabaya	100 Kronen 10,51	10,51
Sourabaya	100 Kronen 16,91	16,90
Sourabaya	100 Kronen 30,40	30,40
Sourabaya	100 Kronen 4,195	4,205
Sourabaya	100 Kronen 14,015	14,015
Sourabaya	100 Kronen 80,74	80,84
Sourabaya	100 Kronen 59,11	59,25
Sourabaya	100 Kronen 1,988	1,982
Sourabaya	100 Kronen 0,633	0,629
Sourabaya	100 Kronen 52,05	52,09
Sourabaya	100 Kronen 12,415	12,459
Sourabaya	100 Kronen 7,39	7,39
Sourabaya	100 Kronen 5,585	5,589
Sourabaya	100 Kronen 3,06	3,06
Sourabaya	100 Kronen 21,295	21,295
Sourabaya	100 Kronen 6,01	6,01
Sourabaya	100 Kronen 2,196	2,19

Billiger Seefisch-Verkauf.

Mittwoch u. Donnerstag kommt in den Abden folgender Mitglieder des Vereins der Fischhändler von Magdeburg zum Verkauf, solange Vorrat reicht:

Blutfreier Seelachs ohne Kopf pro Pfund 20 Pf.
Blutfreier Kabeljau ohne Kopf pro Pfund 25 Pf.

Mittstadt:
 Dr. H. Kahl, Johannisberg 17,
 Dorothea, Breiter Weg 219,
 Dr. H. Kahl, Johannisberg 4,
 Erich Kerk, Neustädter Straße 25b,
 W. Kerk, Fischhallen, Alte Wühlstr. 13,
 W. Kerk, Fischhallen, Breiter Weg 65/66,
 Otto Kerk, Breiter Weg,
 Alfred Kerk, Wühlstr. 14,
 J. Kerk, Sternstraße.

Südost:
 Karl Kerk, Köthener Straße 12,
 Albrecht, Schönebender Straße 24,
 C. Kerk, Neue Straße 1.

Erzgebirge:
 C. Kerk, Pfefferstraße 2.

Friedrichstadt:
 Max Schwarz, Semmerit 2.

Fernverkehrsleben:
 Karl Kerk, Alt-Fernverkehrsleben 55.

Südost:
 W. Kerk, Alt-Salbe 27,
 Schmidt, Alt-Deisterhütten 32.

Neustadt:
 Karl Kerk, Kolbenstraße,
 W. Kerk, Kolbenstraße,
 W. Kerk, Kolbenstraße 104,
 W. Kerk, Hohepfortstraße 2,
 W. Kerk, Friedrichsplatz,
 W. Kerk, Friedrichsplatz 6,
 W. Kerk, Hamburger Straße 3,
 W. Kerk, Schmidtstraße 42,
 W. Kerk, Köthener Straße 30 a,
 W. Kerk, Hohepfortstraße 64.

Wilhelmstadt:
 Erich Kerk, Olenkötter Straße 35,
 C. Kerk, Große Diesdorfer Straße,
 C. Kerk, Annastraße 1,
 Karl Kerk, Olenkötter Straße 32,
 C. Kerk, Gr. Diesdorfer Str. 213.

Kredit- Gewilligung Möbel

zu künft. Bedingungen.
 Schlaf-, Speisezimmer
 Wohnzimmer, Küchen
 Einzeilmöbel

Versand nach allen Orten.

Möbel für 65 M.
 Anzahlung 8 M.
 Möbel für 100 M.
 Anzahlung 10 M.
 Möbel für 180 M.
 Anzahlung 20 M.
 Möbel für 250 M.
 Anzahlung 35 M.
 Möbel für 350 M.
 Anzahlung 60 M.
 Möbel für 475 M.
 Anzahlung 75 M.

zu mäßigen Raten
 in wöchentlich von
 3 50 M. an, 14täglich
 u. 5 M. an, monatl.
 von 10 M. an.
 Kreditgewährung
 bis 12 Monate.
 Spez. i. Wohn-Einricht.

Ernst Geissler

Magdeburg
 Breiter Weg 124
 Haltepunkt, Südstr.
 Tägl. öffentl. u. 8-11
 von 2-7 Uhr

SIL

zum Bleichen - ohnegleichen!

Das herrlichste
Schneeweiß
 erhält jede Wäsche durch
 Kochen mit SIL. Hervorragendes
 Fleckenentfernungsmittel.
 SIL spart Seife und ersetzt
 jede besondere Bleiche.

Ohne Chlor

Zum Gedächtnis des
 ersten Reichspräsidenten
Friedrich-Ebert-Bilder
 (gerahmt und ungerahmt)
 zum Preise von
Mark 1.00 bis Mark 10.00
 hält stets vorrätig
Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Große Kungstraße 2.

Corona

Panther Diamant

Bequeme Teilzahlung gern gestattet.
 Reparatur-Werkstatt, Motor- u. Fahrrad-Zubehör.

O. Pfanschmidt, Leiterstr. 15. Tel. 4980.

Alle Sorten
künstliche Blumen
 Bajenzweige, Bouquets, Einzelblüten für
 Grab, Dekoration usw.
Kopfränze, Brautkränze, Schleier
 Beste Bezugsquelle für Blumenverkäufer!

Carl Siebert
 Karlsruher Str. 4, Ecke Brandenburger Straße,
 beim Feuerwehr-Depot.

Kranke, verzagt nicht!
 Für jede Krankheit ist ein Kraut
 gemacht.
 Wer lange leben will, verlange gratis
 und franco mein Buch:
 „Jeder sein eigener Kräuterarzt“
 Kloster-Druckerei Magdeburg
 Goldschmidtstraße 31

Bücher empfiehlt Buchhandlung Volksstimme

Die Mühle von Sanssouci kommt natürlich in den Deulig-Palast.

Wieder-Eröffnung!

Meiner wertten Kundenschaft zur gefl. Nachricht,
 daß ich mein seit vielen Jahren betriebenes

Bild- u. Geflügel-Geschäft

am Breiter Weg Nr. 228 nach Himmelreichs-
 Straße Nr. 11 verlegt habe und nach kurzer
 Unterbrechung

am Freitag den 26. Februar
wieder eröffne.

Es wird mein Bestreben sein, nur für beste
 Ware Sorge zu tragen, und bitte ich, das mir in
 so reichem Maße gesandte Vertrauen weiterhin
 bewahren zu wollen.

Mit herzlichster Hochachtung

Wilhelm Stössel
 jetzt Himmelreichsstraße Nr. 11
 Eingang Prälatenstraße. Fernruf 1155

ZENTRAL

Nur noch wenige Tage!
 Täglich 7 1/2 Uhr:

Der Tanz um die Liebe

Voranzeige!
 am Samstag den 27. Februar
Premiere!

Fatinika

Kunst von Franz v. Suppe

Sonntags zwei Vorstellungen:
 3 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.

Siebentägiger Samstagsverkauf!

Zentraltheater - Restaurant
 Täglich großes Konzert
 der Kapelle des berühmten
 Geigenvirtuosen
Jean M. Neago

200 Zimmer- Einrichtungen

in allen Preislagen sowie
 Einzeilmöbel aller Art.

Bauch, Mook & Co.
 Magdeburg (am Rathaus).
 Transport frei mit eigenem Auto.
 munter Aufbruch gratis, umsonst

Stadttheater

Mittwoch, 24. Februar
 Auf. 7 1/2 u. 10 1/2 U.
 1. Abend

Viel Lärm um nichts
 Schiller'sche Schauspieler
 Schiller, 1. u. 2. Abt. Freitag
 Sonntag, 26. Febr.
 Auf. 7 1/2 u. 10 1/2 U.

Wilhelm-Theater
 Offener Vorstellung
 Sonntag, 24. Febr., 8 U.
Schwaneweiß
 M. Kerk, 24. Febr., 8 U.
 Sonderausstellung für
 die Volkshilfe.

Das Pasquale.
 Chaifelongue.

Waschlässer m. Bock Brühfässer

lieferiert

Karl Westphal
 Gräberstraße 9.

Drahtgeflechte
 Stachelbrüste
 Koppelbrüste
 liefert

**Mitteldeutsches
Drahtwert
Wolmirfeldt.**

Bekanntmachung.
 Ich habe die Wahl des Bauers Ernst Schulz
 in Morleben zum Gemeindevorsteher der Ge-
 meinde Morleben bekräftigt.
 Neuhaldensleben, den 10. Februar 1926.
 Der Landrat, Pähnjen.

Bekanntmachung.
 Am 24. d. M. findet hier selbst Pferde-,
 Rindvieh- und Schmeinemarkt statt.
 Der Auftrieb von Klauenvieh aus dem
 Sperbezirk ist verboten.
 Tangermünde, den 22. Februar 1926.
 Die Polizei-Verwaltung, Dr. Knarr.

Wilhelm Buschs sämtliche Werke

auch in einzelnen Ausgaben

empfehlen

Buchhandlung Volksstimme

Matratzen, Chaifelongues, Golas
 arbeitet reell und preiswert auf 513

Schymkowiak, Knochenbauern er 33.

Die Werke Gustav Freytags

seit 1. Januar freigegeben!

Wir können für ein halbes Jahr lang nur sagen:
 4 Bände.

Soll und Leben, Roman, 24 Seiten
 Jago und Jastrab (Die Aisen), 320 Seiten
 Das Netz der Janssönige (Die Jansen), 288 S.
 Die verlorene Handschrift 74 Seiten.

Jeder Band enthält die vollständigste
 angefügte Ausgabe.

Halbheft-Verband, farbiger Umschlag.

Jeder Band nur 1.50 M.

Entwickelt in jedem die Beschaffung dieser
 Kopierwerke hemispher Literatur möglich!

Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg. Fernruf 1155

Espanische Apfelsinen

gerahmt, 15 und vollständig

9 Pf. 30 Pf., 4 Pf. 1.00 M.

Bei 10 Stücken 1 ganze Apfelsine gratis.
 Alle anderen Gebirgsfrüchte billig.

Zerkleinerter 25 Pf., 5 Pf. 1.00 M.

A. Fritsche Nachf.
 Nr. 32 Alter Markt Nr. 32
 neben Butter-Lieferer. Tel.

Casthaus Anhaltiner Hof

Straßenverkehrsstraße 2
 - Tel. 1891 -

Diverse Vereinszimmer
 bis 100 Personen

Walter Granow.

Wand- Bersteigerung

Freitag, 26. Februar
 1926, nachmitt. 3 Uhr
 der Pfänder aus dem
 Monat November 1925

**Nr. 90334
bis 91175.**

**Reihhaus
Franz Koch**
 Zeiterstraße 2.
 Fernsprecher 1997.

Ständesamtliche Nachrichten.
 Magdeburg-Mittstadt.

Todesfälle. 20. Februar. Klara geb. Bock
 Ehefrau des hiesigen Gärtners Christian
 Mathies, 63 J. Auguste geb. Köppen, Ehefrau
 des Arbeiters Max Köhling, 42 J.

Todesfälle. 23. Februar. Invalider
 Matrasenmacher Walter Fuchs, 37 J. Kontor,
 Ehefrau geb. Altinger, 28 J. Witwe
 Minette Meier geb. Drache, 66 J. Witwe
 Henriette Bodenstein geb. Platz, 83 J. Rangier
 meister Paul Richter, 55 J.
 Magdeburg-Budau.

Todesfall. 17. Februar. Arbeiter Friedrich
 Reimede, 30 J.

Konzerthaus

Mittwoch und Donnerstag:
**Die beliebtesten
Kaffeekonzerte**
 mit künstlerischen Einlagen

Ausreifen namhafter Künstler.
 Erfüllendes Programm!

Eintritt frei! Anfang 3 1/2 Uhr.

Sie unangenehm
 wird auf die Um-
 gebung Geruch
 d. Abfallweites.
 Dies läßt sich so
 leicht vermeiden
 durch

Tibuewet

hilft.

1 Packt. für 10
 Tage ausreichend,
 kostet 4 in jeder
 gewohnt Apotheke
 oder Drogerie.

**Pflanzen Sie
keine Obstbäume**

nur bevor Sie nicht
 unsere Gartenpflanzen
 ein reichhaltiges Ger-
 uch mit vielen wert-
 vollen Stoffen, ge-
 lichen haben.

Zusendung kostenfrei
 Ed. Pöhlke & Co.,
 D.-H. z. B.
 Baumhäuser

Übung macht den Meister!

Gelegenheitsfähige
 setzen richtig zu ent-
 fällen, bietet

Jedem
**Jungen
der Baukasten
Matador**

Aus Stäbchen, Scheiben
 und Klöppeln geben
 laufende Konstruktionen
 herzuwirken.

Jeder Kasten mit Vor-
 lagen von
1.20 bis Mark 45.00

**Buchhandlung
Volksstimme.**
 Magdeburg
 Große Kungstraße 3.

Dankagung.
 Zurückgeführt vom Grabe unserer
 lieben Entschlafenen

Liese Rußland

lagen wir allen Verwandten und Be-
 kannten für die liebevolle Teilnahme,
 sowie für die reichen Kranzspenden
 unsern innigsten Dank. Besonderen
 Dank dem Herrn Chef sowie den An-
 gestellten, Arbeitern und Arbeiterinnen
 der Firma Paul Reihner & Co., dem
 Tabakarbeiter-Verband sowie den Be-
 wohnern von Duenbergstraße 17. Recht
 herzlichsten Dank auch Herrn Pastor
 Seyde für die trefflichen Worte in der
 Kapelle und am Grabe.

Familie Rußland.
Otto Böttger als Bräutigam.

Reichsb. Schwarz-Rot-Gold Abteilung
 Alte W.-stadt

Kauf langen, schweren Seiden nach
 unter lieber Kamerad

Hermann Neufner
 Wir werden das Andenken dieses
 treuen Kameraden in Ehren halten.
 Der Abteilungsleiter.

Die Beerdigung findet am Mittwoch
 den 24. Februar, nachm. 2 30 Uhr, auf dem
 Friedhof statt. Die Kameraden treffen
 sich 2 Uhr nachmittags vor dem Portal.

10 billigen Möbel-Tage

bieten Ihnen den
 größten Vorteil.
Erstmal billige Preise

Speisezimmer . . . 300-2000 M.
 Schlafzimmer . . . 300-1800 M.
 Schlafz. zimmer . . . 300-2000 M.
 Küchen . . . 75-400 M.

Außerdem biete
 ich verschiedene
 günstige Gelegen-
 heitskäufe an,
 welche ich schnell-
 lens abstoße.

Möbel-Palast

Magdeburg
 Breiter Weg 150.